

DEUTSCHE POLIZEI



Nr. 2 Februar 2012 Zeitschrift der Gewerkschaft der Polizei



Alkoholbann in den Öffentlichen

In dieser Ausgabe:

Interview:
Der Ton auf der Straße
ist rauer geworden

Grenzkriminalität:
Polens Botschafter sorgt
für Irritation

Internetkriminalität:
Cybergrooming in virtuellen Welten –
Chancen für Sexualtäter?

Vereinbarkeit:
DGB-Tagung machte den Praxistest

Verkehr:
Wieder mehr Verkehrstote

Seniorenjournal

Kommentare zum Polizeirecht



Neuerscheinung:

In Vorbereitung:

Bereits erschienen:

Polizeigesetz des Landes Nordrhein- Westfalen

Kommentar



Von **Lambert Josef Tetsch**
und **Marcello Baldarelli**.

1. Auflage 2011,
1040 Seiten, DIN A 5,
Hardcoverausgabe m. Fadenheftung,
59,90 EUR [D], 102,- sFr.
ISBN 978-3-8011-0654-6

Der Praxis- und Studienkommentar gibt ausführlich Auskunft zur polizeilichen Arbeit in der Gefahrenabwehr. Neben den Erläuterungen und der Auslegung der einzelnen Normen werden spezielle Fragen der polizeilichen Präventionsarbeit thematisiert und mit Lösungen versehen.

Zahlreiche Literaturhinweise und Verweise auf Gerichtsurteile vermitteln die aktuelle Rechtslage und erleichtern die Entscheidungsfindung. Zudem haben die Autoren Wert darauf gelegt, die rechtlichen Problem-bereiche der polizeilichen Praxis in der Gefahrenabwehr besonders in den Fokus der Kommentierung zu stellen.

Die Autoren

Lambert Josef Tetsch,
Polizeidirektor a.D.;
Marcello Baldarelli,
Erster Polizeihauptkommissar.

Polizei- und Ordnungsbe- hördengesetz Rheinland- Pfalz

Kommentar



Von **Dietrich G. Rühle**
und **Hans Jürgen Suhr**.

Neuaufgabe in Vorbereitung,
ca. 600 Seiten, DIN A 5,
Hardcoverausgabe m. Fadenheftung,
ca. 59,90 EUR [D], 102,- sFr.
ISBN 978-3-8011-0660-7

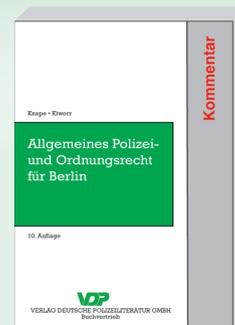
Dieses Buch vermittelt sowohl dem Praktiker als auch dem Lernenden die Grundzüge und die Besonderheiten des rheinland-pfälzischen POG. Für denjenigen, dem diese Materie noch fremd ist, bietet es eine schnell verständliche, zum Teil mit Skizzen angereicherte Grundlage, die Strukturen zu erfassen. Für den Praktiker, der Lösungen zu einzelnen Problemen sucht, geht das Buch auf die gängigen Fälle ein. Eingehend behandelt werden auch die landesspezifischen Besonderheiten in Rheinland-Pfalz.

Die Autoren

Dietrich G. Rühle,
Regierungsdirektor, Jurist, Dozent
für Polizeirecht und Allgemeines
Verwaltungsrecht an der FHÖV RP;
Hans Jürgen Suhr,
Polizeidirektor und Dozent für Polizei-
und Eingriffsrecht an der FHÖV RP.

Allgemeines Polizei- und Ordnungs- recht für Berlin

Kommentar



Von **Michael Knappe**
und **Ulrich Kiworr**.

10. Auflage 2009,
976 Seiten, DIN A 5,
Hardcoverausgabe m. Fadenheftung,
59,90 EUR [D], 102,- sFr.
ISBN 978-3-8011-0611-9

Das vorliegende, in mehreren Auflagen bewährte Studienbuch kommentiert eingehend die einzelnen Vorschriften des ASOG Bln und kann insoweit auch bei der Auslegung der Polizeigesetze anderer Bundesländer von Nutzen sein. Es enthält ferner einen Überblick über Ursprung und Entwicklung der Polizei- und Ordnungsverwaltung sowie eine Reihe ergänzender Vorschriften, wie z.B. das UZwG Berlin und das BlnDSG etc.

Die Autoren

Prof. Michael Knappe,
Direktor beim Polizeipräsidenten,
Leiter der Polizeidirektion 6 in Berlin,
Honorarprofessor an der Hochschule
für Wirtschaft und Recht in Berlin;
Ulrich Kiworr,
Vorsitzender Richter am Landgericht
Berlin und Dozent im Fachbereich Poli-
zeivollzugsdienst der Fachhochschule.



Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeiten unter: www.VDPolizei.de

VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH Buchvertrieb

Forststraße 3a • 40721 Hilden • Tel.: 0211/7104-212 • Fax: -270 • E-Mail: vdp.buchvertrieb@VDPolizei.de • www.VDPolizei.de

Der Ton auf der Straße ist rauer geworden



In einem Ende 2011 in der Süddeutschen Zeitung erschienenen Interview hat der GdP-Vorsitzende Bernhard Witthaut u. a. die Forderung nach einer Mindestspeicherfrist von Telekommunikationsdaten erneut bekräftigt.

S. 12

Foto: dpa

DGB-Tagung machte den Praxistest

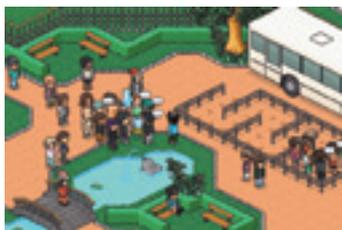


Wie Familienfreundlichkeit umgesetzt werden kann, darum ging es auf der DGB-Tagung „Praxistest Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Familienbewusste Praxis in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst“.

S. 16

Foto: Meissner

Cybergrooming in virtuellen Welten – Chancen für Sexualtäter?



Cybergrooming steht inhaltlich für die Planungs- und Anbahnungsphase, die einem sexuellen Übergriff durch eine Person auf eine/n Minderjährige/n vorausgeht und diesen einleitet.

S. 29

INHALT

Februar 2012

KURZ BERICHTET	2
KOMMENTAR Die „dritte Traube“ schafft Probleme	4
FORUM	4/5
TITEL/ORDNUNG UND SICHERHEIT Alkoholbann in den Öffentlichen	6
INTERVIEW Der Ton auf der Straße ist rauer geworden	12
GRENZKRIMINALITÄT Polens Botschafter sorgt für Irritation	14
VEREINBARKEIT DGB-Tagung machte den Praxistest	16
RECHT	20
INTERNET BSI empfiehlt Überprüfung von PCs auf Schadsoftware „DNS-Changer“	21
ARBEITSSCHUTZ Gehörschutz	21
EHRENAMT Ehrenamtliches Engagement professionell managen	22
TODESFÄLLE Jeder dritte Todesfall bei Babys Folge einer Gewalttat	23
VERKEHR Wieder mehr Verkehrstote	24
Auto fahren wird immer teurer	27
REZENSION Die rollende Gefahr	28
INTERNETKRIMINALITÄT Cybergrooming in virtuellen Welten – Chancen für Sexualtäter?	29
ERZIEHUNG Mann, werd' Lehrer!	35
WEIHNACHTS-PREISAUSSCHREIBEN Die Gewinner	36
SENIORENJOURNAL	38
BÜCHER/IMPRESSUM	40



RECHTSEXTREMISMUS:

Untersuchungsausschuss überfällig – Abwehrzentrum und „Verbunddatei Rechts“ stehen

Die Einrichtung eines Bundestags-Untersuchungsausschusses zur Ermittlung der Hintergründe der rechtsterroristischen Zwickauer Zelle kündigte der Parlamentarische Geschäftsführer der Unionsfraktion, Peter Altmaier, nach Beratungen mit den anderen Fraktionen noch für den vergangenen Januar an. GdP-Bundenvorsitzender Bernhard Witthaut bezeichnete den Untersuchungsausschuss „längst überfällig“. Und mehr noch: Auch die Verantwortung der Politik müsse beleuchtet werden.



Bundesinnenminister Friedrich und BKA-Präsident Ziercke (l.) informieren über die neue „Verbunddatei Rechts“. Foto: MIZI

Witthaut: „Der Untersuchungsausschuss wird die Aufgabe haben, etwaige Versäumnisse bei den Ermittlungen der Neonazi-Mordserie aufzuklären. Aber die Arbeit des Bundestags-Untersuchungsausschusses kann sich grundsätzlich nur auf die Bundesbehörden beziehen.“ Auch die Arbeit der Sicherheitsbehörden der Bundesländer müsse aufgearbeitet werden.“

Nach Auffassung des GdP-Vorsitzenden säßen die Sicherheitsbehörden nicht auf der Anklagebank. Der Untersuchungsausschuss könne indes sehr wohl vorschnelle Urteile revidieren. Auch die Politik werde sich deutliche Fragen stellen lassen müssen. Rechtliche Hürden, die einen reibungslosen Informationsaustausch und eine Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Behörden des Bundes und der Länder behinderten, habe schließlich der Gesetzgeber aufgestellt.

Während der Zwist um die gemeinsame Verbunddatei für rechtsextreme Gewalt-

täter zwischen Bundesjustizministerium und dem Ministerium des Innern ausgeht, scheint ein Kompromiss bei der Mindestspeicherung von Telekommunikationsdaten in weite Ferne gerückt. In einem Mitte Januar 2012 veröffentlichten Interview mit dem Berliner „Tagesspiegel“ sagte Bundesinnenminister Friedrich:

„Ich bin bei der Ausgestaltung der Vorratsdatenspeicherung zu vielen Kompromissen bereit. Aber bei diesem Thema können wir uns schon beim Prinzip nicht einigen.“ Keinen Deut optimistischer wirkte der Bundesinnenminister Mitte Januar vor der Hauptstadt- und Bundespresse, um anlässlich des Kabinettsbeschlusses zur Einführung der „Verbunddatei Rechts“ die Journalisten-Frage nach der Wahrscheinlichkeit einer Einigung mit leiser Stimme zu beantworten: „Die Positionen sind ja bekannt, auch die Vorgaben der EU. Die Vorratsdatenspeicherung wäre im Fall der Zwickauer Zelle hilfreich gewesen, wir arbeiten daran.“ Der Präsident des Bundeskriminalamtes, Jörg Ziercke, sekundierte: „Das wäre ein Pfund gewesen.“

Der GdP-Vorsitzende hält das Blockadeverhalten von Bundesjustizministerin Leutheusser-Schnarrenberger für unverantwortlich: „Ohne gespeicherte Telekommunikationsdaten wird es den Ermittlern

unnötig erschwert, Unterstützer, Netzwerke und Strukturen zu erkennen und daraus wertvolle Ermittlungsansätze zu entnehmen.“ Immerhin, so Witthaut weiter, werde die „Verbunddatei Rechts“ es der Polizei erheblich erleichtern, in der rechtsextremen Szene zu ermitteln. Die Erfassungskriterien müssten aber von gleicher Qualität sein.

Innenminister Friedrich bezeichnete die Datei als „zentralen Informationskern des Abwehrzentrums Rechts“. Sie soll vor allem präventive Wirkung erzielen. Nur eine rechte Gesinnung, so stellte Friedrich klar, reiche nicht aus, um in der Datei gespeichert zu werden. Die gespeicherten Personen müssten einen klaren Gewaltbezug aufweisen, was auch Drahtzieher und Unterstützer einschließe. Zusätzlich könnten zur Analyse und Recherche Daten miteinander verknüpft werden.

Von dieser erweiterten Nutzung versprechen sich die Sicherheitsbehörden schärfere Lagebilder, so zum Beispiel bei Kontakt-Netzwerken, Reiseaktivitäten und dem illegalem Besitz sowie der illegalen Beschaffung von Waffen und Sprengstoff. Witthaut: „Die tägliche Arbeit mit der Verbunddatei wird zeigen, ob sie ein praxistaugliches Instrument bietet. Nachbesserungen müssen daher möglich sein.“ Mit einem Datenfriedhof wäre den Ermittlern nicht geholfen.

Gedämpft werden die Erwartungen an die Datei aber durch das Beharren der Bundesjustizministerin auf Speicher- und Lösungsfristen. Unverständnis darüber äußerte der GdP-Vorsitzende: „Wie sollen die Sicherheitsbehörden aber langjährige Verbindungen aufdecken, wenn sie ihre Erkenntnisse aus Datenschutzgründen nach einigen Jahren wieder wegwerfen müssen?“

„Abwehrzentrum Rechts“ arbeitet

Auf die Verbunddatei zugreifen können die Ermittler von rund 40 Behörden im Mitte Dezember 2011 eröffneten „Gemeinsamen Abwehrzentrum gegen Rechtsextremismus (GAR)“. Witthaut: „Angesichts der rechtsextremistischen Bedrohungslage ist das dem seit Ende 2004 geschaffenen ‚Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrum (GTAZ)‘ vergleichbare GAR ein richtiger Schritt.“ Der Verfassungsschutz jedoch müsse zu einer engeren Kooperation mit der Polizei verpflichtet werden. Die Absicht, das Trennungsgesetz von Polizei und Verfassungsschutz zu beachten, bezeichnete Witthaut als völlig unstrittig.

MIZI



NEUJAHRSEMPFANG:**GdP-Chef beim Bundespräsidenten**

Foto: BILDSCHÖN DAS SCHNELLE BILD-NETZWERK GmbH

Rund 250 Gäste, darunter der GdP-Bundesvorsitzende Bernhard Witthaut, begrüßten Bundespräsident Christian Wulff und seine Frau Bettina anlässlich des traditionellen Neujahrsempfangs im Berliner Schloss Bellevue. 80 Bürgerinnen und Bürger sowie 170 Repräsentanten des öffentlichen Lebens überbrachten dem Bundespräsidenten ihrerseits Neujahrsgrüße.

MiZi

DGB-STUDIE:**Billiglöhne kosten Staat Milliarden**

Armut trotz Erwerbstätigkeit kommt nicht nur den Betroffenen, sondern auch den Staat teuer zu stehen. Das belegt eine neue Untersuchung des DGB. Danach muss der Bund gut zwei Milliarden Euro pro Jahr aufwenden, um Geringverdienern mit Vollzeitjobs ein gesellschaftliches Existenzminimum zu garantieren. Der Staat subventioniert so auch Arbeitgeber, die Arbeitnehmer zu Hungerlöh-

nen beschäftigen. Rechnet man die sozialversicherten Teilzeitjobber hinzu, kommt man auf etwa 4 Mrd. Euro Ausgaben im Hartz-IV-System für Aufstocker. Diese gewerkschaftlichen Berechnungen werden durch eine aktuelle Auswertung der Bundesagentur für Arbeit weitgehend bestätigt.

Die Studie steht unter www.dgb.de/-/yZ8 bereit

red.

GDP LEGT ZU:**Rund 7.400 Eintritte in 2011**

Die GdP wächst weiter. Bis zum Jahresende 2011 konnte unsere Gewerkschaft rund 7.400 neue Mitglieder willkommen heißen. Die größte deutsche Interessenvertretung für die Beschäftigten der Polizeien in Bund und Ländern vereint damit insge-

samt 171.709 Mitglieder. Davon sind 38.783 Frauen und 132.926 Männer. „Wir freuen uns über den Zuwachs und würdigen das als deutliches Zeichen, dass unsere Arbeit anerkannt wird“, so der GdP-Bundesvorsitzende Bernhard Witthaut.

red.

FUSSBALL:**Gewalttäter isolieren**

Kurz vor dem Start der Fußball-Rückrunde hat GdP-Bundesvorsitzender Bernhard Witthaut die Liga-Vereine aufgefordert, mit aller Konsequenz gegen Gewalttäter aus ihren Fangruppierungen vorzugehen. Witthaut: „Es kann den Vorständen nicht verborgen bleiben, wer die sogenannten Fans sind, die ihren Club mit brutalen Übergriffen und brennenden Rängen regelmäßig in Verruf bringen. Die Vereine müssen diese Täter von der Teilnahme am Fußball wirksam isolieren – mit Haus- und Stadionverboten und mit personalisierten, nicht übertragbaren Eintrittskarten für Auswärtsspiele.“

Massive Gewaltvorfälle und das anhaltende Abbrennen von Pyrotechnik im Stadion, machten nach Auffassung der GdP deutlich, dass der von DFB, DFL und Polizei eingeschlagene Weg des Fan-Dialogs von einer Minderheit von Sportgewalttätern nicht beschritten werden wolle. Witthaut: „Es kann nicht sein, dass die betroffenen Vereine sich zwar plakativ von Gewalt und Pyrotechnik distanzieren, aber vor konsequenten Gegenmaßnahmen zurückschrecken.“ Kein Kneipier würde tatenlos zusehen, wie Woche um Woche ein und derselbe Gast andere Gäste übel anpöbelt, Gegenstände zerstört und Schlägereien provoziert. Der GdP-Vorsitzende: „Wenn die Vereine wirklich wollen, dass die unter dem Deckmantel des Clubemblems auftretenden Sportgewalttäter von der Bildfläche verschwinden, dann müssen sie ihnen den Zutritt zu ihrem Stadion und zu den anderen Fußballarenen dauerhaft verwehren.“

Unterdessen hat sich eine überwältigende Mehrheit der Fans, so meldete der Deutsche Fußball-Bund (DFB) Mitte Januar, gegen den Einsatz von Pyrotechnik bei Fußballspielen ausgesprochen. In einer repräsentativen Meinungsumfrage von DFB und Deutscher Fußballliga (DFL) votierten 84,4 Prozent der Fußball-Interessierten gegen das Abbrennen von beispielsweise Bengalischen Feuern im Stadion. Über 79 Prozent der Befragten forderten laut DFB und dem Profifußballverband zudem eine harte Bestrafung, sollten entsprechende Verbote missachtet werden.

„Höchster Sicherheitsanspruch und der Einsatz von Pyrotechnik im Stadion sind nicht vereinbar“, sagt der DFB-Sicherheitsbeauftragte Hendrik Große Lefert.

MiZi



Die „dritte Traube“ schafft Probleme

„Der Weinstock trägt drei Trauben: Die erste bringt die Wollust, die zweite den Rausch, die dritte das Verbrechen.“ – Die Erkenntnis stammt von einem alten griechischen Philosophen – Epiktet (60 - 140 n. Chr.). Die Stadien des Alkoholkonsums sind inzwischen wissenschaftlich untermauert. Doch Alkohol hat sich in unserem Land zu einer weitgehend akzeptierten Droge

mausern können. Wer sich mit den Befürwortern anlegt, hat es schwer. Wegsehen wäre einfacher, bringt aber niemanden weiter. Jeder Fünfte zwischen 18 und 64 Jahren hat in unserem Land ein Alkoholproblem (Epidemiologischer Suchtsurvey 2009). Und die „dritte Traube“ führt regelmäßig zu immensen

Schäden: Laut Polizeilicher Kriminalstatistik wurden 2010 von insgesamt 151.617 aufgeklärten Fällen im Bereich der Gewaltkriminalität 48.563 Fälle (32,0 Prozent) unter Alkoholeinfluss verübt.

Mal ganz einfach gesagt, kann Alkoholkonsum das Gewaltverhalten mancher Menschen stark begünstigen. Die dramatischen Folgen haben wir in jüngster Zeit wiederholt auf Bahnhöfen und in Zügen registrieren müssen.

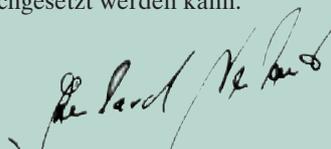
Aus meiner Sicht besteht insgesamt dringender Handlungsbedarf, das ganze Thema Alkohol in Deutschland auf den Prüfstand zu stellen. Aber ich sage noch einmal: Wer sich mit den Befürwortern anlegt, hat es nicht leicht. Der braucht Verbündete, starke Argumente und einen langen Atem.

Daher finde ich es ausgesprochen couragiert, was z. B. in Hamburg, München und bei der privaten Eisenbahngesellschaft metronom in Angriff genommen wurde: Sie setzen in ihren Verkehrsmitteln ein striktes Verbot

durch, dort Alkohol zu trinken. Die Unkenrufe vorab waren deutlich: Was soll das – getrunken wird dann eben vor oder nach der Zugfahrt und: Man kann das Feierabendbier nicht verbieten.

Zu beidem kann ich nur sagen: Es lohnt sich offenbar durchaus, Bereiche zu schaffen, die eben von Alkoholkonsum ausgeschlossen sind. Und zwar im Interesse der Allgemeinheit. Hamburg hat im Vorfeld seines Alkoholkonsumverbots die Fahrgäste befragt und war selbst überrascht von der Deutlichkeit des Resultats: 86 Prozent wollten die Züge alkoholfrei. Die Hamburger sind dabei keine exotische Gruppe. Sie spiegeln wider, was bundesweit gedacht wird: Die große Mehrheit der Menschen in Deutschland ist für ein Alkoholverbot im öffentlichen Nahverkehr. Das ergab letztes Jahr eine emned-Umfrage im Auftrag der „Bild am Sonntag“. Demnach fänden es 93 Prozent der Bundesbürger richtig, wenn in Bussen und Bahnen kein Alkohol getrunken werden darf.

Der Erfolg des Alkoholkonsumverbots in den verschiedenen Verkehrsgesellschaften ist nicht zu übersehen: weniger Müll, keine Bierdunstabteile, weniger klebrige Sitze, weniger Pöbeleien, weniger Gewalt ... In unserem Titelthema ab Seite 6 ist das aufgelistet. Selbst wenn sich nur die Hälfte der Erfolge eingestellt hätte, ist es ein erster wichtiger Schritt, um ein Klima zu erzeugen, in dem Alkohol nicht als vermeintlicher Problemlöser für den Einzelnen maßlos konsumiert wird und damit zum Problemschaffer für die Allgemeinheit wird. Aus diesem Grunde unterstützt auch die GdP ein bundesweites Alkoholverbot in den öffentlichen Nahverkehrsmitteln als einen ersten Schritt. Dabei kommt es allerdings darauf an, dass sich die Politik bewegt und kein Vollzugsproblem zulässt. Denn jedes Verbot verkommt zur Lächerlichkeit, wenn es nicht durchgesetzt werden kann.


Bernhard Witthaut
GdP-Bundesvorsitzender

Zu: Deutschland braucht keine Migrationspolizei für Migranten, DP 11/11

Wenn jeder Einzelne von uns tief in seinem Inneren eine Haltung etabliert, die sich zu jeder Zeit bewusst ist, dass alle Menschen – egal woher sie kommen – sich grundlegend Unversehrtheit und Glück wünschen und Schmerz, Leid und Missachtung vermeiden wollen, alle essen und trinken müssen, Luft zum Atmen brauchen, freudvoll in Familie und Freundeskreis zusammen sein möchten, respekt- und liebevoll, tolerant und einfühlsam behandelt werden wollen, Geborgenheit erfahren wollen, dann ist sowohl Segregation als auch Integration kein Thema mehr. Unter anderen auch für die Polizei, d. h. für jeden einzelnen Polizeibeamten und jede einzelne Polizeibeamtin, ist im speziellen eine besondere Herausforderung gegeben. Im täglichen Dienst werden wir oftmals mit Sachverhalten konfrontiert, die wiederholt von Menschen der gleichen Abstammung inszeniert werden. In ihnen begegnen wir immer wieder Habitus, die Eskalation begünstigen und irgendwann Unmut bei uns schüren.

Ist nicht gerade da das Arbeiten an sich selbst in oben beschriebener Weise von grundlegender Bedeutung? Müssen wir nicht immer wieder von Neuem bemüht sein, die Menschen und somit „den Bürger“ urteilsfrei, unvoreingenommen und wertfrei anzuschauen? Müssen nicht auch wir uns eben auf die Gemeinsamkeiten besinnen, als Gefahr zu laufen, Menschen abzustempeln und einzukategorisieren?

Den Weg dorthin muss offene und tabulose Selbstreflexion begleiten und auch ein vom Dienstherrn forciertes Seminarangebot als Wegbereiter zur Verfügung gestellt werden. Wobei es hier nicht um intellektuelle Wissensvermittlung gehen darf, sondern eben o. g. Selbstreflexion und Wiederherstellung bzw. Förderung des allgemeinen, tiefen Verbindungsempfindens unter uns Menschen zum Ziel haben muss.

Christian Reutermann, per E-Mail

Zu: Klare Grenzen zwischen privater und öffentlicher Sicherheit ziehen, DP 11/11

Im Jahr 2008 war die Diskussion über die Einführung der blauen Uniform in Baden-Württemberg im vollen Gang. In einem Forum wurde darüber diskutiert, dass durch die Umstellung das Erscheinungsbild der Polizei in der Öffentlichkeit verändert wird. Ich selbst schrieb damals: „Als ich heute vom Dienst heimfuhr dachte ich – ehhhh



es gibt also auch bei uns schon Trageversuche der blauen Uniform. Als ich dann an der Person vorbeifuhr die über die Straße wollte, sah ich das Ärmelabzeichen einer Wachschutzfirma.“

In der folgenden Zeit kam ich dann darauf, dass durch die Umstellung auf „blau“, die vollmundigen Versprechungen der Politiker für mehr „Sicherheit auf der Straße“ so umgesetzt werden sollen, dass der Normalbürger bei jeder blauen Klamotte glaubt, einen Polizisten vor sich zu haben.

Nun schlage ich die Zeitung „Deutsche Polizei“ auf und finde auf Seite 20 den Artikel „Klare Grenzen zwischen privater und öffentlicher Sicherheit ziehen“.

Für mich sieht es nun so aus, als hat die Politik zwei Gesichter (übrigens nicht ungewöhnlich). Einmal gibt es eine Bewachungsverordnung (BewachV): Auszug aus dem Bundesgesetzblatt Jahrgang 2003 Teil I Nr. 35, ausgegeben zu Bonn am 18. Juli 2003: §12 Dienstkleidung

„Bestimmt der Gewerbetreibende für seine Wachpersonen eine Dienstkleidung, so hat er dafür zu sorgen, dass sie nicht mit Uniformen der Angehörigen von Streitkräften oder behördlichen Vollzugsorganen verwechselt werden kann und dass keine Abzeichen verwendet werden, die Amtsabzeichen zum Verwechseln ähnlich sind. Wachpersonen, die eingefriedetes Besitztum in Ausübung ihres Dienstes betreten sollen, müssen eine Dienstkleidung tragen.“

Und zweitens gibt es eine daran orientierende Aktion der Innenminister, genau diese Verordnung zu nutzen, um dem Bürger eine höhere Präsenz von Polizei vorzugaukeln. Oder wie kann man sich die Angleichung der Farbe der Uniformen an die des Wachpersonales erklären?

Andreas Schauseil, per E-Mail

Zu: Skandal in den Fußballstadien

Es ist einfach nicht mehr zu vertreten, unsere Kolleginnen und Kollegen in die Fußballstadien zu senden, damit sie wieder die Ruhe herstellen und um Täter zu stellen. Das geht nicht nur auf die Gesundheit unserer Kolleginnen und Kollegen, es kostet auch dem Steuerzahler viel Geld. Es kann doch nicht sein, dass die Fußballspieler Millionen verdienen und für die Sicherheit werden Pfennige ausgegeben, nach dem Muster, wir haben ja die Polizei. Die Vereine müssten verpflichtet werden, ein bestimmtes Kontingent an Sicherheitskräften zu stellen und diese auch entsprechend auszubilden. Denn nur eine Armbinde oder

Jacke mit der Aufschrift Ordner oder Sicherheit hält Radaubruder nicht von ihren Taten ab.

Horst Geier, Edemissen

Zu: Über den Schatten des Föderalismus springen, DP 1/12

Es wird Zeit, dass wir über den Schatten des Föderalismus springen, aber bitte nicht zu kurz. Fragen wir uns doch einmal ganz ehrlich, ob der heute in der Bundesrepublik praktizierte Föderalismus mit dem Anliegen der Väter des Grundgesetzes im Einklang steht. erinnert der gegenwärtig praktizierte Föderalismus nicht mehr an die Kleinstaaterei von 1848? Die Praxis zeigt, dass hier tiefgreifende gesetzliche Veränderungen notwendig sind und dazu brauchen wir nicht erst solche tragischen Ereignisse, wie die in diesem Artikel zitierten. Wir brauchen endlich eine bundesweit einheitlich Polizeigesetzgebung und einheitliche Strukturen im Bereich der inneren Sicherheit. Das spricht nicht gegen den Gedanken des Föderalismus im Grundgesetz. Dafür sollten wir uns in den einzelnen Landesbezirken und zum bevorstehenden Bundeskongress einsetzen und die Politik in die Verantwortung nehmen.

Peter Krüger, per E-Mail

Zu: Lesermeinung von Markus Ahner, DP 1/12

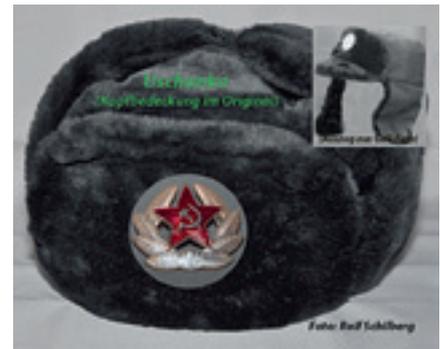
Ich kann es mir leider nicht verkneifen, den Leserbrief von Markus Ahner zum Thema „Gewalt gegen Polizei wird härter bestraft“ zu kommentieren, denn mit Äußerungen auf diesem (Stammtisch)-Niveau werden berechnete Anliegen der Polizei mit Sicherheit nicht ernstgenommen. Die Feststellung, dass eine Strafmaßerhöhung wenig bringt, wenn der Strafraum nicht ausgeschöpft wird ist ja durchaus nachvollziehbar. Allerdings kann ich die Pauschalschelte an Strafvollzug und Justiz nicht nachvollziehen. Wenn meine bescheidenen Rechtskenntnisse mich nicht täuschen, gibt es beim Straftatbestand des „Widerstandes gegen Vollstreckungsbeamte“ (Offizialdelikt) keine Möglichkeit, das Verfahren wegen mangelndem öffentlichen Interesse einzustellen, wie im Text von Herrn Ahner behauptet. Der Verfasser sollte vielleicht einmal darüber nachdenken, im Gegenzug zum geforderten Praktikum von Richtern und Staatsanwälten bei der Polizei selbst ein Praktikum in einer Justizbehörde abzuleisten.

Peter Neusius, Würzburg

Zu: NRW-Polizisten müssen nicht mehr frieren, DP 1/12

Auf dem Foto waren zwei Kopfbedeckungen zu sehen, nur ganz bestimmt war keine sogenannte Uschanka (vulgo: Russenmütze) dabei.

Dieses „Etwas“, was dort zu tragen war, weist eine Art Mützenschirm mit Kunstpelzbesatz auf. Die bei arktischen Temperaturen erfolgreiche Uschanka verzichtet auf ein solches „Stilelement“ – und dies mit gutem Grund, wie ich meine. Der Ruhm



für die Gestaltung dieser Kopfbedeckung gebührt insoweit dem Entwicklerstab – Gleiches gilt selbstredend für das Fiasko.

Der Versuch, dieses „Etwas mit Schirm“ mit der Kopfbedeckung Uschanka gleichzusetzen ist – ebenso wie die o.g. vulgäre, zugleich unzutreffende Bezeichnung – auch politisch mehr als unkorrekt. Für das Foto habe ich eine Uschanka mal mit einem Emblem der früheren Hauptnutzergruppe versehen.

Rolf Schilberg, Hannover

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen, um möglichst viele Kolleginnen und Kollegen zu Wort kommen zu lassen. Abgedruckte Zuschriften geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Anonyme Zuschriften werden nicht berücksichtigt.

Kontakt zur Redaktion:

GdP-Bundesvorstand
Redaktion Deutsche Polizei
Stromstraße 4
10555 Berlin
Tel.: 030/39 99 21-113
Fax: 030/39 99 21-200
E-Mail:
gdp-redaktion@gdp-online.de



ORDNUNG UND SICHERHEIT

Alkoholbann in den Öffentlichen

Wer vom Auto auf Busse, U- und S-Bahnen und die Tram umsteigt, erwartet, pünktlich, bequemer und sicher ans Ziel und wieder nach Hause zu kommen. Die Realität sieht mitunter anders aus. Vor allem an den Wochenenden können Grölereien, fortgeschrittene Partystimmung und Pöbeleien die Tour zum Horrortrip machen. Oft geht es noch schlimmer aus: mit Zerstörungen, Gewaltexzessen und Verunreinigungen. Schuld an der Misere ist insbesondere der Alkohol, der ungehindert immer noch in etlichen Transportmitteln getrunken werden kann. Aber es macht sich bereits eine Gegenströmung bemerkbar. Mit hoffnungsvollen ersten Erfolgen.

Da ich zugegebenermaßen mehr mit dem Auto unterwegs bin als mit Bus, Bahn oder Tram, habe ich mich im Vorfeld dieses Artikels

liche Clique, die von Station zu Station größer, trunkener und lauter wurde. Das obligatorische „Vorglühen“ fand statt. Die meisten leerten ihre mitge-

kommunikative Hemmschwelle der geschätzten 15- bis 18-Jährigen: Man teilte lautstark seine verwegenen Gedanken quer durch den gesamten Waggon mit – was kurz vor Endstation in der direkten Ansprache gipfelte: „Willst’n Schluck?“.

Im Bus ging es gesitteter zu. Da muss der Fahrgast am Fahrer vorbei. Das scheint abzuschrecken.

22 Uhr in der Tram war absolute Partystimmung. Teenies arbeiteten lautstark ihre Beziehungsprobleme auf, einigten sich in gleicher Phonzahl darauf, wer ein Arsch sei und wer nicht – schubsten und betatschten sich – allerdings mit einem hohen Maß an Unsicherheit und alles zusammen mit bleischerer Zunge. So gut wie jeder

allerdings mit einer Plastikflasche ausgestattet, die ganz offensichtlich den Promillepegel weiter anhub. Einer wurde still und bekam einen verdächtigen Schluckauf. Erleichterung bei nüchternen Fahrgästen, als er mit dem ganzen Tross ausstieg. Schlagartig

Bald in allen Öffentlichen ein ungewohnter Anblick?

Foto: Bodo Marks/dpa

dröhnende Ruhe in der Tram – durchbrochen nur von erleichtertem Aufatmen derer, die stillos wie ich die Bahn einfach nur als Transportmittel benutzen.

S-Bahn: In der Ecke sitzt einer, der still seinem Rausch frönt. 5 Stationen

lang, dann kommt die Taschenflasche zum Vorschein: Zwei große Schlucke. Weiter schlafen. Niemand setzt sich neben ihn. Er hat das Abteil für sich.

Ein Trupp junger „Frohnaturen“ –

kundig machen wollen und bin an einem Wochentag (!) von 20 Uhr bis 23 Uhr mit den Öffentlichen in Berlin unterwegs gewesen:

In der U-Bahn traf sich eine jugend-

brachten Bierflaschen, einige taten sich großschluckig aus Colaflaschen gütlich, in denen allerdings garantiert nicht das ursprüngliche Reingetränk enthalten war, denn Schluck für Schluck sank die



wiederum mit obligatorischen Flasche ausgestattet – stolpert lautstark ins Abteil, macht sich süffisant lustig über das sture Volk, das stumpfsinnig vor sich hin oder aus dem Fenster starrt. Ein älterer Herr mit seiner Frau wird als „Schwuchtel mit seine Alte“ tituliert.

Mir wurde später von Vielfahrern gesagt, ich habe die Höhepunkte der „Trink-Kultur“ noch nicht erlebt. Dennoch war mir klar: Ich fahre weiter mit dem Auto.

Sinneswandel?

In Berlin ist es noch immer problem- und folgenlos, in den öffentlichen Verkehrsmitteln nicht nur einen kräftigen Schluck aus der Pulle zu nehmen. Noch nicht – denn die Stimmen dagegen mehren sich. Der neue Innen- und Sport-senator Frank Henkel hat sich in den Koalitionsverhandlungen mit der SPD diesbezüglich zwar nicht auf gesetzliche Regelungen einigen können, dennoch will er ein Alkoholverbot in Bussen und Bahnen durchsetzen. „In dieser Frage werde ich mich zeitnah mit der BVG (Berliner Verkehrsbetriebe, die red.) zusammensetzen und mir die Vorschläge des Unternehmens anhören. Klar ist aber auch: Es gibt ein Vollzugsdefizit, und das hängt nicht allein mit Personal zusammen. Da werde ich auch das Unternehmen nicht aus der Verantwortung entlassen. Das Rauchverbot in Zügen und auf Bahnhöfen wird weitgehend eingehalten. Es scheint also auch eine Frage zu sein, wie konsequent man mit Verstößen umgeht“, so der Innensenator gegenüber der DP. Wie er in der Berliner Zeitung vom 9. Januar erklärte, müsse man „auch darüber reden, wie man die gemeinsamen Einsätze von BVG und Polizei intensivieren kann.“ Die GDP in Berlin wertet Henkels Vorstoß indes als politischen Aktionismus, da unter den gegebenen Umständen das Verbot wirkungslos und zu kurz gedacht sei. „Es beantwortet nicht die Frage: ‚Wer kontrolliert das?‘ Denn wir haben in Berlin ein Vollzugsproblem, das gelöst werden muss. Weder die Polizei noch die BVG haben dafür das notwendige Personal“, so der Landesbezirksvorsitzende der GDP, Michael Purper.

Das bestätigt die BVG-Pressesprecherin Petra Reetz gegenüber DP für ihren Bereich: „Als größtes Nahverkehrssystem in Deutschland befördern wir täglich allein mit der U-Bahn 1,5 Mio. Fahrgäste. Dazu kommt ein gewaltiges Netz an Bussen und Straßenbahnen. Wie soll die BVG überall ihr Hausrecht durchsetzen? Dafür

Epidemiologie des Alkoholkonsums in Deutschland

• **9,5 Mio. Menschen trinken Alkohol in gesundheitlich riskanter Form, davon konsumieren 2 Mio. missbräuchlich und 1,3 Mio. Menschen abhängig Alkohol (DHS 2010).**

• **Mit einem Pro-Kopf-Verbrauch von 9,9 Litern reinem Alkohol im Jahr 2008 liegt Deutschland im internationalen Vergleich im oberen Drittel (Gaertner et al. 2010).**

• **Jährlich sterben hierzulande ca. 73.000 Personen direkt (durch Alkoholmissbrauch) oder indirekt (u.a. durch alkoholbedingte Unfälle) an den Folgen des Alkoholkonsums (Hanke, 2003).**

• **Besonders bei Jugendlichen ist der problematische Alkoholkonsum verbreitet:**

- **6,2 % der 12- bis 17-Jährigen konsumierten eine selbst für Erwachsene riskante Alkoholmenge von 24-60g Reinalkohol pro Tag (Männer) (DHS 2007).**

- **2 % bzw. annähernd 100.000 Jugendliche betreiben gar einen gefährlichen Konsum jenseits dieser Grenzen (BZgA 2009).**

Quelle: DHS

reicht unser Sicherheitspersonal nicht.“ Dabei sind die rechtlichen Grundlagen vorhanden. Denn an den BVG-Beförderungsbestimmungen gibt es nichts zu deuteln. Dort steht u. a.: „Fahrgästen ist insbesondere untersagt: ... die Verkehrsmittel mit offenen Speisen (Speiseeis o. Ä.) und offenen Getränken zu betreten bzw. diese während der Fahrt zu konsumieren.“ Aber selbst wenn kontrolliert wird, die Fahrgäste dem Sicherheitspersonal aber nicht folgen, dann gibt's keine Handhabe. Beim Rauchverbot steht ein Bundesgesetz dahinter, das das Rauchen in öffentlichen Gebäuden untersagt. „Wenn wir beim Alkoholkonsumverbot so etwas auch hätten, könnte die Polizei unterstützen“, wünscht sich die BVG-Pressesprecherin. Und es klingt ein wenig nach Delegieren der Kontrollen.

Vorerst wird die BVG ein nicht zu übersehendes Piktogramm an den Zügen anbringen und deutlich machen, dass es eben nicht gestattet ist, Alkohol in Bus und Bahnen zu trinken. Ob sich damit ein Sinneswandel herbeiführen lässt, bleibt

abzuwarten. Wenigstens wird das Problem wahrgenommen.

Verkehrsverbund Berlin Brandenburg (VBB)

VBB-Sprecherin Elke Krokowski bestätigte gegenüber DP, dass man auch beim Verkehrsverbund Berlin Brandenburg ein Alkoholkonsumverbot favorisiere. Die Beförderungsbestimmungen, in denen eigentlich alles geregelt ist, müsste von den Unternehmen konsequent eingefordert werden. Aber auch sie sieht dafür nicht das notwendige Personal. „Intern diskutieren wir auf lange Sicht eine möglichst bundeseinheitliche Grundlage für ein Alkoholverbot im öffentlichen Nahverkehr, um Ordnungskräfte in die Kontrollen einbinden zu können. Gegenwärtig schauen wir uns Erfahrungen der Verkehrsunternehmen an, die zurzeit ein Alkoholverbot in ihren Transportmitteln durchsetzen“, so die VBB-Sprecherin.

Vorreiter war metronom

„Wer clever ist, fährt metronom – ... Aber das Beste ist: Während der Fahrt können Sie lesen, träumen oder arbeiten. Und kommen entspannt ans Ziel.“ – damit wirbt das private Verkehrsunternehmen metronom Eisenbahngesellschaft GmbH mit Sitz in Uelzen.

Ein hoher Anspruch – oder eher doch ein normaler? Jedenfalls muss dafür etwas getan werden.

Am 15. November 2009 machte die metronom Eisenbahngesellschaft ernst und

Die für ein europäisches Land vergleichsweise niedrigen Preise für Alkoholika ermöglichen es in Deutschland jedem, sich für ein Minimum an Geld maximal zu betrinken. Die Verfügbarkeit rund um die Uhr durch Kioske oder Tankstellen führt dazu, dass der Nachschub jederzeit fließt.
Quelle: DHS

führte als erstes Eisenbahnunternehmen in Deutschland ein generelles Alkoholkonsumverbot (AKV) in ihren Zügen ein. In einer großen Kundenbefragung im April des gleichen Jahres hatte sich eine überwältigende Mehrheit der Fahrgäste z. T. nachdrücklich für ein Alkoholkonsumverbot ausgesprochen. Pendlerbeschwerden, hohe Verunreinigungs- und Vandalismusschäden (zuletzt lagen die



Von insgesamt 151.617 aufgeklärten Fällen im Bereich der Gewaltkriminalität wurden 48.563 Fälle (32,0 Prozent) unter Alkoholeinfluss verübt (2009: 33,1 Prozent). Insbesondere bei den schweren und gefährlichen Körperverletzungsdelikten (41.7341 Fälle), deren Anteil im Vergleich zum Vorjahr von 36,2 auf 35,5 Prozent leicht zurückging, ist dies weiterhin zu beobachten.

Polizeiliche Kriminalstatistik 2010

bei rund 500.000 Euro im Jahr) sowie gewalttätige Übergriffe auf das Zugpersonal untermauerten den Vorstoß genauso wie die Tatsache, dass vor allem an den Wochenenden metronom-Züge von Familien immer häufiger gemieden wurden.

In einer Zwischenbilanz spricht metronom von einer hohen Akzeptanz des AKV. „Kontrolliert wird es sowohl von den Fahrgastbegleitern, aber auch durch den Sicherheitsdienst. Die meisten Fahrgäste zeigten sich sehr einsichtig, bzw. haben ohnehin keinen Alkohol mehr sichtbar geöffnet dabei. Probleme gibt es lediglich mit Fußballfans der Kategorie C, einer eher gewaltbereiten Klientel, bei der das AKV auf geringe bis keine Akzeptanz stößt. Hier will metronom künftig noch enger mit der Bundes- und Landespolizei zusammen arbeiten“, so Hagen Tronje Grüzmacher, Pressesprecher bei metronom. Die Zwischenbilanz wartet aber auch mit harten Fakten auf:

Im Oktober 2009 – noch ohne AKV – erfasste die Bundespolizei 188 Straftaten, aktuell im Februar 2010 waren es 68. Im Januar, dem zweiten Monat nach Einführung des AKV, fielen sieben Tonnen weniger Müll (ohne Pfandflaschen und -dosen) an, als in den Monaten zuvor. Derzeit werden rund 400 Vertragsstrafen monatlich ausgestellt – Tendenz sinkend. Vandalismusschäden sind deutlich zurückgegangen, eingeschlagene Deckenplatten, verbogene Lampengitter, zerkratzte Tische, zerschlitzte oder eingenässte Sitze kommen so gut wie nicht mehr vor. Nur eine zusätzliche Ad-hoc-Reinigung wurde in den fast vier Monaten nötig, früher war dies an Fußballwochenenden die Regel.

Hamburg

Auch in Hamburg verschärfte der HVV seine Beförderungsbedingungen. Auf Alkoholkonsum in den Beförderungsmitteln

stehen 40 Euro Strafe. Seit 1. September 2011 gilt das Verbot – einen Monat verwiesen die Kontrolleure nur auf die neue Regelung. Eine Plakatkampagne: „Alkoholfreie Zone – Danke, dass Sie mitmachen!“ und Infokarten machte die neue Regelung bekannt. Dann wurde es ernst.

Auch Hamburgs Vorstoß ließ Deutschland über das Problem und mögliche Lösungen debattieren. Die Zweifler meinen, per Verbote lasse sich das Problem nicht lösen. Das wird auch der härteste Verfechter des Alkoholverbots im öf-

40 Euro erheben müssen. In der S-Bahn gab es im Dezember mal eine spezielle Abend-/Nachtkontrolle. Bislang hatte man es bei den Kontrollen ohne prekäre Situationen zu tun, die Polizei musste nicht einschreiten. Belästigungen unter Alkoholeinwirkung und das „Partymachen“ in den Zügen sind deutlich zurückgegangen. Gisela Becker: „Es geht auch überhaupt nicht darum, alkoholisierte Personen nicht mehr zu befördern. Aber in den Verkehrsmitteln soll nicht getrunken werden; wer dies trotzdem tut, muss mit Strafe rechnen.“



Hinweis auf einer S-Bahn-Station in Hamburg

Foto: Ulrich Perrey/dpa

fentlichen Nahverkehr nicht abstreiten. Aber eindämmen lässt es sich offenbar

Man hat auch in Hamburg angefangen, ein bestimmtes Klima zu schaffen.



Auch mit diesem Piktogramm macht Hamburg auf das AKV aufmerksam. Quelle: HVV

sehr wohl. Erste Erfahrungen lassen auch hier durchaus berechtigte Hoffnungen zu.

Die Hansestadt hat sich aus ihrem Vorstoß weniger Ärger mit Betrunknen und weniger Gewalt, mehr subjektives Sicherheitsgefühl der Fahrgäste erhofft. Das Konzept ist offenbar aufgegangen. Zwar gibt es in Hamburg noch wenige harte Fakten, so die Pressesprecherin des HVV Gisela Becker, aber die Resonanz der Fahrgäste bestätigt: Sie haben ein höheres subjektives Sicherheitsgefühl. Kontrolliert wird in Hamburg durch Sicherheits- und Fahrkartenprüfpersonal. Bis Ende 2011 haben sie etwa 1.400 mal

München

Auf DP-Anfrage bei SWM/MVG (Stadtwerke München/Münchener Verkehrsgesellschaft) erklärte deren Pressesprecherin Bettina Hess: „In den U-Bahnhöfen der MVG gilt das Konsumverbot seit Februar 2009 (verankert in der Hausordnung). In den Fahrzeugen (U-Bahn, Bus und Tram der MVG) darf nach einer entsprechenden Änderung der Beförderungsbedingungen seit August 2009 kein Alkohol mehr getrunken werden. Hauptgrund ist die Stärkung der Sicherheit bzw. des subjektiven Sicherheitsgefühls unserer Fahrgäste.“ Bisher habe sich das Konsumverbot auch bewährt. Die große Mehrzahl aller Angesprochenen zeige sich einsichtig, größere Auseinandersetzungen zum Thema Alkohol habe es seit Einführung des Alkoholkonsumverbots nicht gegeben. Allerdings werde es mit Augenmaß umgesetzt, so Hess. Das gelte gerade auch für Großveranstaltungen wie Oktoberfest oder Fußballspiele. Bußgelder sind nicht vorgesehen.

Die positiven Erfahrung veranlasste schließlich auch die S-Bahn, ab 11. De-



ORDNUNG UND SICHERHEIT



Teilnehmer beim Massenbesäufnis in München vor dem Inkrafttreten des Alkoholkonsumverbots in der dortigen S-Bahn. Rund 2.000 machten mit. Foto: dpa/Tobias Hase



Einige Teilnehmer des Münchener Flashmobs“ urinierten an der S-Bahn Ostbahnhof vom Bahnsteig aus auf die Gleise. Foto: Tobias Hase/dpa

zember vergangenen Jahres die Regelung zu übernehmen. Auch hier heißt das nicht, dass alkoholisierte Personen nicht befördert werden, sondern in den Zügen gilt das Trinkverbot. Alkoholhaltige Getränke dürfen in verschlossenen Behältern zwar durchaus transportiert, aber eben nicht konsumiert werden. Das passte aber nicht jedem: Der harte Kern der „S-Bahntrinker“ hat sich einen Tag vorher in der Münchener S-Bahn haltlos die Kante gegeben. Rund 2.000 waren dabei, die allerdings nicht nur den Abschied von der „Sauf-Location“ feucht-fröhlich begingen, sondern in der bayerischen Hauptstadt zahlreiche Schäden anrichteten, den Verkehr behinderten und 50 S-Bahnen beschädigten. 170 Polizeibeamte waren im Einsatz, um die Situation zu beruhigen

Doch auch in München greift kein Verbot, wenn nicht kontrolliert wird. Darum kümmern sich Servicekräfte der S-Bahn München, Mitarbeiter von DB Sicherheit und gegebenenfalls Beamtinnen und Beamte der Bundespolizei. Sie alle setzen zunächst auf Einsicht. Wer sich widersetzt muss allerdings damit rechnen, dass er kurzerhand an die Luft gesetzt wird. Eine



Erklärungsmodelle zum Zusammenhang von Alkohol und Gewalt

- Alkohol und andere Suchtmittel sind nicht die alleinige Ursache für Gewalt, wirken aber wie Katalysatoren stark aggressionsfördernd und vermindern die Selbstkontrolle (Klein 1996).

- Trinkmenge, Trinkmuster, biologische Mechanismen sowie individuelle Eigenschaften und Umgebungsmerkmale haben Auswirkungen auf Gewalt als alkoholbedingte Folgehandlung (vgl. Babor et al. 2005).

- Es besteht ein linearer Zusammenhang zwischen Durchschnittskonsum und dem Risiko, in Gewalt verwickelt zu werden. Rauschtrinken und Häufigkeit der Berausung erhöhen diese Gefahr (ebd.).

Nicht zwangsläufig sind Alkohol konsumierende Personen Täter von Gewaltakten, es besteht ebenso ein erhöhtes Risiko, selbst Opfer von Gewalttaten zu werden.

Quelle: DHS

Die Politik

Die Impulse hier sind so intensiv nicht. Zwar ist das Problem erkannt, allein es mangelt an Ernsthaftigkeit.

Die Verkehrsministerkonferenz, die am 6./7. Oktober 2010 auf Schloss Ettersburg tagte, formulierte zum Thema:

„1. Die Verkehrsministerkonferenz teilt die Auffassung der Projektgruppe des Unterausschusses „Führung, Einsatz, Kriminalitätsbekämpfung“ der Innenministerkonferenz, dass ein Alkoholverbot grundsätzlich positive Effekte für die objektive Sicherheit im öffentlichen Personenverkehr und für das subjektive Sicherheitsempfinden der Fahrgäste haben kann.

2. Nach Abwägung hält die Verkehrsministerkonferenz gleichwohl ein generelles Alkoholverbot im öffentlichen Personenverkehr nicht für zielführend. Personell wie finanziell werden die Verkehrsunternehmen und die Aufgabenträger nicht in der Lage sein, ein solches Verbot flächendeckend durchzusetzen. Eine nur teilweise Durchsetzung birgt die Gefahr, dass aufgrund der Erwartungshaltung von Fahrgästen, die keinen Alkohol konsumieren und eine Durchsetzung

„**Ächten von offensivem Trinken in der Öffentlichkeit muss endlich wieder „politisch korrekt“ sein dürfen.**“



Tatjana Festerling,
Projektzuständige bei metronom

eines eventuellen Verbots erwarten, ein erhebliches neues Konfliktpotential zwischen den Fahrgästen entsteht.

3. Die Verkehrsministerkonferenz empfiehlt daher spezifische Lösungen vor Ort. Verkehrsunternehmen können für ihren gezielten Bedarf entsprechende Regelungen über ihr Hausrecht verankern. Bei einem konkret anlassbezogenen Vorgehen ist auch die erforder-

Geldstrafe ist auch hier nicht vorgesehen.

Deutscher Städte- und Gemeindebund

Der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, dem kommunalen Spitzenverband in Deutschland und Europa, Gerd Landsberg, hat jüngst mehrfach das Alkoholkonsumverbot in Hamburg gewürdigt und betont, dass es noch sinnvoller wäre, ein generelles Alkoholverbot bundesweit in öffentlichen Verkehrsmitteln durchzusetzen. Damit hat der Verband einen Impuls in die Politik und einen thematischen Anstoß gegeben, damit die Länder untereinander abgestimmt gegen Alkoholkonsum in öffentlichen Nahverkehrsmitteln vorgehen. Dabei stehe man der freiwilligen Handhabung eines Alkoholkonsumverbots eher skeptisch gegenüber. Einer eindeutigen rechtlichen Regelung mit Bußgeldern räumt der Pressesprecher Franz-Reinhard Habel eher eine Chance auf deutliche Erfolg ein. Und ganz wichtig: Die Politik muss ran.



Beschädigte Fenster eines S-Bahn-Waggons nach der Flashmob-Randale in München.

Foto: Bundespolizei/dpa



ORDNUNG UND SICHERHEIT

Das Produkt Alkohol selbst, als psychoaktiv wirkende Substanz, hat Einfluss auf den Konsum und auf riskantes Verhalten. Nach ein, zwei Gläsern fällt die Schranke zur Selbstkontrolle und aus den zwei „Gläsern“ werden leicht vier, fünf oder mehr. In diesem Stadium überschätzen viele Menschen ihre Fähigkeiten und gehen Risiken ein, die sie nüchtern meiden würden.

DHS Pressemitteilung 26.4.2011

liche umfassende Überwachung des Verbots sehr viel eher leistbar.

4. Der Vorsitzende wird beauftragt, die Innenministerkonferenz über den Beschluss zu informieren.“

Auch die GdP, Bezirk Bundespolizei, konstatiert, dass zwar in den ver-



Alle Türen der metronom-Züge tragen das auffällige Logo, so dass ALKOHOLFREI schon von außen deutlich zu erkennen ist. Überall in den Wagen weisen von metronom entwickelte Piktogramme unmissverständlich auf die neuen Regeln hin.

Quelle: metronom

gangenen Monaten in der Presse viel über Gewalt im öffentlichen Nahverkehr berichtet wurde und es auch in der Bevölkerung ein riesiges Bedürfnis nach mehr Sicherheit gebe, „doch die Politik rührt sich keinen Millimeter. Mit diesem Problem werden Bevölkerung und Polizei völlig im Stich gelassen.“ so Josef Scheuring, Vorsitzender der GdP Bezirk Bundespolizei. Kernproblem sei die rechtliche Grauzone in Bezug auf Alkohol trinkende Reisende. Bislang sei der Alkoholkonsum in Zügen nur auf Basis der Hausordnungen der einzelnen Nahverkehrsbetreiber untersagt – eine rechtliche Regelung gebe es jedoch nicht. Das bedeutet in der Praxis, dass die Polizei Fahrgäste zwar ermahnen kann, das Trinken zu unterlassen, sie aber nicht aus den Zügen entfernen darf. Dies geht bislang nur, wenn der Bahnschutz – sprich ein Beschäftigter der Verkehrsbetreibers – anwesend ist, von seinem Hausrecht Gebrauch macht und die Polizei um Unterstützung bittet oder eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung besteht.

„Das es hier keine einheitlichen Regelungen gibt, ist einfach absurd! Für jeden unachtsam weggeworfenen Zigarettenstummel ist es möglich ein Bußgeld zu verhängen, aber um den übertriebenen Alkoholkonsum zu unterbinden, gibt es keine städtischen Verordnungen“, so Josef Scheuring weiter. Zudem kämpft man in der Bundespolizei laut GdP mit einem ständigen Personalmangel. Die Gewerkschaft fordert daher die politisch Verantwortlichen dazu auf, endlich ihre Verantwortung für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger ernst zu nehmen und der Bundespolizei die dringend notwendigen personellen und rechtlichen Mittel an die Hand zu geben, um diese Sicherheit zu gewährleisten.

Es wäre blauäugig anzunehmen, dass man mit all diesen ersten Maßnahmen gegen den Alkoholkonsum in öffentlichen Verkehrsmitteln auch schlagartig die dramatischen Gewaltexzesse in den Griff bekommt, die sich in jüngerer Zeit offenbar vermehrt auf Bahnhöfen und an Haltestellen abspielen. Das ist ein weiteres Kapitel, das allerdings auch deutlich mit Alkoholmissbrauch zu tun hat. Allerdings – und das sollte nicht unterschätzt werden – ist ein Anfang gemacht, um überhaupt in unserer Gesellschaft ein Klima anzuregen, in dem eben nicht die Bierflasche in der Hand zum Lifestyle gehört und der Nichtmitrinker zum belächelnswerten Exoten abgestempelt wird. **Marion Tetzner**



Gültig vom 20.12.11 - 29.02.12

COP® Specials Januar / Februar 2012

1 Einsatzstiefel SaW® 8985 Hi
Art.-Nr. 828985-Größe EU
Farbe: schwarz; Größen: (EU 36 - 49) keine halben Größen
Obermaterial: Leder/ 1000 Denier Nylon Kombination
Stiefel mit athletischer Passform und geringem Gewicht.

Aktionspreis € 69,90**
statt 89,90*

Zertifiziert als Arbeitsschuh gem. EN347

Smith & Wesson®

Damen					Herren					EU-Größe an die Artikelnummer anfügen					
Größe US	6	7	8	9	9.5	Größe US	8	9	10	11	11.5	12	13	14	15
Größe EU	36	37	38	39	40	Größe EU	41	42	43	44	45	46	47	48	49

2 Funktionssocke COP® 7030
Art.-Nr. 7030-Größe
Farbe: schwarz; Größen: 35 - 38, 39 - 42, 43 - 46, 46 - 48.
Material: 54% Polyamid, 22% Polyester, 20% Polypropylen, 2% Nylon, 2% Elasthan
Funktionssocke mit „Ceratex 40“, eine Keramikfaser. Das Hightech Cara Ceratex 40 garantiert eine perfekte Wärmeisolierung des Fußes - auch bei extremer Wittersituation und Temperaturen.

Aktionspreis € 5,90**
statt 9,90*

Kniehoch

COP

3 Einsatz- und Zugriffs- handschuh COP® DGF200
Art.-Nr. 32F200-Größe**
Farbe: schwarz; Größen: XS - 3XL
Material außen: 100% Rindsleder
Material innen: 100% Polyamid
Mit Innenfutter! Glattleder im Bereich des Handrucks, Innenseite aus Wildleder für optimalen Griff, Protektoren im Bereich des Handrucks und der Finger.

Aktionspreis € 19,90**
statt 39,90*

Knöchelschutz nach CEN EN 13594 Art. 6.3.2 u. CEN EN 1621-1 getestet.

EN 388

2 1 2 2

Abriebfestigkeit: Kategorie 2
Schnittfestigkeit: Kategorie 1
Weiterreißfestigkeit: Kategorie 2
Durchstichfestigkeit: Kategorie 2

4 Taschenlampe COP® 8503N LED
Art.-Nr. 18503N
Länge: 12,9 cm
ø 2,7 cm Körper, 3 cm Kopf
Gewicht mit Batterien: 127 g
Leistung: 180 Lumen
Leuchtdauer: 30 Stunden
Leuchtweite: 100 m
Lebensdauer der LED: 100 000 h
Betriebsdauer: bis zu 30 Std/Satz Batterien
3 Mikro-Batterien (AAA) im Lieferumfang enthalten!

Aktionspreis € 29,90**
statt 49,90*

LED 180 Lumen

Mit Cree® XP-G LED Leuchtmittel

5 Tactical Crew Under Armour® ColdGear®
Art.-Nr.: UA1005511S-Größe (schwarz)
Art.-Nr.: UA1005511O-Größe (olivgrün)
Art.-Nr.: UA1005511B-Größe (beige)
Art.-Nr.: UA1005511N-Größe (navy)
Farben: schwarz, olivgrün, navy und beige; Größen: S - 3XL
Material: 63% Nylon, 25% Polyester, 12% Elasthan
Langärmeliges, hochfunktionelles Kompressionshirt.

Aktionspreis € 39,90**
statt 59,90*

Eng anliegend, wie eine 2. Haut. Paßt sich dem Körper an, schlank und stützend.

UNDER ARMOUR COMPRESSION

coldgear FÜR KALTE TAGE

6 Polizei-Clipboard POSSE 37S
Art.-Nr.: CB-37S
Original US Polizei Clipboard von POSSE, USA.
Größe: 35 x 23 x 4 cm (L x B x H); Farbe: grau.
Aus eloxierten Aluminium. Seitlich ist ein robuster Schnappverschluss angebracht. Starker Metallclip am Deckel.
2 getrennte Fächer.

Aktionspreis € 39,90**
statt 59,90*

Mit intergerierter Stift-halteklammer unter der Hauptklammer!

Gezeigt ist nur ein Auszug aus unserem Angebot an über 300 Rest- u. Sonderposten sowie 11. Wahl Artikeln, Preise bis zu 80% reduziert. Zu finden unter der Rubrik: Angebote/Restposten auf www.cop-shop.de

COP Vertriebs-GmbH · Klenauer Straße 1a · 86561 Oberweilnabach · Germany
Telefon +49(8445)9296-0 · Fax +49(8445)9296-50 · E-Mail service@cop-gmbh.de

www.cop-shop.de

**Angebote / Aktionspreis gültig vom 20. Dezember 2011 bis 29. Februar 2012. * Fröhliche unverbindliche Preisempfehlung des Herstellers.

Der Ton auf der Straße ist rauer geworden

In einem Ende 2011 in der Süddeutschen Zeitung erschienenen Interview hat der GdP-Bundesvorsitzende Bernhard Witthaut die Forderung nach einer Mindestspeicherfrist von Telekommunikationsdaten erneut bekräftigt. Es sei Basis jeglicher polizeilicher Ermittlungsarbeit zu erfahren, mit wem Täter Telefon- oder Internet-Kontakt hatten. Rückschlüsse auf mögliche Unterstützer seien ohne die sogenannte Vorratsdatenspeicherung nur sehr schwierig zu ziehen, erläuterte Witthaut am Beispiel der Ermittlungen zu den Taten der Zwickauer Zelle. Einen breiten Raum nehmen die massiv ansteigende Gewalt gegen Polizeibeamte und die zunehmend schwieriger werdende Rolle der Polizei im Rahmen politisch umstrittener Themen wie Atommülltransporte oder Neonazi-Demonstrationen ein. Hier das Interview im Wortlaut:

SZ: Herr Witthaut, seit Sie vor einem Jahr Chef der Gewerkschaft der Polizei geworden sind, haben Sie das Thema Gewalt gegen Polizisten zu einem Schwerpunkt Ihrer Arbeit gemacht. Ist es gefährlicher geworden, Polizist zu sein?

Witthaut: Leider ja. In den vergangenen zehn Jahren ist die Gewalt gegen Polizeibeamte um 26 Prozent gestiegen, also um mehr als ein Viertel. Die Studien des Kriminologen Christian Pfeiffer belegen das ebenfalls deutlich. Er befragte im Februar und März 2010 fast 21000 Polizeibeamte, ob sie schon einmal Opfer von Gewalt wurden. 2011 scheint es allerdings einen leichten Rückgang zu geben.

SZ: Meinen Sie körperliche Gewalt oder auch verbale Attacken?

Witthaut: Wenn ein Kollege bloß beleidigt wird, zeigt er das doch meistens

gar nicht mehr an. Der Ton auf der Straße ist viel rauer geworden, die Akzeptanz von Maßnahmen der Polizei viel geringer. Geht jemand bei Rot über die Ampel und wird ermahnt, müssen sich meine Kollegen ständig Dinge anhören wie: „Haste nichts besseres zu tun? Scheißbulle“.

SZ: Worauf führen Sie das zurück?

Witthaut: Ich habe den Eindruck, dass der Egoismus in der Gesellschaft immer größer wird. Viele Menschen sind überzeugt: Recht ist das, was ich durchsetzen will. Und so verhalten sie sich dann auch, zum Beispiel die Grünenchefin Claudia Roth. Während der Castortransporte hat sie den Polizeieinsatz als Anschlag auf die Demokratie verunglimpft.

SZ: Der Polizeieinsatz war teilweise äußerst hart.

Witthaut: Aber das gibt der Vorsitzenden einer demokratischen Partei nicht das Recht, einen Konflikt auch noch anzuhetzen, bei dem doch die Polizei Opfer massiver Gewalt wurde.

SZ: Das haben viele Castor-Gegner anders gesehen.

Witthaut: Wir hatten dort Situationen, in denen es den Kollegen rechtlich erlaubt gewesen wäre, zur Schusswaffe zu greifen. Glücklicherweise haben sie es nicht getan. Eine Einsatzhundertschaft aus Schleswig-Holstein hatte 35 Verletzte. Die Kollegen wurden mit einem Steinhagel attackiert, mit Betonplatten beworfen. Sie haben sich dann zurückgezogen.

SZ: Zum Steine werfen haben die Grünen sicher nicht aufgerufen.

Witthaut: Das behaupte ich auch gar nicht. Aber Aussagen wie jene von Frau Roth werden von ihren Anhängern als eine Art Freibrief aufgefasst; der eine oder andere fühlt sich daraufhin legitimiert, zu „schottern“, also Schienenwege zu demolieren – legitimiert zu Straftaten, alles im Namen des Guten. Ich finde das verwerflich und verantwortungslos. Es gibt eine wachsende Zahl von Menschen mitten aus der Gesellschaft, die sich von der Polizei nichts mehr sagen lassen, weil sie von unserem Staat nicht mehr überzeugt sind. Und Politiker, gesellschaftliche Gruppen, auch einige Gewerkschafter schüren dieses Gefühl noch.



Lautstark und aggressiv schreien Demonstranten beim Castor-Einsatz Polizisten an – eine Szene aus 1996. Die Aggressivität hat seither noch deutlich zugenommen.

Foto: Stefan Hesse/dpa



INTERVIEW

SZ: Gewerkschafter?

Witthaut: Bei ver.di haben wir als Gewerkschaft der Polizei oft einen schweren Stand. Für viele dort gilt „ziviler Ungehorsam“ als bürgerliche Tugend. Nur: Wie weit geht der? Ich habe selber jahrelang als Einsatzbeamter Demonstrationen von Rechtsradikalen beschützen müssen. Das

Polizei, müssen das Demonstrationsrecht auf gerichtliche Anordnung gewährleisten. Aber das interessiert die Gegendemonstranten gar nicht, ebenso wenig wie beim Castor-Transport.

SZ: Würüber die Polizei selten spricht: Auch die Anzeigen gegen sie nehmen zu.

SZ: Bei Großereignissen gerät die Polizei nicht selten an die Grenzen ihrer Kapazität. Ist sie generell unterbesetzt?

Witthaut: Uns fehlen derzeit bereits 9.350 Polizistenstellen, bundesweit. Bis 2020 werden es durch die Spar- und Reformpläne der Länder weitere 9.750 sein; macht zusammen mehr als 19.000. Was das bedeutet, kann



GDP-Bundesvorsitzender **Bernhard Witthaut (l.)** im Gespräch mit den Redakteuren der Süddeutschen Zeitung **Detlef Esslinger** und **Dr. Joachim Käppner (r.)**

Foto: Zielasko

macht niemand gern, aber wenn die Gerichte die Demo wegen des Grundrechts auf Demonstrationsfreiheit zulassen, müssen wir dieses Recht durchsetzen. Beim Thema „Naziaufmärsche verhindern“ sind die Gewerkschaften jedoch ganz vorn mit dabei – und ihre Leute haben dann Konflikte mit der Polizei, zum Beispiel 2010 in Dresden.

SZ: Die Gegendemonstranten wollten lediglich einen Naziaufmarsch verhindern. Ist deren Engagement wirklich ein gutes Beispiel für Respektlosigkeit vor der Demokratie?

Witthaut: Das Verwaltungsgericht Dresden hatte im Februar dieses Jahres noch einmal bestätigt, dass die Polizei den Marsch der Rechten zum Jahrestag der Bombenangriffe auf Dresden 1945 auch gegen gut gemeinte Blockaden durchsetzen musste. Es ließ auch keine Spielräume, wie sie ein Einsatzleiter sonst schon mal nutzt, wenn er sagt: Da sind jetzt so viele Leute auf der Straße, der Auftrag, die Demonstration zu schützen, ist nicht durchführbar. Wir, die

Witthaut: Ganz oft empfehlen Rechtsanwälte ihren Mandanten, die Polizei anzuzeigen. Das ist eine regelrechte Strategie. Im Internet gibt es organisierte Foren nach dem Motto: Zeigt die Polizei an, wo ihr sie trifft. Das ist in Dresden so, im Wendland, in Stuttgart.

SZ: Vielleicht bedingt sich die Gewalt gegenseitig?

Witthaut: Ich habe Kollegen, die waren manchmal 24 Stunden und länger am Stück beim Castoreinsatz und seit langem kein Wochenende mehr zu Hause. Sie hören, da sind Leute mit Zwillen unterwegs, oder dass Klaviersaiten zwischen den Bäumen gespannt sind. Sie werden permanent beschimpft, belästigt und angegriffen. Ja, da kommt es zu bedauerlichen Überreaktionen, und umso erfreulicher ist es, wie professionell die meisten damit umgehen. Immerhin haben bei diesem Einsatz 2.000 Leute gefehlt, die anderswo gebunden waren.

sich jeder selbst ausmalen. Manche Länder denken jetzt um. Nordrhein-Westfalen hat nun 1.400 Polizisten eingestellt, ein positives Beispiel, aber bei der Bundespolizei oder in Brandenburg sieht die Lage finster aus.

SZ: Warum soll ein junger Mensch heute überhaupt noch Polizist werden?

Witthaut: Weil es ein großartiger, vielseitiger und wichtiger Beruf ist. Unsere größte Sorge ist dennoch, dass er immer unattraktiver wird. Bis vor wenigen Jahren haben sich auf eine freie Dienststelle im Schnitt sechs Bewerber gemeldet. Heute sind es nur noch drei, und das, obwohl durch das achtjährige Gymnasium ein doppelter Jahrgang auf den Arbeitsmarkt drängt. Unsere Konkurrenzfähigkeit im Vergleich zu Privatunternehmen lässt nach. Die kaufen uns die guten Leute weg.

SZ: Was sind die Folgen?

Witthaut: Die Polizeipräsenz wird immer dünner, die Reaktionszeit immer länger. Da kann es dann in Flächenländern wie



Brandenburg bis zu 40 Minuten dauern, bis die Polizei nach einem Notruf eintrifft – keine schöne Vorstellung, wenn ich den Einbrecher im Haus habe. Solche Einsparungen tarnen sich dann als Reform. Zum Beispiel im Saarland: Es wird zentralisiert, 300 Stellen fallen weg, aber das Ganze nennt sich stolz Organisationsreform. Angeblich gewährleistet sie, dass die Versorgung der Bürger gleich gut bleibt. Aber das wird nicht passieren.

SZ: Derzeit diskutiert die Koalition über die Speicherung von Telefondaten. Wie wichtig wäre die für Sie?

Witthaut: Äußerst wichtig. Derzeit bleiben den Ermittlern die meisten Verbindungsdaten von Verdächtigen versperrt, anders als in fast allen anderen Staaten der EU. Im Falle der Mordserie durch Neonazis ist das zum Beispiel verheerend.

SZ: Wieso?

Witthaut: Weil wir diese Daten nicht mehr haben dürfen, wissen wir nicht, mit wem das Terror-Trio wann telefoniert, gemailt, gechattet hat. Das wäre aber die Basis jeder Ermittlungsarbeit. Wir fragen uns doch: Wie groß war das Umfeld der drei Verdächtigen? Gab es über die Festgenommenen hinaus lokale Unterstützer, etwa an Orten, wo Ausländer ermordet wurden. München, Dortmund, Hamburg. Überall dort gibt es kleine, militante Neonazi-Szenen. Es wäre schön zu wissen, ob das Trio in Verbindung mit ihnen stand. Wer weiß, vielleicht wäre ja auch ein Anruf aus der NPD dabei, der für ein Verbot wichtig sein könnte.

SZ: Wie lange sollten die Telefongesellschaften Daten speichern müssen?

Witthaut: Unsere Fachleute sagen: zwei Jahre. Das ist politisch nicht durchsetzbar. Ich wäre schon mit einem halben Jahr zufrieden. Ich darf hier an den Massenmörder Anders Breivik erinnern, der 77 Menschen tötete. Anfangs haben die Behörden in Norwegen gefürchtet, er gehöre zu einem rechtsradikalen Netzwerk. Aber durch die gespeicherten Telefondaten stellte sich schnell heraus: Breivik war ein Einzelgänger. Wir dürfen aber im Fall des Nazi-Trios nicht rückverfolgen, was die Kollegen in Norwegen dürfen – in einem, wie ich erinnern darf, der freiheitlichsten Staaten der Welt.

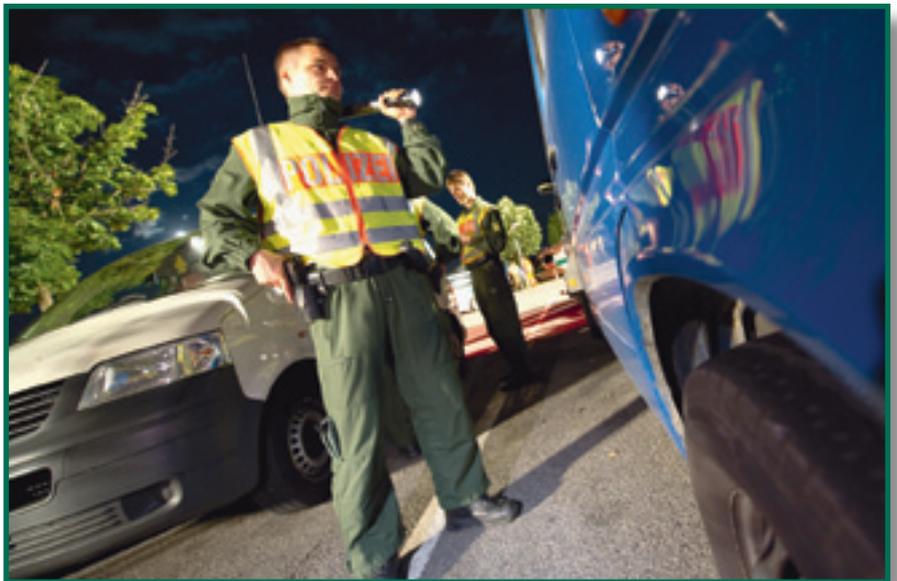
Das Ende Dezember 2011 in der Süddeutschen Zeitung erschienene Interview führten die SZ-Redakteure Detlef Esslinger und Dr. Joachim Kämpner.

Polens Botschafter sorgt für Irritation

Exakt zwölf Worte reichten Dr. Marek Prawda, Polens Botschafter in Deutschland, aus, um im neuen Jahr für einen ersten vielfach wiederholenden Paukenschlag zu sorgen. „Vielleicht ist es ja noch zu einfach, in Deutschland Autos zu stehlen?“, antwortete der seit über fünf Jahren in Berlin wirkende Diplomat auf die Interview-Frage eines Journalisten der in der Region um Frankfurt (Oder) erscheinenden „Märkischen Oderzeitung“.

Die Reaktionen ließen nicht lange auf sich warten. Andreas Schuster, Landesbezirksvorsitzender der GdP Brandenburg, sprach gegenüber der Berliner Zeitung von „ungeheurer politischer Arroganz, uns den Schwarzen Peter zuzuschieben, wenn ein großer Teil der Täter aus Polen kommt“.

als auch der Vorsitzende des GdP-Bezirks Bundespolizei, Josef Scheuring, durchaus teilten. Polens Botschafter, so Michael Purper in einer Pressemitteilung, helfe mit Schuldzuweisungen nicht weiter, die Lage zu verbessern. Recht habe er aber mit der Forderung, bei der Bekämpfung des Autodiebstahls stärker auf Prävention zu



Verstärkte Kontrollen: Die Polizei geht an der deutsch-polnischen Grenze bei Bautzen gegen Autoschieber vor.

Foto: Arno Burgi/dpa

In der brandenburgischen Grenzregion wachse bei Bürgerinnen und Bürgern die Sorge vor zunehmender Kriminalität. Die Politik in Bund und Land habe aber stets darauf hingewiesen, dass es nach dem Wegfall der Grenzkontrollen Ende 2007 keinen Kriminalitätsanstieg geben werde. Schuster: „Und jeder, der etwas anderes behauptete, wie Vertreter der GdP, wurden der Schwarzmalerei bezichtigt. Die Minister wechselten und die Realität hat die Aussagen ihrer Vorgänger eingeholt.“

Eine Meinung, die sowohl sein Berliner GdP-Amtskollege Michael Purper,

setzen. Scheuring führte zudem den Personalabbau der Polizeien vor allem in den osteuropäischen Nachbarstaaten an. Es entstünden so für Tätergruppen geradezu ideale Bewegungs- und Rückzugsräume.

Personalabbau widerspricht Kriminalitätsentwicklung

Dies aber, so Schuster und Purper übereinstimmend, lasse sich mit der derzeitigen Personalsituation nicht leisten. Die gesamte Situation in der Grenzregion, kritisierte





Zusammenarbeit verbessern: Brandenburgs Ministerpräsident Matthias Platzeck (l.) und Polens Botschafter, Marek Prawda, bei einem Statement Mitte Januar in der polnischen Botschaft in Berlin. Foto: Jörg Carstensen/dpa

Schuster, werde durch einen Stellenabbau bei der Bundespolizei sowie auch bei der Brandenburger Landespolizei verschärft. Mit immer weniger Kolleginnen und Kollegen die gleiche Leistung zu bringen, sei nicht einmal theoretisch möglich.

Höchste Zeit wäre es aber, denn die Zahlen der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) 2010 sind eindeutig: Pro 100.000 Einwohner waren Bürgerinnen und Bürger in den neuen Ländern mehr als doppelt so oft vom KFZ-Diebstahl betroffen als Menschen in den alten Bundesländern.

Den von Brandenburgs Innenminister Dietmar Woidke spontan zusätzlich in die Grenzregion beorderten drei Einsatzhundertschaften der Brandenburger Bereit-

schaftspolizei prophezeite Schuster nur temporäre Wirkung: „Die große Frage ist, was passiert nach drei Monaten? Die Straftäter werden merken, dass sich kurzzeitig der Überwachungsdruck erhöht, aber sie werden dabei wissen, dass dieser zeitlich begrenzt ist.“

Unglückliche Formulierung

Polens Ministerpräsident Donald Tusk nahm derweil seinen Botschafter in Schutz. In einem Interview mit einem polnischen Fernsehsender sagte Tusk: „Ich hätte meine Einschätzung nicht so formuliert, diese Worte waren unglücklich, selbst wenn der Botschafter es so meinte“. Doch, so der

polnische Regierungschef vielsagend, der Nachname des Botschafters bedeute ins Deutsche übersetzt „Wahrheit“.

Wohnungseinbrüche weiter auf hohem Niveau

Grund zur Sorge bereitet aber nicht nur die Kriminalität im direkter Nähe der Grenze, sondern zunehmend der kaum zu kontrollierende Grenzüberschritt offenbar gut organisierter, zumeist osteuropäischer Banden, die in ganz Deutschland, bevorzugt in größeren Städten, Wohnungseinbrüche begehen. Laut PKS 2010 hat die Zahl der Wohnungseinbruchdiebstähle um 6,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr zugenommen. Etwa alle vier Minuten ereignete sich damit eine solche Tat. Bezogen auf die Einwohnerzahlen (Fälle pro 100.000 Einwohner) schlugen Einbrecher in Bremerhaven (538), Düsseldorf (449), Köln (448), Bonn und Hamburg (je 425) und Bremen (413) am häufigsten zu. Hausbesitzer und Mieter in Städten in der Grenznähe zu Polen und Tschechien kamen deutlich glimpflicher davon: Leipzig (272), Berlin (253), Potsdam (128), Rostock (74), Cottbus (65) und Dresden (60).

Und auch in 2011 scheint der Trend zu mehr Wohnungseinbrüchen nicht nachzulassen. Berlin meldete bereits kurz vor dem Jahreswechsel einen starken Anstieg der Fälle um rund 24 Prozent.

Sorge vor weiteren Grenzöffnungen

Noch Ende November 2011 hatte die GdP vor einer erneuten Erweiterung des Schengen-Raums und einem weiteren Abbau von Grenzkontrollen gewarnt. Auf

Anzeige



Habichtswald-Klinik • Wigandstr. 1 • 34131 Kassel • www.habichtswaldklinik.de • info@habichtswaldklinik.de

... wieder Atem schöpfen



Habichtswald-Klinik

Fachklinik für Psychosomatik, Onkologie und Innere Medizin Kassel - Bad Wilhelmshöhe.

In Mitten Deutschlands am Fuße des größten Bergparks Europas mit Herkules und Schloss Wilhelmshöhe sowie in direkter Nachbarschaft zu einer der schönsten Thermen liegt die Habichtswald-Klinik.

In ihrem Selbstverständnis als Klinik für Ganzheitsmedizin arbeitet die Habichtswald-Klinik auf der Ebene einer integrativen Betrachtung von Körper, Seele und Geist in einer Synthese aus Schulmedizin, Naturheilverfahren und komplementärer Therapien. Die Klinik hat einen Versorgungsvertrag nach §111 und ist nach § 30 GWO als beihilfefähig anerkannt.

Bei den Gesetzlichen Krankenkassen ist die Habichtswald-Klinik als Rehabilitationsklinik anerkannt, bei den privaten Krankenversicherungen als „Gemischte Einrichtung“ die auch Akutbehandlungen gemäß OPS 301 durchführt. Die Beihilfestellen rechnen mit der Klinik den allgemeinen niedrigsten mit den Sozialversicherungsträgern vereinbarten pauschalen Pflegesatz ab.

Spezielle Behandlungskonzepte zu

- Burn-out Symptomatik
- Tinnitus, Schwindel und Lärmschäden
- depressiver Erschöpfung
- Angstsymptomatik
- Traumatherapie
- Missbrauch von Suchtmitteln
- onkologischen und internistischen Erkrankungen

Kostenloses Service-Telefon: 0800 890 110 Telefon Aufnahmebüro: 0561 3108-186, -622



einer Sitzung des GdP-Bundesvorstandes sagte der GdP-Vorsitzende Bernhard Witthaut: „Aus polizeilicher Sicht hat sich die Sicherheitslage durch die rasante Öffnung nach Osten verschlechtert.“ Die Kriminalität sei im vergangenen Jahr entlang der sächsischen Außengrenze um rund acht Prozent gestiegen. Besonders hoch war der Anstieg der Straftaten entlang der deutsch-polnischen Grenze um über zehn Prozent. An der Zusammenarbeit mit den polnischen und tschechischen Polizeibehörden, sagte Witthaut, könne man das Problem indes nicht festmachen. Der GdP-Vorsitzende: „Die Kolleginnen und Kollegen sind allesamt hochmotiviert und professionell.“ Doch vor dem Hintergrund des Personalabbaus bei der deutschen Polizei im grenznahen Bereich sei es „Augenwischerei, den Menschen vorzumachen, Straftaten würden nicht geschehen, weil sie von der Polizei nicht aufgedeckt werden können“.

Mit Sorge betrachtet die GdP nun die weiteren Entwicklungen in Rumänien und Bulgarien. Es sei zweifelhaft, dass es beiden Ländern gelinge, bis Mitte dieses Jahres die Defizite in der Korruptionsbekämpfung und der Bekämpfung der Organisierten Kriminalität abzubauen. Witthaut: „Wir verstehen nicht, wie Kriminalitätsbekämpfung in einen Gegensatz zum europäischen Gedanken gestellt werden kann. Europa bedeutet ja nicht: Freie Fahrt für Kriminalität.“

Grenzkriminalität nicht mehr zu leugnen

In der Zwischenzeit fühlte sich auch Brandenburgs Ministerpräsident Matthias Platzeck in die Pflicht genommen. Vor dem Hintergrund einer Landtags-Petition über 90 uckermärkische Unternehmer, die allein ihren Schaden durch den Diebstahl von Bau- und Agrarmaschinen seit 2007 auf über 2,2 Millionen Euro bezifferten, kündigte Brandenburgs Ministerpräsident an, dass zeitnah eine Sicherheitspartnerschaft zwischen Unternehmern, Polizei und Ordnungsbehörden aufgebaut werden solle. Neben dem Sofort-Einsatz dreier Hundertschaften der Bereitschaftspolizei in der Grenzregion, solle zudem der Zoll mit weiteren Zugriffsbefugnissen ausgestattet werden.

Immerhin: Geleugnet wird das Problem „Grenzkriminalität“ nun nicht mehr. Sicherlich auch ein Verdienst des polnischen Botschafters, der die „Wahrheit“ schon in seinem Nachnamen trägt.

MiZi

DGB-Tagung machte den Praxistest

Wie Familienfreundlichkeit umgesetzt werden kann, darüber diskutierten am 7. Dezember 2011 auf der Tagung „Praxistest Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Familienbewusste Praxis in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst“ über 150 Teilnehmer/innen mit der stellvertretenden DGB-Vorsitzenden Ingrid Sehrbrock, dem BMFSFJ-Staatssekretär Josef Hecken sowie dem Wissenschaftler Prof. Schneider Strategien umzusetzen.

Anhand von vier Praxisbeispielen aus der Privatwirtschaft und dem öffentlichen Dienst wurden in der Kooperationsveranstaltung von DGB-Bundesvorstand und Bundesfamilienministerium erfolgreiche Maßnahmen zur Vereinbarkeit verglichen. Dabei verdeutlichten die Praxisbeispiele, dass auch in Branchen mit schwierigen

Carsten Rose, Referatsleiter Personal des Landespolizeipräsidiums Niedersachsen vertreten waren, komplettierten die Beispiele.

Die Landespolizei Niedersachsen hat die gesellschaftspolitische und betriebswirtschaftliche Brisanz erkannt und sich schon früh mit dem Thema Vereinbarkeit



„Arbeitnehmer legen immer mehr Wert auf attraktive Rahmenbedingungen, wie z. B. möglichst flexible Arbeitszeiten und Arbeitsorte, um ihre Arbeit mit Betreuungs- und Pflegeaufgaben vereinbaren zu können. Darauf müssen sich Arbeitgeber in Zukunft stärker einstellen...“, so Elke Gündner-Ede; rechts der Referatsleiter Personal des Landespolizeipräsidiums Niedersachsen, Carsten Rose.

Rahmenbedingungen familienfreundliche Maßnahmen durchgesetzt werden können. Ein Betrieb aus dem Einzelhandel, eine Kreisverwaltung, ein Stahlbetrieb und die Landespolizei Niedersachsen, die durch Elke Gündner-Ede, stellvertretende Vorsitzende des Polizeihauptpersonalrates und Mitglied im Geschäftsführenden Bundesvorstand der GdP, und

von Familie und Beruf auseinandergesetzt. Als eine von ganz wenigen Institutionen hat sie schon 2008 die Auditierung durch berufundfamilie GmbH landesweit durchgeführt. 2011 wurde sie re-auditiert und kann sich damit als familienfreundlich zertifiziertes Unternehmen darstellen. Die aktuellen Themen, die bei der Polizei Niedersachsen auf der Agenda stehen,





Wilfried Stenz (Betriebsratsvorsitzender) in der Rasselstein GmbH plädierte u. a. dafür, die Themen Arbeitszeit, Gesundheit und Vereinbarkeit zusammen zu denken und die Beschäftigten dabei zu beteiligen.

Fotos: DGB/Meissner

können werde im Moment 10 % über Bedarf eingestellt, auch weil man damit rechnet, dass in Zukunft mehr Teilzeitstellen geschaffen werden müssen. Gerade ältere Beschäftigte wünschten sich Teilzeit-Modelle. Schließlich betonte der Personalchef die

sind Teilzeitarbeit für Führungskräfte und Pflege von Angehörigen. Um beim Thema Vereinbarkeit für Familie und Beruf voranzukommen müsse man „mit Tabus brechen, neue Wege gehen und kreativ nach vorne denken“, sagte Carsten Rose. Er schilderte, wie es mit der Einführung von bedarfsorientierten Schichtmodellen zu einem Kulturwandel in der Gesamtorganisation gekommen sei. Durch die freie Gestaltung der Dienstpläne in den Dienststellen, bei der sich die Beschäftigten einbringen und beteiligen können, habe man schon einiges für eine bessere Vereinbarkeit erreichen können konstatierte Elke Gündner-Ede. Gerade die Einführung bedarfsorientierter Schichtmodelle, die vielerorts Probleme bereitet, weil feste Schichtgruppen zu Pools aufgelöst werden und neue Abstimmungsprozesse in den Dienststellen erforderlich werden, zeigt, dass größere Veränderungen erfolgreich eingeführt werden können und den Zeitbedürfnissen der Kollegen/innen besser gerecht werden. Die Schichtpläne werden drei Monate im Voraus aufgestellt, – erläuterte Carsten Rose – es gibt mindestens ein planbares Wochenende pro Monat und Gerechtigkeitslisten, damit beispielsweise Wochenenddienste gleich auf alle Kollegen/innen verteilt werden. Das, und eine Notfallbetreuung rund um die Uhr, die sofort abrufbar ist, wenn ein Einsatz länger dauert als geplant, sei ein weiterer wichtiger Beitrag für die bessere Vereinbarkeit.

Großen Handlungsbedarf sah Elke Gündner-Ede allerdings noch bei der Akzeptanz von Teilzeitstellen für Führungskräfte. Teilzeit müsse größere Anerkennung finden, da Teilzeit per se in den Beurteilungssystemen schlechter bewertet wird und Karrierenachteile zur Folge hat.

Ein Angebot, das die Hauptpersonalrätin positiv hervorhob, richtet sich an die Anwärter/innen der Kommissarslaufbahn: In der Polizeiakademie Niedersachsen sind Rahmenbedingungen geschaffen worden, die es erstmals möglich gemacht haben, dass eine Kollegin ihr Bachelor Studium absolvieren konnte, weil Bereuungsmöglichkeiten für Kinder gewährleistet werden.

Im Vergleich zu Unternehmen der Privatwirtschaft ist die Landespolizei dezentral strukturiert, was dazu führt, dass viele individuelle Maßnahmen zur Familienfreundlichkeit vor Ort geregelt werden und nicht auf Landesebene organisiert werden müssen. Nach Einschätzung von Carsten Rose sei im Moment die Frage der „intelligenten Bewirtschaftung“ von Teilzeitstellen vorrangig. Um die Arbeitszeitreste sinnvoll verteilen zu

Relevanz des Themas Pflege, die mit einer älter werdenden Belegschaft zwangsläufig auf die Polizei zukomme.

Zum Abschluss der Veranstaltung diskutierten die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock und der Staatssekretär des Bundesfamilienministeriums Josef Hecken, was Politik und Gewerkschaften tun müssen, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in den Betrieben und Verwaltungen zu verbessern. Beide stimmten darin überein, dass die Politik die Rahmenbedingungen für eine bessere Vereinbarkeit setzen muss, was z. B. mit der Einführung des Elterngeldes gut gelungen ist. Staatssekretär Hecken sah besonders die Führungskräfte in der Pflicht. Häufig fehle es in der mittleren Managementebene an Akzeptanz für familienbewusste Arbeitsgestaltung, hier seien die Führungskräfte – aber auch Betriebs- und Personalräte – gefordert, das Thema auf die Agenda zu setzen und selbst mit gutem Beispiel voranzugehen.

Eine ausführliche Dokumentation der Tagung und weitere Informationen unter www.familie.dgb.de. **Frank Meissner**

Anzeige



Robuste Mobile-Computing-Lösungen für den rauen Dienstalltag von Polizei und Sicherheitskräften

Der Polizeialltag stellt besonders hohe Anforderungen an mobile, elektronische Geräte. Sensible Computertechnik erreicht bei den rauen Bedingungen im Außeneinsatz schnell ihre Grenzen. Widrige Witterungsbedingungen wie Regen- und Schneefall oder blendendes Sonnenlicht, Stöße und Stürze in hektischen Situationen sowie Vibrationen in den Einsatzfahrzeugen lassen sich allerdings nicht vermeiden und fordern der eingesetzten Hardware einiges ab. Nicht selten kommt es zu kostspieligen Totalausfällen, die durch unvorhersehbare Zusatzkosten – etwa für Reparaturen – sowie der Nichtverfügbarkeit der Geräte die Arbeitsleistung und Motivation der Einsatz-Teams und der gesamten Administration beeinträchtigen.



Der Elektronikkonzern Panasonic hat sich auf Lösungen für solche schwierigen Einsatzbedingungen spezialisiert. Weitläufig bekannt für seine hochwertigen Consumer-Electronics-Produkte, bietet Panasonic für Firmenkunden besonders energieeffiziente und widerstandsfähige Mobile-Computing-Lösungen an. Das Produktspektrum unter den Markennamen „Toughbook“ und „Toughpad“ reicht von robusten Outdoor-Notebooks über Business-Laptops bis hin zu Tablet-PCs.

Bereits im Jahr 1994 brachte Panasonic den ersten robusten Mobil-Computer auf den Markt. Inzwischen hat das Unternehmen einen Marktanteil von rund 65 Prozent auf dem europäischen Markt für robuste und langlebige Notebooks (VDC Research, März 2011) und verfügt über einen großen Erfahrungsschatz, der sich auf zahlreiche Industriesektoren erstreckt. In enger Zusammenarbeit mit Kunden und Partnern werden Lösungen entwickelt, die exakt auf kunden- bzw. branchenspezifische Herausforderungen angepasst sind – von der Anlagen- und Maschinenwartung über Transport und Logistik bis hin zum Einsatz in medizinischen Einrichtungen sowie bei Sicherheits- und Polizeikräften.

Höchsten Ansprüchen an Mobilität, Leistungsfähigkeit und Widerstandsfähigkeit werden Toughbook-Modelle durch geringes Gewicht, äußerst lange Akkulaufzeiten und besondere Schutzmaßnahmen gerecht. Weder Wasser, Staub, Stürze noch Erschütterungen können den gemäß Ingress Protection (IP65) und Militärstandards (MIL-STD-810G, MIL-STD-461E) zertifizierten Modellen der „Full Ruggedized“-Schutzklasse etwas anhaben. Dank eigens entwickelter Displaytechnologien bieten sie auch unter direkter Sonneneinstrahlung hervorragende Lesbarkeit und bleiben selbst bei extremen Temperaturen zuverlässig im Einsatz.



Besondere Produkteigenschaften für Polizei und Sicherheitskräfte:

- Verlässliche Wireless-Konnektivität auch in entlegenen Gebieten
- Ausdauernde Akkus sowie Doppel-Akku-Lösungen für lange Nutzungszeiten ohne Stromzufuhr
- Sonnenlicht-taugliche Displays für Einsätze in hellem Umgebungslicht
- Fahrzeug-Einbaulösungen für die Nutzung während der Fahrt
- Halte-, Trage- und Body-Mounting-Systeme



4-in-1-Lösung für Sicherheitskontrollen und mobile Personen-Überprüfung

Speziell für die Arbeit von Grenzkontrolleuren, Sicherheitskräften und Polizeistreifen hat Panasonic in Zusammenarbeit mit DESKO eine 4-in-1-Lösung entwickelt. Der handliche Ultra-Mobile-PC (UMPC) CF-U1 umfasst in Kombination mit dem sogenannten „Person Identification Mini Dock“ (PIMD) vier Funktionen in einem Gerät: einen Kontakt-Smart-Card-Leser zur Anwenderauthentifizierung, einen OCR- und einen RFID-Leser sowie einen Fingerabdruck-Scanner.

Pässe und Ausweise können über das PIMD eingelesen und Dokumente mit einer integrierten Kamera gescannt werden. Dank des voll-funktionalen Betriebssystems können die erfassten Daten auf einer Office-ähnlichen Plattform bearbeitet und per Wireless LAN oder optional integrierbaren 3G-Breitband-Modul mit einem zentralen Server synchronisiert werden.

Die Daten können sowohl über die Tastatur als auch per Stift- oder Fingereingabe über einen sonnenlicht-tauglichen 5,6" Touchscreen bearbeitet werden. Die technische Ausstattung bietet ein optimales Verhältnis zwischen Mobilität und Leistung: WSVGA-Auflösung (1024 x 600), 2 GB RAM, ein 64 GB SSD, ein Doppel-Akku-System sowie ein energieeffizienter 1,6 GHz Intel® Atom Prozessor.

Die robuste Gerätekombination lässt sich optimal zur mobilen Personenüberprüfung oder für die Kontrolle von Sicherheitszugängen bei Großveranstaltungen wie Konzerten oder Fußballspielen verwenden. Derzeit wird das CF-U1 etwa in einem groß angelegten Pilotprojekt zur allgemeinen Besucheridentifizierung bei Fußballspielen in der Schweiz eingesetzt.

Panasonic Toughbook auf dem Europäischen Polizeikongress

Besuchen Sie unseren Ausstellerstand beim 15. Europäischen Polizeikongress in Berlin!

Vom 14. bis zum 15. Februar 2012 beraten Sie unsere Experten vor Ort.



Panasonic empfiehlt Windows® 7.

Panasonic

ideas for life



ÜBERLEBEN INSIDE PANASONIC TOUGHBOOKS FULL RUGGEDIZED

**MOBILE PERSONEN-IDENTIFIKATION
MIT DER NEUEN 4-IN-1-LÖSUNG:
DAS TOUGHBOOK CF-U1 PIMD**

Besuchen Sie uns beim
Europäischen Polizeikongress
vom 14. bis 15.02.2012



Die Eigenschaft unserer Toughbooks, selbst härteste Einsätze zu überleben, ist das Ergebnis kompromisloser Forschungs- und Entwicklungsarbeit. Seit 1996 bauen wir als weltweit führender Hersteller unsere Notebooks genau so, wie unsere Kunden sie für ihr Geschäft brauchen. Ausschließlich unter Einsatz sinnvoller, bedarfsgemäßer Innovationen liefern wir maßgeschneiderte Businesslösungen, wie sie kein Zweiter bieten kann. Jetzt mit Intel® Core™ i5 2520M vPro™ Prozessor. Verlassen Sie sich auf extreme Robustheit, auf noch längere Akkulaufzeiten, verbesserte Sicherheitstechnologien und auf hervorragende Konnektivität. Überleben allein ist nicht alles, was zählt.

JEDES DETAIL ZÄHLT.



CF-19



TOUGHBOOK When it's worth doing better.

www.toughbook.eu





Zuständigkeit für Kosten einer polizeilichen Maßnahme

Als eine tote Person aufgefunden wurde, ließ sich der Name zunächst nicht feststellen. Auch war die Identifizierung nicht möglich. Polizei und Staatsanwaltschaft ordnen deshalb eine Obduktion an.

Zwecks Überführung der Leiche beauftragte die Polizei ein Bestattungsinstitut, das dafür gegenüber den Angehörigen des Verstorbenen eine Rechnung in Höhe von 910 Euro versandte, ohne dass dafür eine Zahlung zu erreichen war. Deshalb überwies die Polizei dem Bestattungsinstitut die geltend gemachten Kosten und verlangte durch einen Kostenbescheid den Zahlungsausgleich von den Angehörigen des Verstorbenen. Sie wollten aber nur 480 Euro zahlen.

Nach dem Urteil des **Verwaltungsgerichts Neustadt/Weinstraße vom 22.8.2011 – 5 K 301/11** – war der polizeiliche Kostenbescheid dem Grunde nach rechtswidrig. Die Polizei hatte geltend gemacht, dass Verantwortliche zum Ersatz verpflichtet sind, wenn der Polizei durch die unmittelbare Ausführung einer Maßnahme Kosten entstehen. Die unmittelbare Ausführung einer Maßnahme durch die Polizei ist zulässig, wenn der Zweck der Maßnahme durch Inanspruchnahme der Verantwortlichen nicht oder nicht rechtzeitig erreicht werden kann.

Es ging jedoch nicht um eine unmittelbare Ausführung einer polizeilichen Maßnahme. Die Polizei war nur ermächtigt, eine Maßnahme zur Gefahrenabwehr bzw. Störungsbeseitigung selbst oder durch einen Beauftragten ausführen zu lassen. Das Gesetz bezweckt damit die Regelung von präventiven Maßnahmen. Im Gegensatz dazu werden der Strafverfolgung dienende, repressive Maßnahmen durch die Strafprozessordnung geregelt.

Im polizeilichen Alltag ist repressives und präventives Vorgehen der Polizei häufig miteinander verquickt. Gegebenfalls ist zu bestimmen, ob die Maßnahme der Gefahrenabwehr oder der Strafverfolgung dient. In dem konkreten Fall diente der Leichentransport repressiven Zwecken. Zum Zeitpunkt der Anordnung des Leichentransports bestand das vorläufige Ermittlungsergebnis darin,

dass es Hinweise auf einen unnatürlichen Tod gab und ein Gewaltverbrechen nicht auszuschließen war. Aus diesem Grund ordnete der zuständige Staatsanwalt die Obduktion der Leiche an. Eine Leichenöffnung ist erforderlich, wenn fremdes Verschulden in Betracht kommt und die Todesursache festgestellt werden muss.

Daher diente der Leichentransport repressiven Zwecken, so dass sich die Polizei auch nicht darauf berufen konnte, die Angehörigen wären polizeirechtlich zur Bergung und Überführung der Leiche verpflichtet gewesen. Nach dem Bestattungsrecht ist eine Leiche nach Ausstellung der Todesbescheinigung in eine Leichenhalle zu überführen, sofern nicht eine Überführung in eine andere Einrichtung zur Durchführung einer richterlichen der staatsanwaltschaftlichen Leichenschau, ärztlicher Maßnahmen oder wissenschaftlicher Untersuchungen erfolgt. Letzteres traf zu, da der Staatsanwalt eine staatsanwaltschaftliche Leichenschau angeordnet hatte.

Nach dem Urteil Verwaltungsgerichts/Neustadt war der Kostenbescheid insoweit rechtswidrig, als er über die von den Angehörigen anerkannte Forderung in Höhe von 480 Euro hinausging.

Dr. Franz Otto



Wie groß muss ein Dienstspind sein?

Das LArbG Frankfurt am Main hat entschieden, dass ein Dienstspind von 1,75 m Höhe, 1 m Breite und 0,46 m Tiefe genügt, um die Dienstkleidung eines Ordnungspolizisten ordnungsgemäß zu verwahren.

Der über 50-jährige Kläger ist seit vielen Jahren in einer nordhessischen Stadt als Ordnungspolizist eingesetzt und hat Dienstkleidung zu tragen. Diese besteht aus sechs Diensthosen, einem kurzärmeligen und einem langärmeligen Hemd, einem Rollkragenpullover, einem Pullover mit V-Ausschnitt, einer Strickjacke, einer Schirmmütze, einem Blouson, einem Parka, einer Lederjacke, Schal und Handschuhe sowie einer Warnjacke und Warnweste. Zur Aufbewahrung

der Dienstkleidung stellt die Stadt ihren Ordnungspolizisten einen abschließbaren Spind mit den Maßen 1,75 m Höhe, 1 m Breite und mindestens 0,46 m Tiefe zur Verfügung. Außerdem besteht die Möglichkeit, Dienst- und Privatjacken sowie Mützen an der offenen Garderobe aufzuhängen. Daneben steht jedem Ordnungspolizisten ein abschließbarer Schrank für Wertsachen zur Verfügung. Der Kläger hat von der beklagten Stadt verlangt, ihm einen Spind mit den Maßen 2 m Höhe, 1,5 m Breite und 0,46 m Tiefe zur Verfügung zu stellen, um seine gesamte Dienstkleidung unterbringen zu können. Falls dies nicht möglich sei, solle die beklagte Stadt 30 Euro pro Monat als Aufwandsersatz für die private Aufbewahrung der Dienstkleidung zahlen. Das Aufhängen von Teilen seiner Dienstkleidung an einer offenen Garderobe sei unzumutbar.

Das Arbeitsgericht hielt den Dienstspind des Klägers für groß genug und wies die Klage ab. Damit war der Kläger nicht zufrieden und setzte den Streit um einen größeren Dienstspind vor dem Landesarbeitsgericht fort.

Das LArbG Frankfurt am Main hat die Berufung des Klägers zurückgewiesen.

Das Landesarbeitsgericht ist der Auffassung, dass die Größe des dem Kläger zur Verfügung gestellten Dienstspinds ausreicht. Für einen Dienstspind der begehrten Größe von 2 m Höhe, 1,50 m Breite und 0,46 m Tiefe fand es weder im Gesetz noch in der städtischen Trageordnung noch im Tarifvertrag eine Anspruchsgrundlage. Die beklagte Stadt müsse nicht dafür Sorge tragen, dass der Kläger seine Dienstkleidungsstücke stets vollzählig und in gebrauchsfertigem Zustand in dem Dienstspind aufbewahren könne. Uniformjacken und Mützen könne der Kläger außerdem auch an der Garderobe aufhängen. Für Wertsachen habe der Kläger noch ein abschließbares Wertfach. Das genüge.

Das Landesarbeitsgericht hat dem Kläger die Kosten des Berufungsverfahrens auferlegt und die Revision zum BAG nicht zugelassen.

Vorinstanz
ArbG Kassel, v. 31.10.2010 - 3 Ca 230/10

**Hessisches Landesarbeitsgericht,
31.05.2011, Az: 19 Sa 1753/10**

Quelle: juris



BSI empfiehlt Überprüfung von PCs auf Schadsoftware „DNS-Changer“

In einer Extraausgabe des Bürger-CERT vom 11. Januar 2012 empfiehlt das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) allen Internetnutzern, ihre Rechner auf Befehl mit der Schadsoftware „DNS-Changer“ zu überprüfen. Ab sofort ist eine solche Überprüfung mit Hilfe der Webseite www.dns-ok.de ganz einfach möglich. Die Webseite wird gemeinsam von der Deutschen Telekom, dem BSI und dem Bundeskriminalamt zur Verfügung gestellt.

Dies wurde notwendig, weil Internetkriminelle die Netzwerkkonfiguration von PC- und Mac-Systemen durch den Eintrag neuer DNS-Server mit der Schadsoftware „DNS-Changer“ manipuliert hatten. Das DNS (Domain Name System) ist einer der wichtigsten Dienste im Internet, welcher für die Umsetzung von Namen (URLs) in IP-Adressen verantwortlich ist. Im Falle einer Infektion mit der Schadsoftware leitet der Webbrowser die Benutzer bei

Empfehlungen, mit denen die Anwender die korrekten Systemeinstellungen wiederherstellen sowie ggf. die Schadsoftware vom System entfernen können. Ist dagegen der Rechner des Internetnutzers nicht betroffen, erhält der Besitzer die Meldung mit einer grünen Statusmeldung, dass sein System korrekt arbeitet.

Verbreitet wurde die Schadsoftware durch das so genannte „DNS-Changer-Botnetz“, dessen Betreiber im November 2011 von der amerikanischen Bundespo-

Das Bürger-CERT ist ein Projekt des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik. Es informiert und warnt Bürger und kleine Unternehmen vor Viren, Würmern und Sicherheitslücken in Computeranwendungen – kostenfrei und absolut neutral.

BÜRGERCERT
ins Internet - mit Sicherheit

Abfrage populärer Webseiten unbemerkt auf manipulierte Seiten der Kriminellen um, wo betrügerische Aktivitäten wie beispielsweise die Verbreitung angeblicher Antivirensoftware, Klickbetrug oder nicht lizenzierte Medikamentenverkauf stattfinden. Zudem konnten die Kriminellen gezielt manipulierte Werbeeindrücke an infizierte Rechner senden, Suchergebnisse manipulieren und weitere Schadsoftware nachladen.

In Deutschland sind nach Angaben der amerikanischen Bundespolizei FBI derzeit bis zu 33.000 Computer täglich betroffen. Mit der Internetseite www.dns-ok.de können Internetnutzer ab sofort eigenständig prüfen, ob ihr System von dem Schadprogramm „DNS-Changer“ betroffen ist. Beim Aufruf dieser Internetadresse erhalten Nutzer, deren Computersystem von dem Schadprogramm manipuliert wurde, eine Warnmeldung mit roter Statusanzeige. Ergänzt wird dieser Hinweis durch eine Reihe von

polizei FBI und europäischen Ermittlungsbehörden verhaftet wurden. Die von den Onlinekriminellen manipulierten DNS-Server wurden nach der Festnahme vom FBI durch korrekt arbeitende DNS-Server ersetzt. Diese Server sollen jedoch zum 8. März 2012 abgeschaltet werden. Bei betroffenen Rechnern ist dann eine Internetnutzung ohne die empfohlenen Änderungen der Einstellungen nicht mehr möglich, da die Nutzer wegen des nunmehr fehlenden Zugriffs auf das „Telefonbuch“ (DNS) im Internet mit ihrem Computer keine Webseiten mehr aufrufen können. Daher sollten Internetnutzer die Überprüfung und ggf. Reinigung ihres Rechners möglichst bald durchführen.

Die Überprüfung erfolgt ausschließlich über den Aufruf der Website www.dns-ok.de, es wird keine Software gestartet oder heruntergeladen. Zur Reinigung des Rechners können die Betroffenen beispielsweise die unter www.botfrei.de bereitgestellten Programme wie den „DE-Cleaner“ nutzen.

Gehörschutz

Im vergangenen Jahr sind weit über 100 Kolleginnen und Kollegen bei Einsätzen durch Knallkörper und andere Explosivstoffe verletzt worden. Mit großer Sorge betrachtet die GdP die hohe Zahl der Einsatzkräfte, die von einem sogenannten Knalltrauma betroffen ist.

Aus diesem Grund befasste sich der GdP-Bundesvorstand auf seiner Sitzung im November 2011 in Lübeck mit der Thematik. Im Nachgang zu der dort geführten Diskussion, schrieb der Bundesvorsitzende der GdP, Bernhard Witt-haut, den Vorsitzenden der Ständigen Kommission der Innenminister und -senatoren der Länder, sowie unmittelbar auch die Innenminister der Länder an und empfahl die Ausstattung der potentiell für Einsätze in Frage kommenden Polizeibeamtinnen und -beamten mit einem geeignetem Gehörschutz.

Darüber hinaus informierte er die Innenminister darüber, dass die in letzter Zeit immer wieder aufgetauchte Forderung, das Abbrennen von Pyrotechnik in Fußballstadien und anderen Sportveranstaltungen zu erlauben, von der GdP abgelehnt wird. Angesichts der missbräuchlichen Verwendung von Knallkörpern und der von brennbarer Pyrotechnik ausgehenden Gesundheitsgefahren hält die GdP das Nutzen dieser Technik durch Laien, auch in einem scheinbar kontrollierten Umfang, für abwegig. Aus Sicht der GdP ist es lediglich tolerabel, dass Mitarbeiter oder Beauftragte von Vereinen Pyrotechnik nutzen, wenn dies zusätzlich in einem mit den Sicherheitsbehörden abgestimmten Konzept erfolgt.

Die Antwort der Innenminister war in beiden Punkten einhellig. Sie teilten die Auffassung der GdP zur Verwendung von Pyrotechnik im Rahmen von Sportveranstaltungen und leiteten darüber hinaus in allen Bundesländern (nach unserer Kenntnissen leider mit Ausnahme des Saarlandes) Maßnahmen zur Einführung eines dynamischen Gehörschutzes (Impulsschallgehörschusstopf) ein.

Insofern kann dieses Kapitel für die GdP unter der Rubrik „gewerkschaftspolitischer Erfolg“ verbucht werden. Lediglich auf die gewerkschaftlich tätigen Kollegen im Saarland kommt noch etwas Überzeugungsarbeit zu. Auch wenn dort nur eine einzige Hundertschaft aufgestellt ist, haben diese Kolleginnen und Kollegen das gleiche Anrecht auf körperliche Unversehrtheit wie die Schutzleute anderswo in Deutschland. **hjm**





BRUNOX®
Waffenpflege ist
 - Laufreinigung,
 - Korrosionsschutz
 - und Schmierung

Erhältlich im guten Fachhandel / Info und Händlernachweis:
 BRUNOX Korrosionsschutz GmbH, Tel. 0841/961 2904; Fax / 961 2913



THOMAS BROCKHAUS
 Automobile und mehr

NEU- oder GEBRAUCHTWAGEN?
 Wir liefern Fahrzeuge aller **NAMHAFTER
 HERSTELLER** zu **GÜNSTIGEN
 PREISEN.**

Informieren Sie sich!
Telefon: (02207) 76 77

SERVICE
 wird bei uns groß geschrieben.

www.fahrzeugkauf.com

Bestseller!

Mit diesem Buch soll eine Grundlage für alle Interessierten geschaffen werden, die in den Bereich Personen- und Begleitschutz einen tieferen Einblick erhalten wollen oder aktiv im Bereich der privaten Sicherheitsdienstleistung „Personenschutz“ arbeiten.



dwj Verlags-GmbH, Tel. 07953 9787-0
www.dwj-medien.de, E-Mail: vertrieb@dwj-verlag.de



Erhältlich im gut sortierten Fachhandel.
 Händler- und Produktinfos unter:
www.tasmaniantiger.info

www.polizeifeste.de
**Alle Polizeifeste
 der GdP auf einen Blick!**

EHRENAMT

Ehrenamtliches Engagement professionell managen

Unter diesem Motto fand am 27. September 2011 eine gemeinsame Tagung der Bildungs- und Werbebeauftragten sowie weiterer interessierter Teilnehmer/innen aus der JUNGE GRUPPE (GdP) sowie den GdP-Landesbezirken und GdP-Bezirken in Hilden statt.

Für Überraschung sorgte das Ergebnis des Freiwilligensurveys, das nach 1999 und 2004 auch im Jahre 2009 durch das Bundesministerium für Familie, Frauen, Senioren und Jugend (BMFSFJ) durchgeführt wurde. Nach dieser Erhebung stiegen das freiwillige Engagement und die Bereitschaft zum freiwilligen Engagement in der Bevölkerung von 16 Prozent im Jahre 1999 auf 26 Prozent 2009 an. Der Spaßfaktor, die Möglichkeit, anderen Menschen zu helfen, etwas für das Gemeinwohl zu tun und mit sympathischen Menschen zusammen zu kommen spielte bei der Erwartungshaltung der Befragten die größte Rolle.

Die Erkenntnis, dass die Bereitschaft zum Ehrenamt zunimmt, ist aber nicht zwangsläufig mit einem Ehrenamt bei der GdP verbunden. Engagement bereite Kolleginnen und Kollegen können aus einer großen Bandbreite von Angeboten wählen. Der Vorteil in unserer Organisation ist jedoch, dass Freiwillige u.a. ihr Engagement mit beruflichem Interesse verbinden möchten. Die Möglichkeit der Qualifizierung im Engagement ist bei jungen Menschen besonders stark ausgeprägt, auch im Sinne des beruflichen Nutzens.

Mit diesem Einstieg in die Thematik hatten die Referenten Gabriele Möllenkamp und Matthias Diederichs die knapp 40 Teilnehmer/innen auf die Thematik neugierig gemacht. Wie können wir Motivierte für ein Ehrenamt oder Freiwilligenarbeit in der GdP gewinnen? Das sollte

an diesem Tag mit den Verantwortlichen aus den Landesbezirken und Bezirken erarbeitet werden.

Um Freiwilligenarbeit professionell zu managen müssen einige relevante Schritte beachtet werden. Diese bestehen aus der Identifizierung von Tätigkeit und deren Beschreibung, der guten Gestaltung des „Arbeits“-Einstiegs aber auch die Begleitung der Freiwilligen, der Auswertung des Engagements und im Falle eines Falles



Auswertung der Tagung mit der „fishbowl-Methode“

Fotos: Annette Terweide

die würdige Beendigung der Tätigkeit des Ehrenamtes. Für die Teilnehmer/innen galt es, diese Schritte mit verschiedenen Techniken und Methoden umzusetzen.

Mit selbstgestalteten Werbeplakaten sollten Freiwillige für eine ehrenamtliche Tätigkeit gewonnen werden. Neben dem Aufruf, die persönlichen Fähigkeiten, wie beispielsweise „Erstellung einer Homepage“ der GdP zur Verfügung zu stellen, war ein anderes Ziel, mit kritischen Fragen Betroffenheit zu wecken, um Veränderungen im polizeilichen wie im gewerkschaftlichen Bereich zu forcieren. Bei allen Plakaten kam zum Ausdruck, dass GdP-Arbeit Spaß machen muss, die Gemeinschaft dich braucht und nur du etwas bewegen kannst.





Aufmerksame Zuhörer bei der Tagung „Ehrenamtliches Engagement“

Zum Abschluss wurden konkrete Möglichkeiten für eine gute Zusammenarbeit zwischen Vorständen und Ehrenamtlichen erarbeitet. Hierbei spielen eine gute Erreichbarkeit der Vorstände, ein guter Informationsfluss, Zuverlässigkeit von beiden Seiten, Offenheit, Vertrauen und Klarheit eine große Rolle. Ein ebenso wichtiges Anliegen ist die Würdigung der Freiwilligenarbeit. Neben der Einbindung in Entscheidungsprozesse, ist die Präsentation von Arbeitsergebnissen in den Vorständen, die Integration in der Organisation, ebenso wie die Transparenz und natürlich das Lob bzw. das Dankeschön ein unverzichtbarer Bestandteil der Arbeit.

Jörg Bruchmüller, der als Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes, diese Tagung begleitete, zog folgendes Resümee:

„Positive Mitgliederentwicklungen sind in unserer GdP nicht nur zur Durchsetzung gewerkschaftspolitischer Ziele von existentieller Bedeutung, sondern sie sind auch gleichermaßen für alle Polizeibeschäftigten ein deutliches Signal steigender Attraktivität unserer Organisation. Umso mehr kommt unseren ehrenamtlichen Strukturen eine zentrale Bedeutung zu. Es gilt dieses ehrenamtliche Engagement hinsichtlich seiner Effektivität und nicht zuletzt auch im Sinne der Mitgliederzufriedenheit ständig zu hinterfragen. Sind wir noch zeitgemäß? Ändern sich die Bedürfnisse der Beschäftigten? Klappt die Zusammenarbeit mit Vorständen und Hauptamtlichen?

Insofern war die gemeinsame Tagung der Bildungs- und Werbebeauftragten ein

weiterer Meilenstein zur Beantwortung dieser Fragen und zur Erreichung der o.a. Zielbeschreibung. Die Verantwortlichen der GdP waren gut beraten mit zwei externen Referenten die Tagung zu gestalten. Mit hoher Fachkompetenz konnten Gabriele Möllenkamp und Matthias Diederichs als erfrischende Impulsgeber nicht nur umfangreiche Hintergrundin-

formationen über die Bereitschaft zur ehrenamtlichen Tätigkeit vermitteln, sondern gemeinsam mit den Teilnehmern Strategien entwickeln, um beispielsweise den individuellen Bedürfnisse von interessierten Kolleginnen und Kollegen gerecht zu werden. Rundum eine sehr interessante und gelungene Veranstaltung!

Annette Terweide

TODESFÄLLE

Jeder dritte Todesfall bei Babys Folge einer Gewalttat

Drei Kinder und Jugendliche sterben an jedem Tag in Deutschland bei Unfällen, durch Gewalt und Suizid. Nach Anfang 2011 vom Statistischen Bundesamt (destatis) veröffentlichten Zahlen verloren im Jahr 2009 1.076 junge Menschen im Alter bis 20 Jahren ihr Leben. Jeder dritte Todesfall eines Babys, so die erschreckende Bilanz der Wiesbadener Statistiker, sei Folge einer Gewalttat. Insgesamt aber nehme die Zahl der Todesfälle der bis 20-Jährigen ab.

Das Risiko für Säuglinge, Opfer einer tödlichen Gewalttat zu werden, ist nach der in Wiesbaden veröffentlichten Studie der Fachärztin Dr. Gabriele Ellsäßer vom Brandenburger Landesgesundheitsamt bereits seit Jahren hoch. Von 2000 bis

2009 stehe jeder dritte Todesfall eines Babys in Zusammenhang mit einer Gewalttat.

Tödliche Verletzungen erlitten männliche Jugendliche häufiger als Mädchen. Vor allem 15- bis 19-jährige Jungen trügen ein deutlich höheres Risiko als gleichaltrige Mädchen. Während bei Kindern unter einem Jahr und bis vier Jahren tödliche Unfälle im Haushalt dominierten, fielen Jugendliche im Alter von 15 bis 19 Jahren überwiegend Verkehrsunfällen zum Opfer. Die zweithäufigste Todesursache in dieser Altersgruppe ist die Selbsttötung. Allein 2009 verübten 194 15- bis 19-Jährige Suizid.

MiZi



Wieder mehr Verkehrstote

Schlechte Nachrichten von Deutschlands Straßen: Wie das Statistische Bundesamt (destatis) Ende 2011 mitteilte, wird erstmals seit 20 Jahren die Zahl der Verkehrstoten wieder zunehmen. Die Wiesbadener Statistiker schätzen, dass rund 3.900 Menschen im vergangenen Jahr ihr Leben bei einem Verkehrsunfall verloren haben – etwa sieben Prozent mehr als im Vorjahr 2010, als 3.648 Verkehrsoffer gezählt wurden. Die destatis-Experten bescheinigten dem warmen Frühling eine Teilschuld an der Zunahme der Verkehrstoten. Die GdP hält indes eine zunehmend schlechtere Verkehrsmoral für ausschlaggebend.

Auch die Zahl der bei Verkehrsunfällen Verletzten werde 2011 um etwa fünf Prozent steigen. Witthaut: „Besonders alarmierend ist, dass das bei einer insgesamt sinkenden Zahl der Unfälle passiert.“ So schätze destatis, dass die polizeilich

auf Autobahnen um rund sechs Prozent abnehmen dürfte, würden die Unfälle mit tödlichem Ausgang, so destatis, innerorts um etwa vier Prozent, auf Landstraßen sogar um fast neun Prozent steigen. Besonders betroffen seien Fußgänger und Motorradfahrer. Bis Ende September

Jahren (+ 23 Prozent) und Ältere ab 65 Jahren (+7,5 Prozent) unter den tödlich Verunglückten.

Der 1985 in Berlin gegründete und heute bundesweit aufgestellte Fachverband Fußverkehr Deutschland FUSS e.V. macht eine falsche Verkehrssicherheitspolitik verantwortlich für die „dramatische Zunahmen der Fußgängerunfälle“. Fußgängerunfälle seien nur durch eine der Situation im Stadtverkehr angemessene Geschwindigkeit zu reduzieren. Mit wenigen Ausnahmen sei dies Tempo 30.

FUSS e.V. wirft Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer vor, in seinem im vergangenen November vorgestellten „Verkehrssicherheitsprogramm 2011“ weder eine Aussage zur „Unfallursache Nr. 1, der unangepassten Geschwindigkeit“, noch zu der Verringerung von



Trümmerteile auf der Fahrbahn: Tödliche Verkehrsunfälle sind oft Folge unangepasster Geschwindigkeit.
Foto: Patrick Seeger/dpa

erfassten Unfälle um rund zwei Prozent abnehmen werden.

Fußgänger stark gefährdet

Während die Zahl der Verkehrstoten

2011 verzeichneten die Statistiker bei den Fußgängern eine Zunahme von nahezu 25 Prozent, bei den motorisierten Zweiradfahrern um fast 14 Prozent. Häufiger als zum vergleichbaren Zeitpunkt im Vorjahr waren Jugendliche zwischen 15 und 17

Fußgänger-Verkehrsunfällen getroffen zu haben. Verbandssprecher Stefan Lieb: „Die Bundesregierung blockt damit wider besseren Wissens Maßnahmen ab, die nach wissenschaftlichen Erkenntnissen Menschenleben retten und vor Verlet-



„Meine Kolleginnen und Kollegen sagen mir, rücksichtslose Fahrweisen, Alkohol, überhöhte Geschwindigkeit und die zunehmende Missachtung von Verkehrsregeln, sind verantwortlich für die Zunahme der Verkehrstoten.“

GdP-Bundesvorsitzender Bernhard Witthaut

zungen bewahren würden. Das ist ein untragbarer Zustand.“

Der gescholtene Minister Ramsauer meldete sich gleich Anfang des neuen Jahres zu Wort und gab in einem Interview mit der „Saarbrücker Zeitung“ Fußgängern den schwarzen Peter zurück. Viele Fußgänger seien zunehmend abgelenkt unterwegs. Mit lauter Musik oder dem Handy am Ohr schlafwandeln sie über Straßen und Bahnsteige. Herannahende Autos, Radfahrer oder Bahnen könnten viele kaum hören. Sein Appell laute, im Straßenverkehr „Augen und Ohren auf“.

Der in Köln ansässige Bundesverband der Motorradfahrer e.V. (BVDM) gedachte unterdessen bei der 33. Gedenkfahrt von Köln zum Altenberger Dom im Oktober 2011 den im vergangenen Jahr tödlich verunglückten Bikern. Unter dem Motto „Demonstration für mehr Rücksichtnahme und Weitsicht im Verkehr“ sammelten sich nach Teilnehmerangaben rund 5.000 Motorradfahrer an und in der im Bergischen Land gelegenen mittelalterlichen Kirche zu einem Gottesdienst.

Auch im Berliner Bundesverkehrsministerium wurden die organisierten BDVM-Biker vorstellig. Dort forderten sie die Herausnahme von Motorrädern aus der Winterreifenpflicht. Staatssekretär Dr. Andreas Scheuer machte Sicherheitsbedenken geltend und verwies auf die einschlägige EU-Richtlinie. Dem Argument, dass es für die allermeisten Motorräder keine Winterreifen im Sinne der Verordnung gebe, zeigte sich das Ministerium, so der BVDM in einer Pressemitteilung, gegenüber offen.

Der praktische Nutzen einer solchen Entbindung des Motorrads von der Winterreifenpflicht muss sich in der Realität aber erst beweisen. Schließlich, so sagt das Statistische Bundesamt, sei ein Großteil der tödlich verunglückten Motorradfahrer zu Beginn der Zweirad-Saison im März bis April und im August 2011 in einen Unfall verwickelt worden.

Regelverletzung und Rechthaberei

Generell räche sich, sagte GdP-Vorsitzender Bernhard Witthaut, dass die polizeiliche Verkehrsüberwachung zurückgefahren worden sei, insbesondere die polizeilichen Anhaltekontrollen zugunsten der Instrumentenkontrolle, wie Blitzer und Starenkästen. Witthaut: „Das Gespräch mit dem Verkehrssünder unmittelbar nach dessen Fehlverhalten durch geschultes polizeiliches Personal ist unverzichtbar.“

Die Deutsche Verkehrswacht e.V. (DVW) appelliert derweil an den Gemeinsinn und plädiert für gegenseitige Rücksichtnahme und das Einhalten von Regeln. Nicht das Erzwingen der Vorfahrt, sondern eine Fahrweise, die Regeln akzeptiere, aber sich auch auf Fahrfehler anderer einstelle, gehöre zum täglichen Credo. Kurt Bodewig, DVW-Präsident und ehemaliger Bundesverkehrsminister in einem Gastbeitrag für den Auto Club Europa (ACE): „Dominanzgefühle gegenüber Anderen sieht man nicht selten sowohl auf der Straße als auch auf Radwegen: Zwei Tonnen PKW gegen 70 Kilo Mensch. Auch das Wahrheitsrauschgefühl: Ich fahre Fahrrad, also ich bin ökologisch, habe automatisch Recht. Oder die Schizophrenie des Alltags. Ist man Autofahrer, schimpft man auf die Radfahrer – kein Licht, zu rasant, unvorsichtig. Ist man Radfahrer, schimpft man auf die Autofahrer – zu schnell, unvorsichtiges Abbiegen und zu dichtes Überholen. Und leider alle gegen die Fußgänger, die doch gefälligst stehen bleiben sollen oder zur Seite gehen können. Die übrigens trotz roter Fußgängerampel häufig die Straße queren, unabhängig davon, ob sogar auf der anderen Seite Kinder stehen. Ich habe es halt eilig. Rücksichtslosigkeit hat viele Gesichter.“

Gefühl der Sicherheit kann trügen

Der offenkundige Nachholbedarf an gegenseitiger Rücksichtnahme im Straßenverkehr wird auch durch eine aktuelle Studie der „Unfallforschung der Versicherer (UDV)“ im Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) zum „Verkehrsklima 2010“ deutlich. Dort weiß man: Das Klima auf Deutschlands Straßen wird rauer. Sicher fühlten sich Deutschlands Autofahrer, so Siegfried Brockmann, Leiter der UDV bei der Präsentation der Studie Ende Dezember 2011, erstaunlicherweise im Stadtverkehr

und auf Landstraßen; dort wo nachweislich die meisten Unfälle passierten. Auf Autobahnen dagegen fühlten sich nur gut die Hälfte (57 Prozent) sicher oder sehr sicher.

Ampeln bevorzugt

Vor allem ältere Fußgänger empfinden

Anzeige

FACHKLINIK ST LUKAS

Fachklinik für Psychosomatik und Orthopädie



Ärztlicher Direktor Dr. med. Dr. med. habil. Jürgen Krauß
Chefarzt Dr. med. Günther Hitpass
Chefarzt Dr. MA (Sofia) Chavdar Hristov

Ihr Kompetenz-Team bei
Depressionen
Angst- und Belastungszuständen
Erschöpfung · Burn out · Fibromyalgie
Degenerative Erkrankungen der Wirbelsäule & Gelenke
Rheumatische Beschwerden
Osteoporose
Kompetenzzentrum Wirbelsäule
alternative Behandlungskonzepte
Akupunktur & TCM
Orthomolekulare Medizin
Vitalstofftherapie
Ringtherapie nach Dr. Hitpass

Fachklinik St. Lukas
94086 Bad Griesbach · Nibelungenstr. 49
Telefon 08532 7960
www.fachklinik-sankt-lukas.de

NaturaMed
Fachklinik

- **BurnOut**
- **Lebenskrise**
- **Depression**
- **Ängste**
- **chronische Schmerzen**
- **Essstörung**

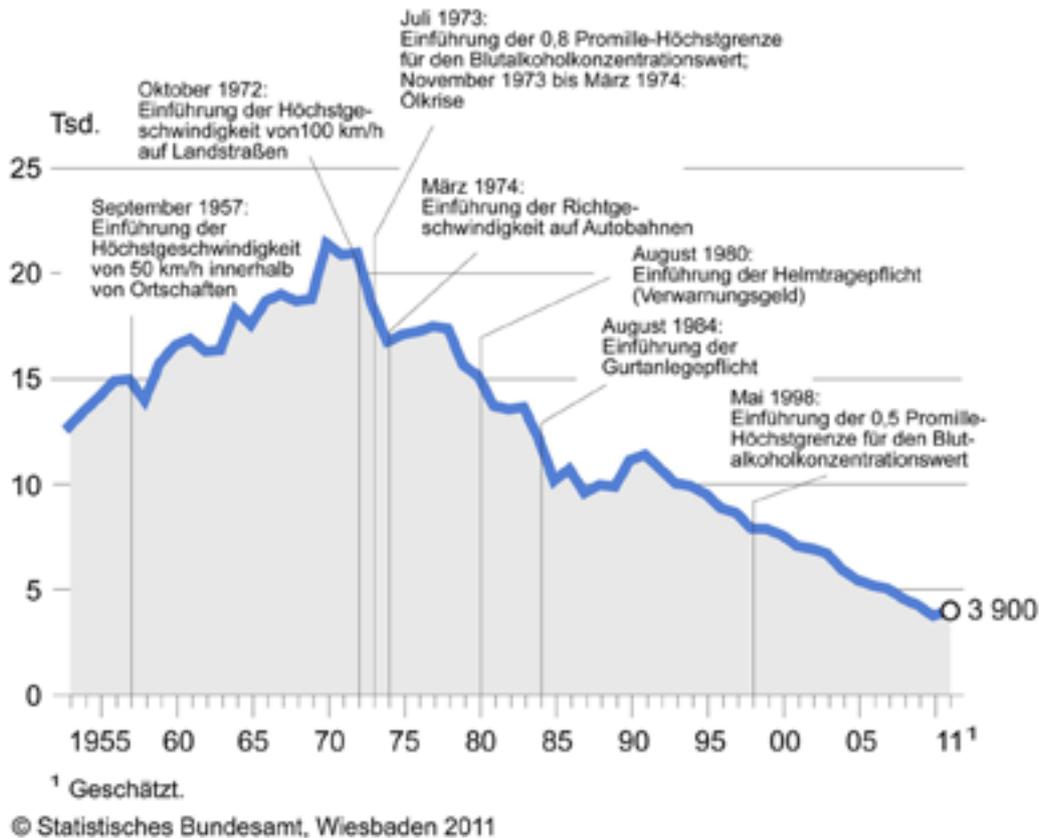
Ganzheitsmedizinische Ursachendiagnose

Psychosomatisches Privatkrankenhaus beihilfefähig

0 75 24 . 990 - 222
88339 Bad Waldsee
naturamed.de



Entwicklung der Zahl der im Straßenverkehr Getöteten 1953 bis 2011



Unser täglich Rotlichtverstoß

Entlarvend dann das Ergebnis der Frage, wie regelkonform die Verkehrsteilnehmer in Deutschland seien. Fußgänger, Fahrrad- und Autofahrer waren nach ihrem Verhalten an roten Ampeln befragt worden. Rund die Hälfte der Fußgänger halte sich strikt an das Rotlicht, 44 Prozent der Befragten sähen das „lockerer“. Fünf von 100 Fußgängern scherten sich um das Ampelrot gar nicht. Ähnlich sehe es bei den Radfahrern aus. Verblüfft zeigte sich der UDV über das Verhalten der PKW-Nutzer: Auch viele Autofahrer hatten angegeben, selten bis gelegentlich eine rote Ampel zu ignorieren. Nur

jeder fünfte Pkw-Fahrer habe im Jahr vor der Befragung keinen Rotlichtverstoß begangen.

Geringes Entdeckungsrisiko

Obwohl 78 Prozent der Autofahrer zugaben, in 2010 mindestens einmal eine rote Ampel missachtet zu haben, seien nur sieben Prozent erwischt und dafür bestraft worden. Gerade drei von 100 Autofahrern hielten es für „sehr wahrscheinlich“ bei einem Rotlichtverstoß entdeckt zu werden.

Die befragten Radfahrer empfanden ähnlich. Auch bei der Geschwindigkeitsübertretung war eine geringe Kontrolldichte und damit eine niedrige Entdeckungswahrscheinlichkeit zu Papier gegeben worden. GdP-Vorsitzender Bernhard Witthaut: „Der überall festzustellende Trend, Regelverletzungen auch im Straßenverkehr auf die leichte Schulter zu nehmen, kann nur mit einer verstärkten polizeilichen Verkehrsüberwachung beantwortet werden.“

MiZi



Foto: Mascha Brichta/dpa

Ampeln deutlich sicherer als Zebrastreifen oder Mittelinseln, obwohl diese aus Sicht der Unfallforschung bei richtiger Ausführung ebenfalls ein hohes Sicherheitspotential hätten. Gemeinsame Fuß- und Radwege mochten die befragten Fußgänger überhaupt nicht. Fahrradfahrer fühlten sich am besten aufgehoben auf separaten Radwegen. Radfahrstreifen auf der Fahrbahn fänden sie eher unsicher.

Viele Beinahunfälle

Die Unfallstatistik spiegele indes, so Brockmann, nur einen Teil des Verkehrsalltags wider. Eine vielfache Zahl von Beinahunfällen und kritischen Situationen komme auf einen tatsächlich geschehenen Unfall. Vier von zehn Autofahrern (39 Prozent) hätten eine solche brisante Situation in den drei Monaten vor der Befragung erlebt. Spitzenreiter seien hier die jungen Fahrer, bei denen dieser Wert bei 63 Prozent läge. Männer gerieten zudem häufiger in eine solche Lage als Frauen.



Auto fahren wird immer teurer

Pkw-Fahrer sollten sich darauf einstellen, dass sie 2012 für die Art ihrer Fortbewegung noch tiefer in die Tasche greifen müssen, als dies in den vergangenen Jahren schon der Fall gewesen ist.

Seinerzeit sind die Autokosten den allgemeinen Lebenshaltungskosten immer vorausgeeilt, stellte jetzt der ACE Auto Club Europa nach Auswertung von Zahlen des Statistischen Bundesamtes fest. Demnach sind die Kosten für den Unterhalt von Pkw von 2005 bis 2010 um 41 Prozent stärker gestiegen als die Kosten der allgemeinen Lebenshaltung. Im gleichen Zeitraum sanken die Nettolöhne der Arbeitnehmer in Deutschland im Schnitt um 1,2 Prozent, zitierte der ACE aus Angaben des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW).

Autoversicherung erhöht Beiträge

Besonders heftig haben Versicherer und Mineralölkonzerne an der Preisschraube gedreht. Die Kosten für die Kfz-Versicherung schossen zwischen 2005 und 2010 um 18,2 Prozent nach oben – obwohl die Zahl der Unfälle mit Personenschaden um 14,4 Prozent sank und die Zahl der im Straßen-

ACE-Pressesprecher Rainer Hillgärtner: „Die schwarz-gelbe Bundesregierung lässt die Sache einfach treiben. Deshalb kommt es jetzt auf die Bundesländer an und darauf, dass sie geeignete verbraucherpolitische Initiativen im Bundesrat ergreifen; in Rheinland-Pfalz, Thüringen und Bayern hat es dazu schon Anläufe gegeben.“



verkehr Getöteten sogar um 32 Prozent abnahm, merkte der ACE an. Zwar habe die Gesamtzahl aller Unfälle im Vergleichszeitraum um 7 Prozent zugenommen, doch handele es sich bei fast neun von zehn Kollisionen um reine Sachschadensunfälle.

Benzin teuer – Regierung untätig

Fast doppelt so hoch wie der Anstieg der allgemeinen Verbraucherkosten

fiel die Preissteigerung bei Kraftstoffen aus. Im Jahr 2010 bezahlten Autofahrer durchschnittlich 16,1 Prozent mehr für Benzin und Öl als noch 5 Jahre zuvor. Die Preise für Super-Benzin stiegen im gesamten Zeitraum etwas schneller als



Autofahrer werden immer mehr zur Kasse gebeten. Das wird sich wohl auch dieses Jahr fortsetzen.

Foto: Meliha Sarper

die für Dieselmotoren. Der ACE warf der Bundesregierung vor, sie habe es bislang versäumt, auf den jüngsten Bericht des Bundeskartellamtes (Mai 2011) über die Behinderung des Preiswettbewerbs im Tankstellensektor angemessen zu reagieren. „Die schwarz-gelbe Regierungskoalition lässt die Sache einfach treiben, sie fördert so den wirtschaftlichen Machtmissbrauch der Multis und schadet den Verbrauchern“, kritisierte ACE-Sprecher Rainer Hillgärtner.

Er erneuerte die Forderung seines Clubs nach einem Entflechtungsgesetz und einer den Wettbewerb fördernden Tankstellenverordnung wie sie Österreich eingeführt wurde. Dort dürfen die Kraftstoffpreise höchstens nur noch einmal pro Tag zur Mittagszeit angehoben werden. Autofahrer haben außerdem die Möglichkeit,

mittels eines unabhängigen staatlichen Internetportals die Kraftstoffpreise aller Tankstellen zu vergleichen.

Unabhängig von den preistreibenden Oligopol-Strukturen auf dem deutschen Markt der Kraftstoffanbieter befürchtet der ACE zudem eine Preisexplosion in Folge von Ölnappheit, falls der Streit zwischen Iran und den USA weiter es-



kaliert. Bei einem kriegerischen Konflikt könnten möglicherweise keine Öltanker mehr die Straße von Hormus im Persischen Golf passieren können; sie gilt als weltweit wichtigste Ölhandelsroute.

Ölpreis auf Rekordniveau

Schon im vergangenen Jahr (2011) machte der Dollar-Preis für die Ölsorte Brent einen Sprung um 41 Prozent (vgl. 2010) und erreichte damit eine noch nie dagewesene Rekordmarke von im Schnitt 111 Dollar pro Barrel. Umgerechnet in europäische Währung erzielte der Ölpreis



einen neuen Höchstwert von 80 Euro. Beim bisherigen Allzeithoch im Jahre 2008 kostete die Ölsorte Brent im Schnitt 99 Dollar beziehungsweise 66 Euro. Die Gefahr einer weiteren Verteuerung von Mineralölprodukten hierzulande sieht der ACE auch durch Spekulationen befeuert, die auf eine Schwächung des Euro abzielen.

Fahrschulen: Preissprung statt Qualitätssprung

Auch die Kosten für Werkstattleistungen und Pflegemittel schnellten von 2005 bis 2010 über Gebühr in die Höhe. Mit einem Plus von 12,7 Prozent stiegen die Preise in diesem Bereich mehr als 50 Prozent stärker als die allgemeinen Lebenskosten. Teurer bezahlt werden muss auch der Führerschein. Die Kosten für Fahrschule und Führerscheingebühren stiegen zwischen 2005 und 2010 um mehr als 10 Prozent. Gemessen an der gleichbleibend hohen Quote nicht bestandener Fahrprüfungen (Theorie: 28,7 Prozent, Praxis: 25,7 Prozent) hat sich die Qualität der Ausbildung trotz der höheren Gebühren nicht verbessert, monierte der ACE.

ACE

Die rollende Gefahr

Unter diesem Titel erschien Ende 2011 ein über 200 Seiten starkes, im A5-Format aufgemachtes Fachbuch zum Gefahrguttransport auf der Straße.

Das übersichtlich, in 17 Kapiteln aufgebaute Werk vermittelt Wissen „aus der Praxis/für die Praxis“. Dieser, auf der vorderen Umschlagseite zu lesende Slogan impliziert, dass der Leser nicht mit reiner Juristerei überstrapaziert wird. Allein schon beim ersten Durchblättern des kleinen Werks ist festzustellen, dass dieser Anspruch voll und ganz erfüllt wird. So gibt es zu den wahrlich zahlreichen Verstößen, die nach den Vorschriften des ADR 2011 von den einschlägig bekannten Normadressaten begangen werden können, hervorragende Beispiele, die der Autor im Rahmen seiner beruflichen Tätigkeit als Polizist im Streifen dienst bei der PD Heidelberg, mit der Kamera festgehalten hat.

Ralf Meyer führt den Leser zunächst über diverse (leider notwendige) Begriffsdefinitionen, an die Durchführung der eigentlichen Gefahrgutkontrolle heran. Er findet dabei seinen Weg gekonnt über die Grundlagen des Gefahrgutrechts, zu den eigentlichen Verstößen, die sich i.d.R. als Ordnungswidrigkeiten darstellen. Diese werden im Einzelnen mit großer Sorgfalt beschrieben

und durch Bilder belegt. Die häufigsten Verstöße werden in den verschiedenen Unterkapiteln mittels gelber Schaukästen explizit dargestellt – einschließlich der dazugehörigen Rechtslegende.

Über den Gefahrgutteil des Handbuchs hinaus, findet man noch – der alten GdP-Forderung nach ganzheitlichen Kontrollen entsprechend – zahlreiche Hinweise auf Verstöße in tangierenden Rechtsgebieten wie der StVO, StVZO, dem StVG, StGB u.a. Vorschriften. So sind auch umfangreiche Ausführungen zur Ladungssicherung enthalten.

Fazit: Dem Autor ist es gelungen, ein Buch – nicht nur für Einsteiger in Sachen Gefahrgutkontrollen – zu schreiben, das bestens geeignet ist, sich alle Sachverhalte des Straßengefahrguttransports auf ansprechende und übersichtlich geordnete Weise anzueignen. Ein Buch, das einen positiven Kontrapunkt zur gängigen, teilweise sehr umfangreichen und oft schwer zu lesenden Gefahrgutliteratur darstellt.

Die rollende Gefahr, Ralf Meyer, Verkehrsverlag Fischer, 2011, 208 Seiten, 16 Euro, ISBN 978-3-87841-493-3 *hjm*



Reise & Erholung

Wo andere Urlaub machen,
www.inselurlaub4u.de, su. wir zur Betreuung unserer FEWO-Anlage auf der Insel Usedom einen Pensionär als Verwalter vor Ort. Anfragen unter 0173-9601851 od. info@hausundhof.info

Karneval in Düsseldorf, Appartement für 2 Personen, Tel.: 01788225495
Messezimmer-ratingen@web.de

Bayerischer Wald, komf. FeWo**** v. Kollegen ab 2 Pers., ab 30 €/Tag, 93485 Rimbach, Tel./Fax: 0 99 41/7118, www.ferienwohnung-gammer.de

Ferienhaus, 54 m², bis 4 Personen, in Vohenstrauß/Bayern, ab € 38,-/Tag, www.fhaus.de oder Tel. 0 91 83 - 14 39

Franken, bei Bamberg, walddreiche Gegend, Lift, Angeln, eigene Metzgerei, Menüwahl, 75 Betten, DU/WC/TV, HP 5 Tage ab 139,- €. Zur Sonne, 96126 Pfaffendorf, Tel. 0 95 35/2 41, Prospekt

Insel Rügen, 4 familienfreundliche FeWos, 2 x 86 m², je 3 Zi., 2 Bäder, 2-7 Personen, 1 x barrierefrei für Rollstuhl geeignet, 1 x 45 m², 3 Zi. & 54 m², 2 Zi., 4 Pers., Sonnenterrassen, gr. Garten mit Spielplatz. Tel. 03 83 02-8 85 11, www.fewo-blume.de

Urlaub auf dem ****Bauernhof im **Berchtesgadener Land**, Obb., Nähe Salzburg, 5 Fewo's, (Fewo 26,- bis 48,- €/Tag plus ger. NKJ), ruhig u. sonnig, Ponys, Ostern, Sommerferien frei. Tel. 0 86 56-8 37, www.obermoarhof.de

Sommer Abenteuer bei uns
TOP ANGEBOT
Canyoning & Raftingtour,
1x grillen am Lagerfeuer und
2 UF / Pension DU-WC
Preis pro Person ab € 155,-
office@rafting-osttal.at
www.rafting-osttal.at
Telefon: 0043 5252 6721

Zittauer Gebirge – Kurort Jonsdorf
CZ/PL-Grenze, Ferienchalet Heidehof, Zollkollege bietet komf. Fewos für 2-6 Pers. in schöner Jugendstilvilla, Fahrradverleih
Fam. Zein, Tel.: 03 58 44/7 27 23
www.heidehof-jonsdorf.de

Ostsee
Exkl. FeWo. in neuem Haus in Sierksdorf, 60-90 m², EBK, direkte Strandlage, Seeblick, Hansapark, auch f. Gruppen. Erm. Kollegenpreise.
Tel.: 0 45 63/70 21, Fax: 0 45 63/70 22
jochen.lipke@online.de

Fehmarn/Ostsee
2-Raum-FeWo. für 4 Pers., am Südstrand, 50 m z. Promenade, Kabel-TV Preise gem. Saison
Telefon: 040/6784581
www.fehmarn4family.de

MAURITIUS >NEU+EXKLUSIV<
Kollege bietet lux. App. u. Bung.-Anlage am Strand ab 75,- € p. P./Tag/inkl. HP, Tel. 0 21 58/40 08 05, Fax 40 46 71
www.mauritius-traumvilla.de

Ferienhaus in Mittelschweden, schwedisches Holzhaus, 60 m², 40 km nördl. des Vätternsees. Ausst.: Waschma./TR., Gefrierschrank, Sat-TV. Angeln, Boot, Naturfreibäder. Preis 300 €/Woche.
Tel.: 0 41 54/55 52 o.
www.ferienhaus-schweden-koenecke.de

Mecklenburgische Seenplatte, FHs bis 6 Pers. & Bayerischer Wald, FeWo bis 5 Pers., m. Seeblick, von Kollegen, Telefon 0 56 62/38 83.
www.familien-urlaub-am-see.de

Dahme – Ostsee
Ferienhäuser und Ferienwohnungen
www.strandurlaub-dahme.de

Bayerischer/Oberpfälzer Wald
Exkl. FeWo ab 30 Euro/Tag, Tel.: 0 99 72/15 60
www.ferienwohnung-gruber.de

Insel Usedom / Seebad Herigsdorf
zentr. geleg. FeWo, 63 m², ab € 50,-
www.petermatz.de, 0173 / 2 35 76 74

Mittlerer Schwarzwald
Exkl. eingerichtete Komfort-Fewos, 50-90 m², für 2-6 Pers., ab 35 €/Tag, (Inklusiv-Preise). Genießen Sie in unserem Schwarzwaldtal viele interessante Ausflugsmöglichkeiten (z. B. Europapark, Kaiserstuhl, Vogtsbauernhöfe, Triberger Wasserfälle) in nächster Umgebung und
Natur pur. Hausprospekt unter Tel. 0 78 23 / 9 65 65, Fax 9 65 66
www.mittelschwarzwald.de
Sie werden begeistert sein!

BERLIN, Ferienwohnung, Schöneberg Kudammnähe, günstig, Tel. 089 / 78 58 28 05, kleiho@web.de

BERLIN – Komf. FeWo in 2-Fam.-Haus bis 5 Pers. – Tel.: 0 30/6 61 30 82
www.fewo-feind.de

Insel Fehmarn, FeWo, strandnah!
Telefon 0 56 71/12 41

INSELN IM INDISCHEN OZEAN
kl. priv. Anlagen mit Kollegentarifen ab € 45,- p. P./Tag
Tel. 0 21 58/4 01 82 91
www.inseln-im-indischen-ozean.de

Nordseeküste/Neßmersiel
Top-Fehs/FeWo am Meer!
0 23 92/6 41 05, www.Nordseewoge.de

Berliner FeWo Villa Mahisdorf
Tel. 030/56585858 oder 01 79/4936842



Cybergrooming in virtuellen Welten – Chancen für Sexualtäter?

Cybergrooming ist ein Kunstwort. Wörtlich könnte man es mit „Internetstreicheln“ übersetzen. Es steht inhaltlich für die Planungs- und Anbahnungsphase, die einem sexuellen Übergriff durch eine Person auf eine/n Minderjährige/n – üblicherweise ein Kind – vorausgeht und diesen einleitet. Grooming muss dabei nicht zwangsläufig in einem direkten körperlichen Missbrauch enden, vielmehr erfasst man hierunter bereits das Einwirken mit dem Ziel Aufnahmen von sexuell geprägten Fotos/Videos von Kindern z.B. über eine im Notebook oder am Desktop PC vorhandenen Kamera (Webcam) zu erlangen oder eine eindeutige Kommunikation mit sexuellem Inhalt zu führen.

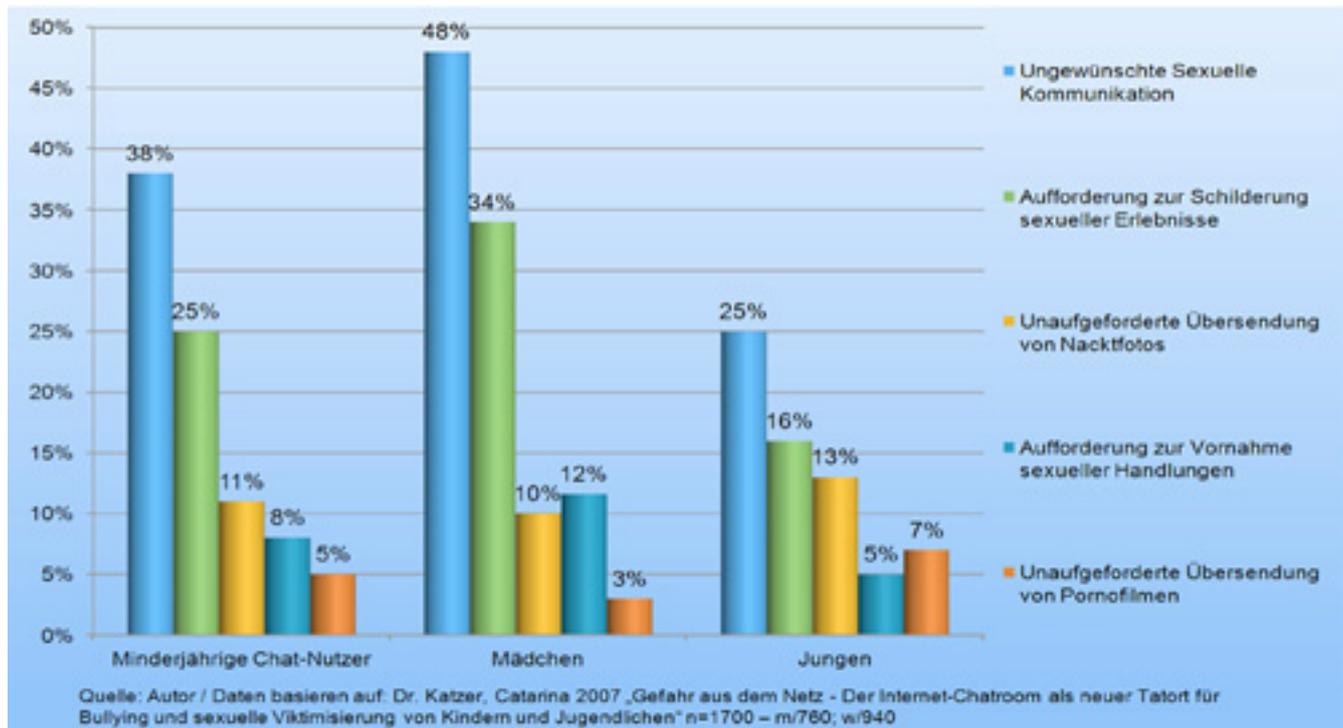
Das Phänomen des Cybergroomings ist erstaunlicherweise weniger gut erforscht als man vermuten könnte. Für Deutschland beschrieb und untersuchte Frau Dr. Catarina Katzer im Rahmen ihrer Promotion im Jahr 2007 erst- und bisher einmalig wissenschaftlich diese Form der sexuellen Viktimisierung im Internet. Dabei stellte sie u.a. fest, dass annähernd 38 Prozent aller repräsentativ befragten Minderjährigen unter 14 Jahren bereits zu ungewollten

sexuellen Kommunikationen im Internet gedrängt und 25 Prozent zur Beschreibung von sexuellen Handlungen aufgefordert wurden. Knapp 10 Prozent wurden zudem mindestens einmal ungewollt pornografische Fotografien oder Videos zugesandt. Die Opfer sind prozentual betrachtet überwiegend Mädchen.

In den USA kommt u.a. Prof. Dr. David Finkelhor (2008) zu ähnlichen Ergebnissen, wonach ca. 10 Prozent aller registrierten

Vergewaltigungen bereits über das Internet angebahnt wurden und 48 Prozent der Opfer von internetbasierten Sexualtaten zwischen 13 und 14 Jahre alt waren.

Die bisherigen Studien bezogen sich stets auf klassische Chat-Foren. Seit einigen Jahren zeigt sich aber, dass Täter auch gerne insbesondere von Minderjährigen genutzte virtuelle Welten – wie Online-Spiele an Computern und Spielekonsolen (u.a. PS3, Xbox360) – aufsuchen und gezielt Chat-Foren nutzen, die auch interaktive Spiele beinhalten. Dass sich ein Blick gerade auf dieses Phänomen lohnen kann, zeigen aktuelle Nutzerzahlen. Dem Online Family Report des Internetsicherheitsbetreibers Symantec kann man entnehmen, dass weltweit annähernd 80 Prozent der Kinder und Jugendlichen das Internet nutzen, um Computer- oder Videospiele online zu spielen und dass annähernd 62 Prozent der Kinder bereits negative Erfahrungen bei der Nutzung virtueller Welten gemacht haben. 10 Prozent gaben an, dass



INTERNETKRIMINALITÄT

versucht wurde, sie zu einem realweltlichen Treffen zu bewegen.

Dass Onlinespiele, die insbesondere optisch z.B. durch die Verwendung von Comicgrafik auf Kinder ausgerichtet sind, für Sexualtäter attraktiv sind, liegt auf der Hand. Zum besseren Verständnis wird sich der Artikel daher im Weiteren beispielhaft auf die bei Minderjährigen sehr beliebte Online-Welt Habbo Hotel beziehen.

Was ist Habbo Hotel?

Bei Habbo Hotel handelt es sich um eine Art Computerspiel, das sich vornehmlich an Minderjährige richtet und diesen ein interaktives Kommunikations- und Spielerlebnis innerhalb einer grafischen Oberfläche bietet. Um in Habbo Hotel mit anderen Nutzern zu interagieren, erstellt und steuert man einen sogenannten Avatar der in einer kindgerechten Optik gehalten und individualisierbar ist. Mittlerweile sind ca. 234 Millionen Accounts registriert, wobei 90 Prozent der Alters-



Thomas-Gabriel Rüdiger ist studierter Kriminologe (Master of Arts) und Autor von mehreren Fachartikeln zu unterschiedlichen Aspekten von Cybercrime. Sein gegenwärtiger Schwerpunkt liegt dabei auf der Erforschung von deviantem Verhalten bei der Nutzung von virtuellen Welten (u.a. Cybergrooming, Accounthacking, Malware, Jugend- und Kinderschutzaspekte, Präventionsmöglichkeiten). Für Anfragen steht der Autor unter gamecrime@gmx.de gerne zur Verfügung.

gruppe der 13- bis 18-Jährigen angehören sollen. Zu den übrigen 10 Prozent werden keine Angaben gemacht. Jedoch kann man feststellen, dass auch immer wieder Nutzer das eigene Alter (z.B. im Profil) mit unter 13 angeben. Im Schnitt sind jeden

Augenblick etwa 5.000 bis 10.000 deutsche Nutzer aktiv. Die Nutzer können in Habbo alleine oder gemeinsam ein virtuelles Hotelzimmer mit Möbeln und anderen Accessoires ausstatten. Einige dieser Möbel sind dabei kostenfrei erhältlich, für viele muss jedoch mit Habbo-Talern bezahlt werden. Habbo Taler kann man wiederum über verschiedene Bezahlsysteme (bspw. PayPal, Kreditkarte oder telefonische Abrechnungssysteme) für reales Geld erwerben – so kann man 70 Habbo-Taler für 10 Euro auf der Internetseite des Betreibers kaufen. Die überwiegende Zeit

Anzeige

Guthabenverzinsung auf der GdP-VISA-Card 2,05 % p. a.



- kostenloses Internet-Konto DKB-Cash (Giro-Konto) mit der GdP-VISA-Card
- weltweit kostenlos Geld abheben – an Geldautomaten – mit der GdP-VISA-Card

Zu beantragen unter www.gdp.de/kreditkarte



halten sich die Nutzer mit ihren Avataren in den öffentlich zugänglichen virtuellen Hotelräumen auf. In diesen kommunizieren die Nutzer über für alle einsehbare Text-Channels, während sie gleichzeitig mit ihren Avataren interagieren, indem sie z.B. mit einander tanzen.

Man müsste annehmen, dass ein Spiel, das vornehmlich auf die Nutzung und Interaktion durch Minderjährige und Kinder ausgelegt ist, auch besonders hohe Anforderungen an die Altersverifikation bei der Anmeldung stellt. Dies ist aber leider nicht so, die Anmeldung, wie bei vielen auf Kinder ausgerichteten Spielen, ist denkbar einfach: Man benötigt eine gültige E-Mail-Adresse, die leicht mit falschen Daten erstellt werden kann, setzt ein Passwort fest

Gespür dafür, welche Taktik bei welchem Kind zum Erfolg führen kann.

Kurzfristig spontan handelnde Täter

Die Kommunikation in den Habbo-Räumen ist für andere zunächst einsehbar und ist oft von beleidigenden, sexistischen und rassistischen Begriffen geprägt. Teilweise werden in diesen Räumen auch ganz offen Anfragen mit sexuellen Bezug gestellt wie „Welches Girl mit Cam möchte sich 70-100 Taler verdienen schicken FS (Anm. Freundschaftsanfrage)“. Gerade Letzteres ist brisant, da 70-100 Taler umgerechnet einen Gegenwert von 12 Euro

der Täter die Opfer direkt live betrachten und diese ggf. auch durch Schadsoftware ferngesteuert nutzen kann (AG Düren Az.: 10 Ls-806 Js 644/10-275/10). Die spontan handelnden Täter loten bereits zu Beginn der Anbahnungsphase etwaige „Erfolgchancen“ aus und versuchen die späteren Opfer möglichst schnell zu einer sexuellen Handlung (Kommunikation/Bilder/Videos) zu bewegen.

Wenn das Opfer – z. B. aus kindlicher Neugier – schnell auf das Drängen des Täters eingeht, hat er dieses in der Hand, da er es dann mit der zuvor gemachten und natürlich aufgezeichneten Kommunikation erpressen kann. Der Täter agiert dann unter dem Motto „Ich schicke das deinem Vater, wenn du mir nicht Fotos

The screenshot shows the 'Account Informationen' registration page. It includes a heading 'Account Informationen', a blue instruction: 'Du benötigst deine E-mail Adresse und ein Passwort, um dich einzuloggen.', and three input fields: 'E-mail', 'E-mail Adresse nochmal eingeben', and 'Neues Passwort'. To the right of the 'E-mail' field is a note: 'Du musst diese E-mail Adresse verwenden, um dich zukünftig bei Habbo einzuloggen. Bitte verwende eine gültige Adresse.' To the right of the 'Neues Passwort' field is a note: 'Das Passwort muss mindestens 6 Zeichen lang sein und Buchstaben und Zahlen enthalten'. At the bottom, there are two checkboxes: 'Ich akzeptiere die AGB und die Datenschutzerklärungen' and 'Schick mir Habbo Updates, wie den wöchentlichen Newsletter.' There are 'Zurück' and 'Weiter' buttons at the bottom.

Anmeldeformular für Habbo

The screenshot shows the 'Geburtsdatum und Geschlecht' registration page. It includes a heading 'Geburtsdatum und Geschlecht', a blue instruction: 'Bitte gib ein gültiges Geburtsdatum ein', and a date selection interface with dropdowns for day, month, and year. Below the date field are two radio button options: 'Junge' and 'Mädchen', each with a corresponding silhouette icon. At the bottom, there are 'Zurück' and 'Weiter' buttons.

und gibt, ohne dass eine Überprüfung auf Richtigkeit erfolgt, ein Geburtsdatum ein. Schlussendlich wird mit einem Mausklick die Richtigkeit der Angaben bestätigt – schon ist man als Nutzer registriert.

Dass eine solche Altersverifikation zu einem Missbrauch einlädt, ist nachvollziehbar. Die Täter nutzen dabei ähnlich viele differenzierte modi operandi wie in der physischen Welt. Am ehesten kann man diese nach ihrer Vorgehensweise in kurzfristig und langfristig planende Tätergruppen aufteilen. Diese Einteilung kann nicht abschließend sein, vielmehr reagieren viele Täter mit einem gewissen

haben. Sollte sich ein Mädchen oder auch ein Junge auf eine solche Anfrage melden, versucht ein potentieller Täter die Konversation schnell auf ein anderes Kommunikationsmittel zu verlagern. Typisch ist dabei die Frage „Hast Du Skype, MSN oder ICQ?“ (computerbasierte Kommunikationsprogramme). Sollte das Opfer auf diese Anfrage eingehen, verlagert der Täter einen Hauptteil der Konversationen auf diesen Bereich. Dies hat für ihn einerseits den Vorteil, dass niemand aus Habbo Hotel die weitere Konversation mit verfolgen kann und andererseits ist z.B. bei Skype eine Videofunktion über eine Webcam mit eingebunden, über welche

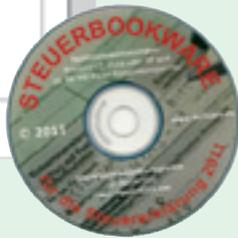
sendet“ (ein sehr interessantes Beispiel ist in einer Dokumentation von Akte 2010 zur virtuellen Welt „Smeat“ zu finden). So kann ein Teufelskreislauf beginnen, der auch in einem realweltlichen Missbrauch enden kann.

Langfristig strategisch planende Täter

Der langfristig planende Täter geht sehr viel subtiler vor und nutzt die Vorteile von virtuellen Welten bewusst für seine Zwecke aus. Die Kontaktaufnahme geschieht dabei aktiver als bei dem anderen



Ganz legal viel Steuern sparen!



Steuerfibel 2011/2012 für den Polizeibereich

Das Steuersparbuch für alle
Polizeiangehörigen/Sicherheits-
bereich

Hrsg. von **Helge Höck**.

32. überarb. Auflage 2011/2012,
268 Seiten, DIN A5, Broschur

10,15 EUR

Steuerbookware für den Polizeibereich*)

Steuer-Software mit Steuerbe-
rechnungsprogramm plus Steuer-
fibel für den Polizeibereich.

19,80 EUR

CD-ROM für Betriebssysteme
Windows 2000/XP/Vista/7.

*) Nur erhältlich im Paket mit der Steuerfibel
2011/2012

Speziell und punktgenau auf die Probleme zugeschnitten, mit denen
Polizeiangehörige häufig konfrontiert werden, ist die Steuerfibel die
Steuerhilfe für die Erstellung des Lohnsteuer-Jahresausgleichs und
der Einkommensteuererklärung. Immer auf dem neuesten Stand
der Steuergesetzgebung.

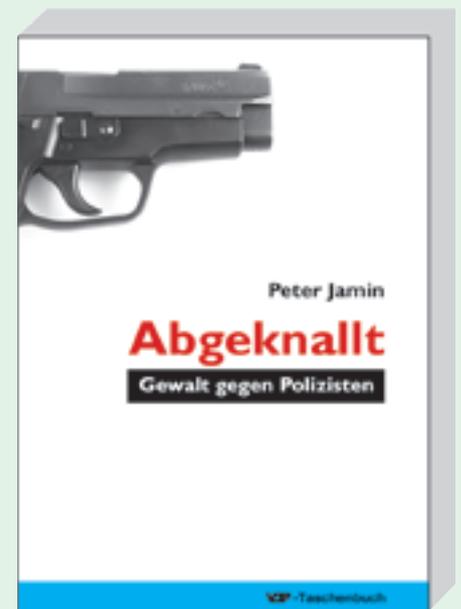
Neuerscheinung

Abgeknallt – Gewalt gegen Polizisten

Peter Jamin, Journalist und Schrift-
steller. Er publizierte mehr als 30
Bücher und veröffentlicht neben
Artikeln und Kolumnen in Zeitungen,
Magazinen, Illustrierten und Internet
auch Fernsehreihen und -dokumen-
tationen.



Dieses Buch erzählt die dramatische
Geschichte eines Polizisten, Ehemanns
und Vaters von vier Kindern. Polizei-
hauptmeister Ralf Halbach wird im
Dienst als Geisel genommen und
niedergeschossen. Mit letzter Kraft
versucht er, sein Leben und das seiner
Kollegen zu retten. Es ist gleichzeitig
eine Geschichte über die gefährliche
Arbeit von Polizeibeamten in Deutsch-
land. Tagtäglich müssen sie mit An-
feindungen und brutalen Übergriffen
rechnen. Und es ist eine Geschichte
über die Gewalt gegen den Staat und
seine Institutionen – für den die Po-
lizeibeamten im wahrsten Sinne des
Wortes „den Kopf hinhalten müssen“.



Von **Peter Jamin**

Format: 11,8 x 18,5 cm,

248 Seiten,

12,99 EUR [D]

ISBN 978-3-8011-0651-5



Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeiten unter: www.VDPolizei.de

VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH Buchvertrieb

Forststraße 3a • 40721 Hilden • Tel.: 02 11/71 04-212 • Fax: -270 • E-Mail: vdp.buchvertrieb@VDPolizei.de • www.VDPolizei.de

INTERNETKRIMINALITÄT

Tätertypus, er sucht gezielt ein potentielles Opfer aus und schreibt dieses an. In der Online-Community Knuddels nutzen z. B. Täter gerne die integrierten Spiele wie Billard, um potentielle Opfer anzusprechen. Die Opfer werden dabei nach Geschlecht des Avatars und/oder anhand von Nutzernamen ausgesucht. Viele Nutzer geben

Instant Messenger mit dem Opfer persönlich zu sprechen. Sollte das Kind die Handynummer herausgeben, kann dieses später auch z. B. durch Sex-SMS belästigt und erpresst werden. Nachdem der Täter erfolgreich zu den Opfern Kontakt aufgenommen hat, versucht er langfristig das Vertrauen zu gewinnen.

of Warcraft“, „Nostales“ und unzählige Weitere ausgeht, kann eindrucksvoll an folgendem Sachverhalt aus den Niederlanden dargestellt werden: Im Jahr 2010 wurde in einem öffentlichen Habbo-Hotelraum eine 11-jährige Nutzerin von einem männlichen Avatar angesprochen. Der Täter gab sich als ebenfalls minderjähriger



Warteschlange vor Polizeiberatungsstelle in Habbo

hinter ihrem Nickname z. B. Zahlen an, die einen Rückschluss auf das Alter zulassen können. Zudem veröffentlichen gerade Kinder unbedacht private Informationen von sich in ihren Profileinstellungen, die als Informationsquelle dienen können. Nach diesen Auswahlkriterien sucht sich der Täter gezielt die Opfer aus und beginnt mit ihnen zunächst ein harmloses Gespräch. Dabei gibt er sich wahlweise als gleichaltriger oder leicht älterer Junge bzw. ein Mädchen aus. Die Kommunikation ist nicht ganz so fordernd, da der Täter eher auf ein langfristiges Vertrauensverhältnis abzielt. Eine Ausnahme gibt es jedoch: Einige vorsichtiger Täter versuchen zu Beginn einer Anbahnungsphase festzustellen, ob das Opfer tatsächlich das angegebene Geschlecht und ggf. auch Alter hat. Dies geschieht häufig, indem entweder versucht wird, per Telefon oder

Dass Täter so vorgehen, belegt unter anderem die Verurteilung des 53-jährigen Harald H. durch das Landgericht Konstanz im Jahr 2008 (vgl. LG Konstanz 2KLS23Js8384/08 vom 22. Dezember 2008). Dieser hatte gezielt das Vertrauen einer zum Zeitpunkt des Kennenlernens 13-Jährigen über eine langfristige Chat-Kommunikation erworben. Nachdem er dies erreicht hatte, traf und entführte er das Opfer und hielt es drei Tage lang in seiner Wohnung fest. Da ein Missbrauch nicht nachgewiesen werden konnte, verurteilte der Richter den Täter wegen Kindesentziehung zu 21 Monaten Haft. Dabei stellte die Anwältin des Opfers abschließend fest „alles war Taktik, das Kind entsprach seinem Beuteschema“.

Die besondere Gefährdung, die durch virtuelle Welten wie „Smeet“, „World

Junge aus und begann mit dem Opfer eine gemeinsame Wohnung virtuell auszustatten. Diese Wohnung besuchten beide tagtäglich, wobei der Täter besondere Möbelstücke, aber auch virtuelle Haustiere (z.B. Katzen- und Hundewelpen) zur Ausstattung kaufte. So entwickelte sich zwischen dem Opfer und dem Täter ein tiefes Vertrauensverhältnis. Auf diesem aufbauend überzeugte der in Wirklichkeit 28-Jährige das Mädchen zur Durchführung des Beischlafs in einem „realen“ Hotelzimmer. Überführt wurde er durch die Mutter des Opfers, die SMS mit sexuellem Inhalt auf dem Handy des Kindes gefunden hatte.

Der Täter wurde Ende 2010 zu drei Jahren Haft verurteilt (Middelburg AZ: 2010/12/700056-10, 03.11.2010; ähnlicher Fall Hertogenbosch AZ: 01/825263-10, 16.05.2011). >



INTERNETKRIMINALITÄT

Handlungsbedarf?

Der Gesetzgeber hat bereits in 2004 die Gefahren, welche Kindern im Internet drohen, erkannt und mit dem Paragraph 176, Absatz 4, Nr. 3 StGB einen eigenen Straftatbestand nur für die kommunikative Anbahnungsphase geschaffen. Dieser Paragraph stellt das Einwirken auf Kinder durch Schriften, mit dem Ziel diese zu sexuellen Handlungen zu bewegen, unter Strafe. In Verbindung mit den Nummern eins (sexuelle Handlung vor einem Kind – z.B. über eine Webcam), zwei (Bestimmung zu sexuellen Handlungen) und vier (Einwirken durch das Vorzeigen pornografischer Abbildungen sowie durch Reden) desselben Paragraphen,

ergibt sich hier eigentlich ein wirksamer und mit einem Strafmaß von bis zu fünf Jahren Freiheitsentzug auch vermeintlich effektiver Strafrechtsschutz. Die Effektivität dieses Gesetzesschutzes gilt jedoch nur, solange es zu physischen Handlungen (vgl. Strafbarkeit sexueller Handlungen vor einer Webcam - BGH Beschluss vom 21.04.2009 – 1 StR 105/09) kommt.

Eine rechtssichere Verurteilung allein wegen der kommunikativen Anbahnung ist bisher für Deutschland noch nicht bekannt. Die Gerichte haben vermutlich Anwendungsprobleme, da sich niemand sicher sein kann, ob hinter einer Nutzerin „Sonnenblume99“ nicht doch ein anderer Erwachsener steht. Die Täter können sich also immer darauf berufen, dass sie doch

davon ausgingen, mit einem Erwachsenen zu kommunizieren – eine Beweisführung wird schwierig. In Verbindung mit einer fehlenden – vermutlich auch subjektiv schwierig nachweisbaren – Versuchsstrafbarkeit führt dies zu einer mangelnden Ahndungsmöglichkeit der reinen Anbahnungshandlung.

Auch die fehlende Verpflichtung zur Vorratsdatenspeicherung bei den Betreibern von virtuellen Welten erschwert die Überführung von Tätern. Der Schutz von Kindern und Minderjährigen bei der Nutzung von Onlinespielen wurde viel zu lange stiefmütterlich behandelt. In der Realität würden verantwortungsvolle Eltern ihre Kinder ja auch nicht unkontrolliert mit Erwachsenen jeden Alters verkehren lassen.

Kapitalmarkt

BARGELD noch HEUTE!
Tel. 0201/22 1348
 Seit 1980 vermittelt PECUNIA GmbH
 Kredite von 1000–100 000 €.
 • Laufzeit bis 240 Monate
 • ohne Auskunft bis 7 000 €
 45127 Essen · Gänsemarkt 21
www.pecunia-essen.de

Top-Finanzierung für Beamte, Angestellte, Arbeiter im Öffentlichen Dienst sowie Akademiker Seit 1997

Unser Versprechen: „Nur das Beste für Sie aus einer Auswahl von ausgesuchten Darlehensprogrammen“

Schnell und sicher für jeden Zweck: Anschaffungen, Ablösungen von anderen Krediten oder Ausgleich Kontoüberziehungen.
 Festzinsgarantie bei allen Laufzeiten: Ratenkredite bis 10 Jahre, Beamtdarlehen von 12 bis 20 Jahre.

→ Unverbindliche Finanzierungsberatung für Sie. Rufen Sie uns jetzt gebührenfrei an oder besuchen Sie unsere Webseite.

Top-Finanz.de · Nulltarif · 0800-33 10 332
 Andreas Wendholt · Unabhängige Kapitalvermittlung · Prälät-Höing-Str. 19 · 46325 Borken



Hypotheken, Beamten- u. Angestelltendarlehen Forwarddarlehen, Ratenkredite
 Lösen Sie teure Kredite ab und senken Sie die monatlichen Kosten.
 Individuelle Beratung und beste Konditionen vermittelt:
IFS Hans-Joachim Janke
 Königswall 1 • 44137 Dortmund
www.ifs-janke.de · Tel. 02 31/9 14 51 45

SEIT 20 JAHREN IHR FINANZPARTNER
RATEN ZU HOCH? JETZT CLEVER UMSCHULDEN
KREDIT - DARLEHEN? BESSER GLEICH ZU UNS
NULLTARIF: 0800 056 7836
BFS BEAMTENFINANZIERUNGSSERVICE
 Paegelow & Partner GBR, Dorfstr.53, 13597 Berlin, Fax: 030 - 35 10 37 36
www.sonderdarlehen.de - info@sonderdarlehen.de

Wer Tausenden zu einem Platz an der Sonne verhilft, kann Millionen gewinnen.

1000 gibt es bei allen Banken, Sparkassen und der Post
 Oder unter Tel 030 61 41 41
www.ard-fernsehlotterie.de

Beamtenkredite für Beamte auf Lebenszeit, Beamte auf Probe und Tarifbeschäftigte im Öffentlichen Dienst
www.kredite-fuer-beamte.de
 oder fordern Sie Ihr persönliches Angebot telefonisch an unter 0800-500 9880

Sonderdarlehen zu 1a-Konditionen!
www.1a-Beamtdarlehen.de
 Nutzen Sie Ihren Status als Beamter, Angestellter oder Arbeiter im ÖD

0800-040 40 41
 Jetzt gebührenfrei anrufen & unverbindlich informieren

NÜRNBERGER Mehrfachgenerallagentur Finanzvermittlung
 Andreas Wendholt · P. 3136 · 46314 Borken-Wesek

Extra günstig vom Spezialisten anrufen und testen.
0800 - 1000 500
 Free Call

Wer vergleicht, kommt zu uns, seit über 35 Jahren.

Beamtdarlehen supergünstig
5,27% effektiver Jahreszins*
 Laufzeit 7 Jahre

- Umschuldung: Raten bis 50% senken
- Beamtdarlehen ab 10.000 € - 125.000 €
- Baufinanzierungen günstig bis 120%

AK FINANZ
 Kapitalvermittlungs-GmbH
 E3, 11 Planken
 06153 Mannheim
 Fax: (0621) 178180-25
Info@AK-finanz.de
www.AK-Finanz.de

*Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D.
 Äußerst günstige Darlehen z.B. 30.000 € Sollzins (fest gebunden) 5,15%, Lfz. 7 Jahre, mtl. Rate 426 € effektiver Jahreszins 5,27%, Bruttobetrag 35.784 € Sicherheit: Kein Grundschuldeintrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung. Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Mobilkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, feste Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens- Renten oder Restschuldersicherung.



Was dringend fehlt, sind daher einerseits empirische Untersuchungen zur Häufigkeit und den Auswirkungen einer Viktimisierung bei Minderjährigen in virtuellen Welten. Andererseits brauchen wir ein wirksames Mittel, um Minderjährigen ein relativ gefahrloses virtuelles Freizeitverhalten zu ermöglichen. Es muss schon erlaubt sein zu fragen, warum manche Onlinespiele damit beworben werden, dass sie für Kinder und Erwachsene programmiert wurden. Denn welche Erwachsenen, verantwortungsvolle Eltern einmal ausgenommen, möchten denn ein Spiel für Kinder spielen? Hier fehlt ein verbindliches und effektives Altersverifikationssystem, welches einen Missbrauch möglichst ausschließt. Bisherige Systeme setzten vorwiegend auf die freiwillige Angabe des Alters ohne eine effektive Nachkontrolle. Gesetzliche Vorgaben, die verbindliche Regeln zum Schutz der Minderjährigen in virtuellen Welten vorschreiben und deren Durchsetzung kontrollieren, fehlen bisher. Eine

für Kinder (12 und 13) und Erwachsene gleichermaßen – freigegeben worden. Eltern wird durch diese Einstufung jedoch suggeriert, dass eine solche Welt gefahrlos



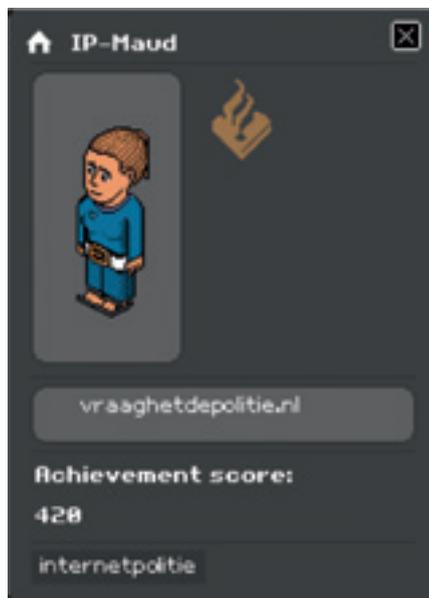
Abzeichen der Polizeiavatare

durch ihre entsprechend alten Kinder genutzt werden kann – sie sind weniger für die Risiken sensibilisiert. Hier bedürfte es der Einführung eigener Bewertungskriterien und Alterseinstufungen (z. B. ab 14 Jahre).

Wie man sich dieser Freizeitwelt von Millionen von Kindern noch nähern könnte, ist dem aktuellen Forschungsbericht des Compositeprojekts zu entnehmen. Die niederländische Politie beschäftigt demnach gegenwärtig zwei Polizeibeamte im dortigen Ableger von Habbo Hotel. Diese erscheinen mit optisch als Polizisten erkennbaren Avataren (die Erstellung eines solchen Polizeiavatars erfolgt durch den Spielbetreiber nur für legitimierte Polizeibeamte) und sollen insbesondere für Kinder als Ansprechpartner dienen. Dabei folgen die Niederländer dem nachvollziehbaren Gedankengang, dass Kinder eher bereit sind, sich Hilfe suchend an Polizisten zu wenden, wenn diese in ihrem vertrauten Spielumfeld integriert sind. Dieser modern wirkende Ansatz zeigt, dass virtuelle Welten auch für die deutschen Polizei- und Jugendschutzbehörden ganz neue zukunftsweisende Ansätze für Präventions- und Aufklärungskonzepte bieten können. Die Gefahren die den Kindern durch Cybergrooming und anderen Deliktformen drohen, würden angepasste Präventionsmaßnahmen sicherlich rechtfertigen.

Thomas-Gabriel Rüdiger

Verwendung der Screenshots mit freundlicher Genehmigung der Sulake Deutschland GmbH



Niederländischer Polizeiavtar in Habbo-Hotel

Umsetzung kann dabei keine nationalstaatliche Aufgabe sein, vielmehr ist hier auch die Europäische Union gefordert.

Auch die nationale Einstufung von Computerspielen durch die Unterhaltungssoftware Selbstkontrolle (USK) ist in der gegenwärtigen Form problematisch und noch nicht an die Risiken angepasst, die mit der Interaktion zwischen Kindern und Erwachsenen in virtuellen Welten einhergehen. So ist das bekannte „World of Warcraft“, durch die USK offiziell für alle Altersgruppen ab 12 Jahren – und demnach

Mann, werd' Lehrer!

Wenig Männer in der Grundschule

Um „Mehr Männer in Kitas“ (siehe DP 10/11 ab Seite 32) kümmert sich ein gut finanziertes Projekt der Bundesregierung. Dass es an Männern in den Grundschulen ebenso mangelt, wird bisher weitgehend ignoriert. Eine ähnliche politische Initiative wäre notwendig.

Die Grundschüler aus Agathaberg bei Wipperfurth machten auf ein drängendes Problem aufmerksam. „Mann, werd' Lehrer!“ stand auf neun selbst gestalteten Plakaten, die die Viertklässler an Gymnasien und Gesamtschulen im Bergischen Land aufhängten. Die Arbeitsgruppe „Mentos“ (Abkürzung für „Men to school“, Männer an die Schulen) wollte auf diese Weise Abiturienten, aber auch Betriebspraktikanten in der neunten oder zehnten Klasse für den Beruf des Grundschullehrers motivieren.

Anlass für die ungewöhnliche Aktion war eine Personalie. Der einzige männliche Pädagoge der Schule wechselte im Sommer 2010 seine Stelle. „Wir haben nichts dagegen, von Lehrerinnen unterrichtet zu werden“, betonten die Mitglieder der AG Mentos. Aber „ein männlicher Lehrer kann uns Jungs besser verstehen, wenn wir mal Mist gebaut haben“, erläuterte ein beteiligter Schüler.

Bundesweit gibt es wenige Männer in den Grundschulen. Der Anteil der Lehrer in der Primarstufe sinkt seit Jahrzehnten, er liegt inzwischen nur noch bei zwölf Prozent. Die niedrige Zahl männlicher Studienanfänger für das Grundschullehreramt verheißt keine Trendwende. Viele Schulkollegien freuen sich schon über einen einzigen Mann – der nicht zufällig oft auch der Rektor ist. Denn die Bezahlung ist im Vergleich schlecht: So erhalten Pädagogen an Gymnasien deutlich mehr Geld als Grundschullehrer. Entsprechend liegt die Männerquote dort höher, mancherorts immer noch bei über 50 Prozent.

Jungen brauchen männliche Identifikationsfiguren auch außerhalb der Familie; Mädchen brauchen Männer ebenso, als





Unterricht mit Lehrer an der Grundschule Burmesterstraße in München

Foto: Peter Kneffel/dpa

andersgeschlechtliches Gegenüber. Das klingt banal, wird in der Fachdebatte aber zum Teil vernachlässigt oder gar geleugnet. Im Schulalltag gelten vor allem bewegungsorientierte Jungen als „Störer“ eines von weiblichen Normen bestimmten Regelsystems. Das Ergebnis sind Disziplinarstrafen und schlechtere Noten. „Frauen wissen nicht, wie Jungs ticken“, überspitzt der Hamburger Lehrer und Buchautor Frank Beuster („Die Jungenkatastrophe“). Wenn männliche Schüler auffallen und schwache Leistungen erbringen, so die These, könnte das mit dem klaren Übergewicht der Frauen im Lehrkörper zu tun haben. Ein direkter Zusammenhang lässt sich allerdings wissenschaftlich nicht nachweisen. Es geht weder um Schuldzuweisungen noch um generelle Kritik an der Arbeit der Pädagoginnen. Mehr Männer in den Grundschulen würden jedenfalls ein wichtiges Korrektiv bilden – nicht weil sie „besser“, sondern weil sie anders sind und die Schulsituation bereichern.

Identität und Image

Was hält junge Männer davon ab, sich in diese Richtung ausbilden zu lassen? Am Verdienst allein dürfte es nicht liegen, wichtigere Hemmnisse bilden Identitätsprobleme und Imagefragen unter Gleichaltrigen. „Wenn ein Mann mit uns singen muss, dann ist ihm das vielleicht unangenehm“, sagt treffend einer der Schüler aus dem Bergischen Land. Dabei sei das

„eigentlich gar nicht peinlich“.

Die Berufswahl junger Männer ist immer noch von Rollenstereotypen geprägt. An Autos zu schrauben oder Maschinen zu warten gilt in der Clique meist mehr als die Arbeit mit Kindern. Die rein fachlichen Anforderungen erscheinen in der Primarstufe nicht allzu hoch, der Schwerpunkt liegt eher in der Didaktik und im Herstellen emotionaler Nähe. Die Debatte um sexuellen Missbrauch der letzten Jahre, die männliche Pädagogen manchmal pau-

schal mit Kinderschändern in Verbindung brachte, schreckt zusätzlich ab. Da braucht es viel Selbstbewusstsein, unbeirrt seinen Weg zu gehen.

Ermunterungen in diese Richtung geben wollte die wissenschaftliche Tagung „Mehr Männer in die Grundschule? Chancen, Risiken und Perspektiven“, die im Oktober 2011 an der Universität Hildesheim stattfand. An einer der größten Ausbildungsstätten für Grundschullehrer im Land Niedersachsen diskutierten Fachleute, wie mehr Männer motiviert werden könnten, diesen Beruf zu wählen. Die auf der Veranstaltung präsentierten Projekte aus Hamburg und Bremen bemühen sich bereits erfolgreich um

einen Imagewandel. Mit Angeboten zum Beispiel am Jungen-Zukunftstag „Boys' Day“ wollen sie ein positives Bild der Pädagogik in der Primarstufe zeichnen. Noch handelt es sich bei diesen Initiativen um vereinzelte Leuchttürme. Eine flächendeckende Kampagne für Männer im Grundschullehramt – wie sie das Bundesfamilienministerium für den Erzieherberuf im Projekt „Mehr Männer in Kitas“ unterstützt – lässt bislang auf sich warten

Thomas Gesterkamp

WEIHNACHTS-PREISAUSSCHREIBEN

Die Gewinner

Zu unserem Weihnachts-Preisausschreiben in der Dezember-Ausgabe sind wieder zahlreiche Zuschriften bei uns eingegangen. Unter all den richtigen Einsendungen haben wir nun die Gewinnerinnen und Gewinner gezogen, die folgende Preise von der Organisations- und Service-Gesellschaft der Gewerkschaft der Polizei mbH (OSG) erhalten:

1. Preis: Chronograph „Oakland chrome“ (beides OSG)
Bernhard Wittemann, Lorchhausen

2. Preis: „Twingraph“ Füllfederhalter und Kugelschreiber (OSG)
Johann Stier, Mörsheim

3. Preis: Sport-/Reisetasche „GALAXY“ (OSG)
Sandra Unger, Chemnitz

4. Preis: CarryBag XS Einkaufskorb (OSG)
Birgit Mall, Giebelstadt

5. Preis: Leder-Scheintasche „Quadrat“ (OSG)
Nicole Meyhöfer, Bernau b. Berlin

6. Preis: Schreibset „Charleston“ (OSG)
Ralf Weiß, Lübeck



WEIHNACHTS-PREISAUSSCHREIBEN

7. Preis: College-Mappe (OSG)
Sarah Dammüller, Bad Berleberg

8. Preis: Sommelierset „Wine Master“ (OSG)
Sabrina Hartung, Hermannsburg

9. Preis: T-Shirt „Print“ (OSG)
Rita Jaeger, Ballenstedt

10. Preis: POLIZEI-Teddy (OSG)
Norbert Zwingmann, Bardowick

11. Preis: Tischuhr „Swipp“ (OSG)
Jaroslaw Sokirko, Remscheid

12. Preis: PenLight (OSG)
Karlheinz Korsawi, Magdeburg

13. Preis: Kellnermesser „Burgund“ (OSG)
Joachim Schmid, Mitterteich

14. Preis: Trinkflasche „Flip & Flow“ (OSG)
Uwe Ratschin, Letschin

15. Preis: ASS-Spielkarten-Set „GdP“ (OSG)
Gloria Adamek, Erfurt

Herzlichen Glückwunsch!
Die Preise wurden bereits versandt.

Und so lauteten die richtigen Antworten:

1. Wann wurde die JUNGE GRUPPE (GdP) gegründet?
a) 1966

2. Wie heißt der/die amtierende Vorsitzende von JUNGE GRUPPE (GdP)?
a) Sabrina Kunz

3. Auch in 2012 bietet die JUNGE GRUPPE (GdP) ihren jungen Mitgliedern wieder ein vielfältiges Angebot an Bildungs-, Europa- und anderen Seminaren an. In welches Land führt das Seminar S3?
b) Russland

4. In den Richtlinien von JUNGE GRUPPE (GdP) ist welches Organ nicht enthalten?
c) der Bundesvorstand

5. JUNGE GRUPPE (GdP) startete am 30. Mai 2011 die Kampagne „AUCH MENSCH – ...“. Wie heißt das Motto vollständig?
a) AUCH MENSCH – Polizei im Spannungsfeld

6. Wo fand die 13. Bundesjugendkonferenz der JUNGE GRUPPE (GdP) statt?
b) Potsdam

7. Wie viele Mitglieder hat die JUNGE GRUPPE (GdP) aktuell?
b) ca. 30.000

8. Wie heißt das JUNGE GRUPPE (GdP)-Betreuungsteam zum diesjährigen (2011) Castor-Einsatz?
c) Die grünen Engel für alle Fälle

Anzeige

Nürnberg, Germany
8. – 9.3.2012

ENFORCETAC
by IWA

International Exhibition & Conference
Law Enforcement, Security and Tactical Solutions *

Neu in Nürnberg.
Im Verbund mit IWA & OutdoorClassics.



* ausschließlich für Behörden.

www.enforcetac.com

Veranstalter
NürnbergMesse GmbH
Tel +49 (0) 9 11. 86 06-49 32
Fax +49 (0) 9 11. 86 06-49 33
besucherservice@nuernbergmesse.de

Jetzt anmelden zur
Europäischen
Polizeitrainer-Fachkonferenz



NÜRNBERG MESSE



Angemerkt

Liebe Seniorinnen und Senioren,

natürlich haben wir weiterhin mit Krisen zu tun. Der Jahreswechsel hat daran nichts geändert. Krisen sind aber auch Herausforderungen mit Chancen zur Verbesserung. Geben wir dem neuen Jahr die Chance, ein gutes Jahr zu werden.

1987 wurde die GdP-Seniorengruppe auf Bundesebene gegründet, sie besteht nun 25 Jahre. In einem Festakt wollen wir im Mai mit einer Rückschau den bisherigen Weg betrachten und auch nach vorn schauen.



Anton Wiemers

Wir wissen, dass der Anteil der Mitglieder ab 55 Jahre in den nächsten Jahren weiter steigen wird. Bereits jetzt sind in den DGB-Gewerkschaften ca. 1,3 Mio. Mitglieder nicht mehr im Erwerbsleben, in der GdP sind das aktuell knapp 20 %. Diese Situation legt dem DGB und den Einzelgewerkschaften eine besondere Verantwortung für die ältere Generation auf.

Die Altersbilder sind im Wandel. Was sind die Themen der älteren Gewerkschaftsmitglieder? Mehr als acht verschiedene Arzneimittel nehmen 75 bis 84 Jahre alte Menschen täglich ein. Medikamentensucht ist ebenso ein Thema wie Diskriminierung im Alter. Versicherungen verlangen höhere Prämien; Banken geben ihren über 60jährigen Kunden nur zögerlich einen Kredit; im Krankenhaus werden alte Patienten schlechter behandelt als junge; in den Zeitungen ist gelegentlich die Rede von der „Rentnerschwemme“ und „Alterslast“. Es gibt also kaum einen Lebensbereich, in dem ältere Menschen nicht benachteiligt werden.

Wo soll's hingehen? Welche Wünsche haben wir ans Älterwerden? Zeit für sich haben, eine anregende Partnerschaft leben, bezahlbare Hobbys finden, Radfahren, im Chor singen, dazu ein interessantes Ehrenamt – kurzum: das Leben und den Alltag selbst bestimmen, so wünscht sich wohl jeder den wohlverdienten Ruhestand.

Wir Senioren in der GdP wissen: Nach dem Ausscheiden aus dem Berufsleben ist es wichtig, Mitglied der Gewerkschaft zu bleiben. Man hat Kolleginnen und Kollegen auch in schwierigen Situationen an seiner Seite. Das APS-Programm ist ein wichtiger Baustein für diese dritte Lebensphase in der Gewerkschaft.

Es ist eine Herausforderung und eine dankbare Aufgabe, sich für eine starke Demokratie in einer starken Gewerkschaft zu engagieren. Wir übernehmen diese Verantwortung und mischen uns ein, wenn es nötig ist.

Anton Wiemers,
Bundesseniorenvorsitzender

Wie geht Ruhestand, der Lohn unserer Arbeit?

Gewerkschaftsarbeit darf in der heutigen Zeit nicht nur das Berufsleben abdecken, nein, auch das Leben danach gehört dazu und ein bisschen auch schon davor.

Der vom Staat versprochene sorgenfreie Ruhestand für die Plagen und Mühen eines langen Arbeitslebens darf nicht als qualitativ drittklassige Lebensrestzeit enden. Auch dieser Abschnitt muss mit Leben erfüllt werden, aber dazu braucht man auch das notwendige Kleingeld.

Deshalb müssen wir Rentner und Pensionisten mit vollem Programm in unserer Gewerkschaft integriert sein. Gewerkschaftsarbeit muss wieder stärker mit dem Alter und dem sozialen Faktor verknüpft werden. Nur dann kann die Gewerkschaft zu einem gelingenden Gesamtleben beitragen.

Es ist natürlich schwer, sich um alle gleichrangig zu kümmern. Deshalb müssen wir unser Programm gruppenspezifisch besser auf die jeweiligen Bedürfnisse abstimmen. Es darf nicht soweit kommen, dass die Arbeitswelt den Jungen keine verlässlichen Perspektiven bietet, die Alten frühzeitig ausgegliedert werden und für die voll im Saft stehenden sogenannten Leistungsträger die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein Wunschdenken bleibt. Dann nämlich

kommt es zwangsläufig zu niedrigen Geburtenraten, immer weniger Familiengründungen, vermehrt zum Burn-out-Syndrom, einem Mangel an Fachkräften und einer ungerechten Altersversorgung.

Um das zu verhindern, brauchen wir gliederstarke Gewerkschaften mit Funktionären, die kämpfen können, auf die Verlass ist, denen man vertrauen kann, die auch den Politikern mal die Meinung sagen.

Wir Älteren waren zwar nicht so gescheit wie die Heutigen, aber wir haben uns mehr getraut und haben nicht gleich aufgegeben, wenn der erste Druck gekommen ist.

Nur – wenn immer mehr Ruheständler sagen, dass sie keine Gewerkschaft mehr brauchen, fühlen sie sich vermutlich ausgegrenzt und nicht mehr ernst genommen. So können wir das erreichte hohe Niveau nicht stabilisieren!

Jung und Alt müssen begreifen, dass in unserer Gewerkschaft für alle Gruppen Platz ist, sie alle die gleiche Wertigkeiten

besitzen und keiner auf die anderen verzichten kann.

Wir Polizeiangehörigen haben das große Glück, aus stabilen Verhältnissen in den Ruhestand gehen zu können. Der Übergang in den neuen gesellschaftlichen Status muss dennoch gut vorbereitet sein. Leichter tut sich der, der nicht nur für seinen Beruf gelebt hat, sondern frühzeitig seine Hobbys pflegte und sich intensiv in den verschiedensten Kontaktfeldern bewegt hat. Der hat bestimmt kein Problem mit der neu gewonnenen Freizeit.

Für diejenigen, die ihre Hauptbeschäftigung im Beruf sahen, bedeutet es nicht nur die Aufgabe ihrer geschätzten Tätigkeit, sondern beinhaltet auch den Verlust persönlicher Bestätigung und erfordert die Übernahme neuer Rollen mit anderen Verhaltensmustern.

Gleichzeitig gibt es eine Umstrukturierung des bisher durch die Berufstätigkeit fremdbestimmten Tagesablaufs. Hierzu kommen noch finanzielle Einbußen und Statusverlust. Es müssen neue Aufgaben gefunden werden –, nicht nur im Haus und Garten – auf ihre Inhalte und Machbarkeit abgeklopft werden und sie können zugleich das Selbstwertgefühl stärken. Ein Mann tut

sich schwerer, alternative Handlungsfelder zu finden als eine Frau. Wir müssen lernen, das neue Leben zu gestalten und das Beste aus der Situation zu machen, und zwar so

schnell es geht – denn die Zeit läuft ungebremst davon. Der Idealfall wäre, wenn in unserem ABC der Lebensfreude der Ruhestand den ersten Platz einnehmen würde.

Wir müssen die Zeit aber so nehmen, wie sie kommt und genießen.

Günter Klinger,
Landesseniorenvorsitzender Bayern

GdP macht's möglich

In September letzten Jahres war es wieder soweit: Die Bundessenioren trafen sich zur gemeinsamen Freizeit auf der spanischen Sonneninsel-Menorca – Sonne, Sand, Strand, Wasser, Meer und Frohsinn und Gründung neuer Bekanntschaften. Viele der sogenannten „Alten kannten sich bereits. Wenn nicht, dann lernte man sich am Schalter der TUI Fly kennen. Der markante Kofferanhänger, der Pinguin, enttarnte den ehemaligen „Sheriff“. Das Hallo war groß.

Ich will nicht den üblichen Ferienbericht erstatten, sondern etwas Außergewöhnliches erzählen.

Ich wurde einem Kollegen aus dem Schleswig-Holstein, Wedel bei Hamburg, vorgestellt. Schnell war man bei der Sehenswürdigkeit angekommen: die Schiffsbegleichung an der Elbe. Reinkommende

Schiffe und in seegehende Schiffe bekommen die originelle Begrüßung.

Ich erzählte, dass ich hier einmal mit IPA Kollegen aus der Schweiz vor fast 37 Jahren war. Diese waren bei der Wasserschutzpolizei tätig auf einer der Seen in der Schweiz. Dies ist nichts Besonderes. Nur hier hielt sich in einem Restaurant, in dem ich mit den schweizer Kollegen Kaffee trinken wollte, ein entfloherer Strafgefangener, der Kellner war, auf. Er kannte mich und lud uns alle zu Kaffee und Kuchen ein. Das Angebot musste aus „Höflichkeitsgründen“ abgelehnt werden. Als dieser böse Bube außer Sicht und Hörweite war, wurden die Gäste aufgeklärt. Gott sei Dank, die Schweizer sahen richtige große Pötte und konnten sich so ablenken.

Anschließend nach der Kultur suchten

wir das örtliche Revier auf. Dem Wachhabenden wurde der Sachverhalt dargelegt ... Und nun geschah es: Wie in einem großen Puzzle legten der Holsteiner Kollege und ich alles zusammen: Er war zu dieser Zeit, also vor 37 Jahren, genau in diesem Wachraum! Die Vergangenheit hatte uns eingeholt.

Wir erinnerten uns noch: Der Strafgefangene wurde mit Hilfe der Wedeler Kollegen seiner richtigen Wohnschrift zugeführt. Leider konnten die Schweizer der Festnahme damals nicht beiwohnen. Dafür sahen sie die Tätigkeit der deutschen Polizei hautnah und hatten abends beim Bier einen Gesprächsstoff.

Werner aus Wedel und ich konnten es lange nicht fassen: ein Wiedersehen nach fast 37 Jahren. Es war einmal am 1.11.1974 ...

GdP macht's möglich.

Eberhard Sussiek,
Landesbezirk Hamburg

GdP-Notfall-Info kann Leben retten!

Es kann Jedem passieren: ein Unfall, ein Sturz oder eine Ohnmacht. Für Notfallteams ein Altraum, wenn der Patient dann nicht ansprechbar ist. Dem Helfer fehlen somit wichtige Angaben wie Hinweise auf Allergien, besondere Medikamenteneinnahmen oder Grunderkrankungen. In diesen Fällen müssen Rettungsdienste oder Ärzte oft auf möglicherweise lebensrettende Informationen verzichten.

Diese Gefahr hat die Seniorengruppe der GdP erkannt und die Einführung einer GdP-Notfall-Info vorgeschlagen, die dann durch die zuständige Abteilung in der GdP-Bundesgeschäftsstelle in Zusammenarbeit mit der Druckerei entwickelt wurde. Die Notfall-Info wurde bewusst als Falblatt im Scheckkartenformat erstellt, damit sie in jede Geldbörse bzw. Brieftasche passt und immer mitgeführt werden kann.

Die GdP-Notfall-Info ist ein Vordruck, der vom Inhaber auszufüllen ist und dann Informationen zur Person, über den Hausarzt, zu benachrichtigende Person(en), Grunderkrankungen, Allergien, aktuelle

Gewerkschaft der Polizei

Notfall-Info

Name _____

Vorname _____

Geburtsdatum _____

Straße _____

PLZ, Wohnort _____

Telefon _____

Hausarzt _____

Telefon des Arztes _____

Krankenkasse _____

Versicherungsnr. _____

Pflegedienst o. ä. _____

Organpendeleistung Ja Nein

Patientenverfügung Ja Nein

Aktuelle Medikamente (bitte alle regelmäßig eingenommenen Medikamente auflisten)

Bestandene Medikamente

Marcumar Nitroglyc

Corbion Insulin

Verhandene Hilfsmittel

Krücken Zahnprothese oben

Senhilfe Zahnprothese unten

Gehhilfe

Anderer Hilfsmittel

Letzter Krankenhausaufenthalt

Datum _____

Krankenhaus/Abteilung _____

Ort _____

Telefon _____

Medikamente etc. enthält. Wir empfehlen, die GdP-Notfall-Info stets bei sich zu tragen.

Die GdP-Notfall-Info war in der er-

sten Auflage sofort vergriffen. Sie ist nun wieder kostenlos über den jeweils zuständigen GdP-Landesbezirk bzw. GdP-Bezirk erhältlich.

Horst Müller



Die Ursachen des Anstiegs der Gewaltkriminalität von Mädchen

In den letzten Jahren geriet die Gewalttätigkeit von Mädchen und jungen Frauen immer mehr in den Fokus der breiten Öffentlichkeit durch Schlagzeilen wie: „Mädchen schlägt Frau krankenhausruf“, „Polizei stoppt brutale Mädchengang“ oder „17-jährige Mädchen verüben Raubüberfälle“. Die Gewaltkriminalität von Mädchen hat sich in den letzten Jahren zum Teil mehr als verdreifacht, zum Beispiel ist bei Körperverletzungsdelikten zwischen 1993 und 2006 bei den Mädchen unter 21 Jahren ein Anstieg von über 200 % gegeben. Die Studie über die Ursachen des Anstiegs der Gewaltkriminalität von Mädchen hat sich somit zur Aufgabe gestellt die Gründe für diesen alarmierenden Anstieg herauszufinden.



Zunächst wird anhand der Polizeilichen Kriminalstatistik der Anstieg der Gewaltkriminalität von Mädchen belegt. Anschließend werden die verschiedensten Theorien für den geringen Anteil der Frauenkriminalität (ca. 24 %) an der Gesamtkriminalität dargelegt. Der Schwerpunkt des Theorieteils liegt auf der Erläuterung der bestehenden Erklärungsansätze für den Anstieg der Gewaltkriminalität der Mädchen.

Im empirischen Teil des Buches wird anhand einer Befragung von 342 Mädchen an Hauptschulen versucht zu klären, ob

das veränderte Geschlechterrollenbild der Frauen die Ursache für den Anstieg der Gewaltkriminalität ist oder ob familiäre Faktoren hier die entscheidende Rolle spielen. Somit wurden die Mädchen zu ihrem Rollenbild im Geschlechterverhältnis, zu ihrem Gewaltverhalten sowie Gewalterfahrungen und zu ihren familiären Verhältnissen befragt.

Die Ergebnisse der empirischen Untersuchung decken sich nicht mit der herrschenden Meinung im Schrifttum, die als entscheidende Ursache für den Anstieg der Gewaltkriminalität von Mädchen, das sich verändernde Geschlechterrollenbild von Mädchen und jungen Frauen sieht. Die Untersuchung ergab vielmehr, dass die Familie aufgrund der Individualisierungstendenzen geschwächt und isoliert ist. Diese Veränderungen wirken sich über dem Umweg von familiären Problemlagen auf das Gewaltverhalten der Mädchen aus. In diesem veränderten Familienklima liegt die wichtigste Ursache für den Anstieg der Gewaltkriminalität von Mädchen.

Die Ursachen des Anstiegs der Gewaltkriminalität von Mädchen, Kristina Maria Neumaier, Verlag Dr. Kovac, Hamburg 2011, 280 Seiten, 78 Euro, ISBN 978-3-8300-5508-2

Entwicklung, Wandlung und Perspektiven Innerer Sicherheit in der Türkei

Im Mittelpunkt der politikwissenschaftlichen Studie steht die Entwicklung und Wandlung des Politikfelds der Inneren Sicherheit in der Türkei über einen Zeitverlauf von fast 24 Jahren (1983-2007). Gleichzeitig handelt es sich aber auch um

eine umfassende Forschung zur Qualität von Demokratie und Rechtsstaat und zum Fortgang der Europäisierung des Landes. In diesem Sinne werden neben der Gesetzgebungs- und Kontrollfunktion des Parlaments, der Ausübung der Regierungsgewalt durch drei Ministerpräsidenten, auch die Menschenrechtssituation und die kurdische Frage analysiert. Nicht zuletzt stellt der Verfasser eine europäische Sicherheitsarchitektur für den EU-Beitrittskandidaten vor. Interessant erscheint neben der Darstellung wichtiger Verfassungs- und Gesetzesänderungen auch die Untersuchung des Einflusses der Armee, der Gerichte und Staatsanwaltschaft auf den politischen Prozess Innerer Sicherheit.

Zum Bestandteil des empirischen Teils der Arbeit ist die schriftliche Befragung von 112 türkischen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten zu rechnen, die in Ankara, Istanbul und Izmir vorgenommen worden ist. Die Befragten beantworteten nicht nur Fragen zu Demokratie und Rechtsstaat sowie zur Qualität des Regierungshandelns, sondern nahmen auch unzweideutig zum Handeln des Militärs, der Justiz und der Gendarmerie Stellung. Darüber hinaus wurden auch innerdienstliche Probleme (z.B. Führungsfragen, Dienstzeitregelung, Ausrüstung, Personalmangel) thematisiert.

Entwicklung, Wandlung und Perspektiven Innerer Sicherheit in der Türkei **Demokratisierung – Rechtsstaatlichkeit – Europäisierung, Dr. Bernd Liedtke, Verlag für Polizeiwissenschaft, 2011, Frankfurt, ISSN 1610-7500, ISBN 978-3-86676-168-1**



Deutsche
Polizei

Nr. 2 • 61. Jahrgang 2012 • Fachzeitschrift und Organ der Gewerkschaft der Polizei

Herausgeber: Gewerkschaft der Polizei, Forststraße 3a, 40721 Hilden, Telefon Düsseldorf (0211) 7104-0, Fax (0211) 7104-222
Homepage des Bundesvorstands der GdP: www.gdp.de
Redaktion Bundesteil: Marion Tetzner (verantwortliche Redakteurin)
Gewerkschaft der Polizei, Pressestelle, Stromstraße 4, 10555 Berlin,
Telefon: (030) 39 99 21 - 113, Fax (030) 39 99 21 - 200
E-Mail: gdp-redaktion@gdp-online.de
Grafische Gestaltung & Layout: Rembert Stolzenfeld, Dipl.-Designer

Die unter Verfasseramen erschienenen Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Mitteilungen und Anfragen bitten wir an den jeweiligen Landesbezirk zu richten.

Erscheinungsweise und Bezugspreis:
Monatlich 2,90 EURO zuzüglich Zustellgebühr. Bestellung an den Verlag.
Für GdP-Mitglieder ist der Bezug durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten.

Titel

Foto: Sven Hoppe/dpa

Gestaltung: Rembert Stolzenfeld



Verlag:
VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon Düsseldorf (0211) 7104-183,
Fax (0211) 7104-174
E-Mail: ay@vdpolizei.de
Geschäftsführer:
Bodo Andrae, Joachim Kranz

Anzeigenleiterin:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 34 vom 1. Januar 2012



Druckauflage dieser Ausgabe:
176.801 Exemplare
ISSN 0949-2844

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co.KG,
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern,
Postfach 1452, 47594 Geldern,
Telefon (02831) 396-0,
Fax (02831) 89887



Für Studium und Praxis

Lehr- und Studienbriefe Kriminalistik/Kriminologie

Herausgegeben von:

Horst Clages, Ltd. Kriminaldirektor a. D.,
Klaus Neidhardt, Präsident der Deutschen
Hochschule der Polizei.

Format: 17 x 24 cm.

12,90 EUR [D], 23,30 sFr. je Brief im Abonnement und
14,90 EUR [D], 26,70 sFr. je Brief im Einzelbezug.



Neuerscheinung:

Band 18: **Delikte gegen Kinder**

Von
Reingard Nisse

112 Seiten
ISBN 978-3-8011-0668-3



Die Autorin

Prof. Dr. Reingard Nisse,
vormals stellvertretende
Präsidentin der FH Polizei
des Landes Brandenburg.

Die Aktivitäten zum Kinderschutz wurden in der Bundesrepublik Deutschland im letzten Jahrzehnt verstärkt und die rechtlichen Grundlagen in diesem Bereich präzisiert. Ein flächendeckendes Netzwerk zum Kinderschutz hat sich etabliert, in das auch die Polizei eingebunden ist. Ihr obliegen entsprechend polizeirechtlicher, straf- und strafprozessrechtlicher Gesetzesregelungen sowie auch aufgrund von Polizeidienstvorschriften verschiedene Pflichten und Rechte zum Schutz des Kindes.

In diesem Studienbrief werden in knapper Form die wesentlichen Erscheinungsformen von Delikten gegen Kinder dargestellt und die wichtigsten rechtlichen Grundlagen erläutert, um es Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten zu ermöglichen, erfolgreich präventiv wie auch repressiv tätig werden zu können. Zudem gibt das Buch dem Leser Anregungen für die Umsetzung des Kinderschutzes in der polizeilichen Praxis mit auf den Weg.

Weiterhin erhältlich:

- Band 1:** Grundlagen der Kriminalistik/Kriminologie
- Band 4:** Identifizierung von Personen
- Band 5:** Die Beschuldigtenvernehmung
- Band 6:** Grundlagen der Rechtsmedizin
- Band 7:** Polizeibeamte
als Zeugen vor Gericht
- Band 8:** Tatortarbeit
- Band 9:** Beschreibung und Identifizierung
von Bekleidung
- Band 10:** Brandermittlung
- Band 11:** Polizeiforschung für
Studium und Praxis
- Band 12:** Bearbeitung von Jugendsachen
- Band 13:** Kriminalistische Fallanalyse
- Band 14:** Der kriminalistische Beweis
- Band 15:** Todesermittlungen
- Band 16:** Grundlagen der Kriminaltechnik I
- Band 17:** Grundlagen der Kriminaltechnik II



Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeiten unter: www.VDPolizei.de

VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH Buchvertrieb
Forststraße 3a • 40721 Hilden • Tel.: 0211/7104-212 • Fax: -270 • E-Mail: vdp.buchvertrieb@VDPolizei.de • www.VDPolizei.de

Ein Polizei-Anzug für echte Fans!

Ob als Schlaf- oder Freizeitanzug, dieser Dress ist bequem zu tragen und somit ein MUSS für den begeisterten Polizisten und seine Kolleginnen. Komplettiert wird das Outfit noch durch eine fast originalgetreue Polizei Einsatzmütze oder ein trendiges Polizei Basecap.

- Zweiteiliger Anzug mit langärmeligem Oberteil und langer Hose
- Elastische Bündchen
- 100% Baumwolle
- Viele aufgedruckte Details



Kinder „Polizeianzug“ blau **19,95€**

104 2-4 Jahre	116 4-6 Jahre	128 6-8 Jahre	140 8-10 Jahre
25-4302	25-4402	25-4502	25-4602

Polizei Einsatzmütze

7,90€



Oberteil aus Kunststoff
– Abwaschbar
Ø 18 cm

Geeignet für Kinder
ab 3 Jahre

25-4001 Farbe: blau

Polizei Basecap

6,90€

Material:
100% Baumwolle
Verstellbarer
Klettverschluss
Ø 20 cm

Geeignet für Kinder
ab 3 Jahre

25-4201 Farbe: blau



Letzter Bestelltermin: 29.02.2012



Wichtig: Bei Auftragswert unter 100,- Euro zuzüglich 4,50 Euro Porto- und Versandkosten. Nutzen Sie den Vorteil einer Sammelbestellung. Lieferung erfolgt auf Rechnung! Ihre Bestellung richten Sie bitte an die:

Organisations- und Service-Gesellschaft der Gewerkschaft der Polizei mbH

Postfach 309 • 40703 Hilden • Tel.: 02 11/7104-168 • Fax: -165 • E-Mail: osg.werbemittel@gdp-online.de • www.osg-werbemittel.de